

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 1,10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Zustellungs-Preisklasse.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Betragt für die jeckgehaltene Kolonial-
gelle oder deren Raum 50 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1932.

Dienstag, den 4. Oktober 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zurück zu Bülow.

Der nationalliberale Parteitag ist am Sonntag in
Kassel geschlossen worden, nachdem der zweite Verhandlungs-
tag noch ein Referat nebst Debatte über Mittelstands-
politik gebracht hatte.

Als einzige Kundgebung von einiger politischer
Bedeutung bleibt somit die einleitende Rede Wassermanns übrig,
über die wir am Sonntag berichtet haben.

Verständlich ist diese Sehnsucht, denn es läßt sich nicht
leugnen, daß die Politik der mittleren Linie, die in dem be-
rühmten Bloch zum Ausdruck kam, im Grunde ihres Wesens
nationalliberale Politik war.

Was aber kann es für einen Sinn haben, wenn heute
der nationalliberale Führer mit dieser Begründung die
Wiederkehr der Bülowischen Zeiten herbeisehnt?

Das ist ja nun freilich kindisch, selbst unter dem engsten
bürgerlichen Horizont betrachtet. Denn man darf doch nicht
vergessen, daß die Massen der Wähler gerade durch das Ueber-
maß Bülowischer Schaumbläse schließlich zur Bestimmung
gekommen sind.

Sozialistengesetz — Zuchthausvorlage!

Durch die Scharfmacherpresse heult der Ruf nach einem
neuen Sozialisten- oder Zuchthausgesetz! Die Reaktionäre
wollen die Noabiter Vorgänge für ihre volksfeindlichen Ziele
ausnutzen.

Das Blatt der Regierung, die „Nordd. Allg. Ztg.“, er-
öffnete den Reigen. Sie formuliert zwar noch nicht die
Forderung nach Ausnahmegeetzen, aber sie bereitet ihnen
den Boden, indem sie sich die geschäftigen und lächerlichen
Beschuldigungen, die während der Vorgänge von Polizei-
inspizierten Federn gegen die Sozialdemokratie erhoben

wurden, zu eigen machte. Sie schrieb am Sonnabendabend:
Inwiefern die organisierte Arbeiterkraft und Par-
teizugehörige der Sozialdemokratie an den Aus-
schreitungen der Menge oder bei den Verbrechen, ohne die die
Strafverurteilung in der geschickten Weise hätten vorfallen
können, beteiligt sind, darüber werden wohl die bevorstehenden
Gerichtsverhandlungen Aufklärung schaffen.

Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korre-
spondenz“, das Organ des Zentralverbandes der In-
dustriellen, benutzte die Gelegenheit, um gegen die Sozial-
politik zu hehen, die Regierung der einseitigen Begünstigung
der Arbeiter gegen die Unternehmer zu bezichtigen.

Um ein Uebel mit Erfolg zu bekämpfen, muß man seine
Ursachen beseitigen. Liegt die Ursache nun in diesem Falle bei
den Streikposten und der Belästigung der Arbeitswilligen, so ist
ein gesetzliches Verbot des Streikpostens die erste Maßregel
gegen die Wiederkehr der Vorgänge.

über diesen Schwindel war es doch, aus der die jetzige Un-
zufriedenheit entsprang. Wäre sie denn anders, wenn der
liberale Bloch die Finanzreform mit 400 Millionen indirekter
Steuern gemacht hätte und Bülow noch am Ruder säße?

Wir glauben also, die Nationalliberalen tun dem jetzigen
Reichskanzler unrecht. Der Bülowische Krug war eben so
lange zum Wasser gegangen, bis er brach. Und er hätte in
Bülow's Händen ebenso gut brechen müssen.

Sozialistengesetz — Zuchthausvorlage!

geistigen Kalibers. Natürlich sekundiert die agrarische Presse
kräftig.
Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert, daß ein Verbot
des Streikpostens erlassen werde. Aber damit nicht genug,
meint das agrarische Blatt:

Unseres Erachtens werden, wenn die Verhältnisse sich weiter
so entwickeln, die Verbündeten Regierungen nicht umhin können,
noch einmal den Versuch mit der Vorlegung eines Ar-
beitswilligengesetzes zu machen. Verlangen dann die
Parteien, so tragen sie die Verantwortung, die jetzt in der Haupt-
sache auf den Schultern der Regierung liegt.

Der fromme „Reichsbote“ phantasiert über die
„Strategie des Umsturzes“ und fördert dabei folgenden
blühenden Blödsinn zutage:

„Rebel hat nicht umsonst auf dem Magdeburger Partei-
tags proklamiert: „Preußen ist einzig in der Welt. Es gibt
keinen zweiten preussischen Staat. Wenn wir einmal diesen
preussischen Staat erobert haben, dann haben wir alles. Das
kostet Mühe, das kostet Arbeit, das kostet Schwweiß und das kostet
eventuell noch mehr!“

Dies „eventuell noch mehr“ — das ist, was man
jetzt in Roabit eingeschleitet und als neue Nachprobe des auf-
ständischen Proletariats einmal versucht hat. Daß es gerade
dort geschehen ist, hat seinen natürlichen Grund darin, daß die
Sozialdemokratie dort ein altes Hauptquartier, gewissermaßen
eine Kerntruppe dort besitzt. Und was noch wichtiger ist, diese
Roabiter Sozialistengarde befindet sich zur Stunde in besonderer
Aufregung und Begehung, ist also für Gewaltakte um so zu-
gänglicher. Dem Metallarbeiterverband, dessen Mitglieder von
der Loewischen Fabrik aus besonders zahlreich einwohnende or-
ganisierte Genossen sind, droht eine große Auspöhrung seitens
der Arbeitgeber, die Transportarbeiter sind gleichfalls unruhig
— man ist also in der nötigen Stimmung, revolutionäre Helde-
taten zu unternehmen.

Folgt das obligate Geschimpfe auf den „Vorwärts“ und
die Versicherung,

„... daß das Drama noch lange nicht zu Ende ist, daß wir
wohl erst bei der nächsten Ouvertüre stehen.“

Zum Schluß wird in der Zuschrift eines Lesers die
Polizei aufgereizt, den „Vorwärts“ beschlagnahmend und ge-
richtlich verfolgen zu lassen.

Gerade noch recht ist zu dieser Orgie der Angst und der
Wut, diesen Ausbrüchen der brutalsten arbeiterfeindlichen Ge-
sinnung das neue Organ der Reaktion gekommen, das von
der Regierung geförderte „Neue Montagblatt“. Dieses Blatt
hat wohl geglaubt, gleich zu Anfang den Beweis
erbringen zu müssen, daß es an fruppelsofer Lügenfertigkeit
und Niedertracht keinem Reaktionsorgan nachsteht. Das neue
Blatt schreibt:

gehalten. Pläne entworfen, Radfahrer schickten die Nacht durch hin und her, und selbst Automobile, die hinter der Front die Stellung der Schutzmannschaft auszubilden suchten, fanden den Kampf zu schwierig. Ist es da nicht entsetzlich, wenn die über die Straßen gereizten Polizisten, die bis zu 20 Stunden ununterbrochen im Dienste standen, journalistische Automobile für ein gewöhnliches hielten. Gewiß ist es bedauerlich, aber erklärlich und daher entschuldbar.

Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz“ vermag indes noch den Vergleich mit diesem edlen Blatt auszuhalten. Sie legt folgende Schauermär in die Welt:

Der Ernst dieser Ausschreitungen kann nicht überschätzt werden. Es ist der Unsicht und der Entschlossenheit der Polizei zu danken, daß sie nicht noch größere Dimensionen angenommen haben. So steht z. B. seit, daß in der Nacht zum 29. September ein gewaltiger Heberfall der Loewische Waffenfabrik geplant war, 700 Tausende von Schießwaffen und die entsprechende Munition lagern. Es war ein einzelner Trupp auch bereits gelungen, das Gebäude zu betreten, in das ihnen der Portier, sei es aus Furcht oder Mitleidenschaft, Einlaß gewährte, sie wurden indessen von den militärischen Posten, welche die Bewachung der Waffenvorräte übernommen hatten, wieder vertreiben. Die nächsten Wochen sollen, wenn verschiedene Anzeichen nicht trügen, eine Wiederholung der Krawalle in anderen Teilen der Stadt bringen. Offenbar beabsichtigen die dem Kampfe wohlwollend fernstehenden Demonstranten hinter den Kulissen, die ihrem Wille folgenden Massen nach und nach planmäßig zum offenen Aufbruch gegen die Staatsautorität zu erziehen.

Fürwahr, gegenüber solchen Ausbrüchen von Niedertracht und Verlogenheit wäre jedes Gefühl der Empörung eine Verschwendung. Mit Ekel schaut die Arbeiterchaft diesem erbärmlichen Schauspiel zu. Sie kann im Gefühl ihres Rechts und ihrer Kraft ruhig abwarten, was dieser Schlammvulkan auswerfen wird. Daß sie für ihr Recht zu kämpfen weiß mit besseren, schneidigeren Waffen als mit Straßentumulten a la Moabit, das sollen die Reaktionen früh genug erfahren.

Die englische Presse über die Unruhen.

London, 30. September.

Die Londoner Presse nimmt heute zu dem Angriff der Berliner Polizei auf die vier englischen Journalisten entschieden Stellung. In der liberalen „Daily News“ heißt es in einem Leitartikel: „Der empörende Angriff auf vier englische Korrespondenten war in hohem Maße für die Methoden der Polizei. Die vier Journalisten — zu denen auch Herr Graf, Lomer, der Berliner Korrespondent der „Daily News“ gehört, — wurden, während sie mit der Ausübung ihres Berufes in einer Straße, die frei von aller Störung und Unruhe war, von einer Truppe Polizisten angegriffen, die mit der flachen Seite und der Schneide ihrer Säbel auf sie einhieben. Gegen eine Forderung dieser Art müssen wir in der schärfsten Weise protestieren, und wir hoffen, daß die Berliner Autoritäten danach sehen werden, daß die schuldigen Beamten streng bestraft werden. Der gute Ruf Deutschlands erheischt, daß die Episode drastisch geregelt wird; denn so lange nicht Genugtuung geleistet worden ist, wird die Welt gezwungen sein, zu glauben, daß bei der Berliner Polizei, wenn sie damit beschäftigt ist, der Ordnung Respekt zu verschaffen, keine Gewalttätigkeit unmöglich ist. Man möchte hoffen, daß die deutsche Regierung ihre Untersuchungen nicht auf diesen Einzelfall beschränkt, sondern sich die Frage vorlegt, ob diejenigen, die eines wütenden Angriffs auf englische Journalisten fähig waren, deutsche Arbeiter wohl mit Diskretion und Selbstbeherrschung behandelt haben können.“

So eines der deutschfreundlichen Blätter in Großbritannien.

Die konservative „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel: „Wir hegen nicht den Wunsch, den Widerstand gegen die gesetzliche Autorität zu entschuldigen, aber wenn die Ausführung der Polizei nach diesem Zwischenfall beurteilt werden soll, so überrascht es einen nicht, daß ein Streik von 141 Kohlenarbeitern in einer Vorstadt der Hauptstadt in eine dreitägige Schlacht ausgeartet ist. Es ist nicht anzunehmen, daß solch' unbedeutende Ursachen, die dem allgemeinen Publikum fast unverständlich sind, solche Gewalttätigkeit und Unordnung in der meist regierten Hauptstadt der Welt herbeiführen. Die einzige Erklärung, die man sich denken kann, ist die, daß die Polizei in der Angelegenheit verfehlt zu Werke gegangen ist und aus Mangel an Taktgefühl und Urteilskraft viele Bürger, die von dem Streik der Kohlenarbeiter nichts wußten und kein Interesse daran haben, in die Reihen des offenen Widerstandes getrieben hat.“

Reuter sagt in seiner Spezialmeldung: „Die Zahl der Verwundeten ist der hysterischen Wildheit der Polizei zuzuschreiben, deren Selbstbeherrschung in den Wochen der letzten drei Tage vollständig geschwunden zu sein schien. Säbel wurden auf alt und jung ohne Unterschied und oft ohne Ursache gebraucht. Es kann nicht verneint werden, daß die Polizei den erbittertesten Widerstand in den engen Straßen fand, wo ein wirklich gefährliches Element wohnt.“

Der Berliner Korrespondent des konservativen „Daily Telegraph“ berichtet: „Jedem Engländer, der Preußen nicht persönlich kennt, wird es absolut ungläublich erscheinen, daß eine solche Tat im Namen des Gesetzes verübt wird. Aber die Tatsachen können nicht bestritten werden und sie erklären so ziemlich viele Dinge, über die oberflächliche Beobachter dieses Landes den Kopf schütteln, unter anderem auch die Tatsache, daß drei Viertel der Bevölkerung Berlins sozialistisch bis auf die Knochen sind...“ Während jedermann über das Ereignis erstaunt ist, sind die Korrespondenten, die die lange Reihe der Störungen, die in den letzten Jahren in Berlin vorgekommen sind, verfolgt haben, keineswegs überrascht. Sie haben gelernt, die Verleumdungen durch die Polizei als ein Teil der Sitten des Landes zu betrachten, und haben sich immer die Möglichkeit vor Augen gehalten, daß sich eines Tages irgend ein kleiner Atom, autoritärer Kräfte und blind vor Wut, sie als Gegenstand ihrer Wutgelüste auswählt. Im übrigen scheint das Indefinitivität der Korrespondenten im Automobil der Schlacht der Moabiter „Revolution“ gewesen zu sein.“

Die ausländischen Journalisten zur Jagowschen Erklärung.

Der Verein der Ausländischen Presse versendet folgende Erklärung:

„Der Verein der Ausländischen Presse hat in seiner außerordentlichen Generalversammlung vom 2. Oktober 1910 eine Resolution einstimmig angenommen, welche von Journalisten beantragt worden ist, die allen in dem Verein vertretenen Nationen angehören. Die Resolution lautet: In Erwägung,

1. daß die Herren Lawrence, Shaw, Lomer und die nicht als Reagierende, sondern als pflichtgetreue Berichterhalter sich nach Moabit begeben haben und demgemäß der bellagierten Vorfall, dessen Opfer sie geworden sind, über den Rahmen einer privaten Angelegenheit hinausgeht,

2. daß die Antwort des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin, wenn sie auch vom privaten Standpunkt aus als in freundlichem Tone gehalten betrachtet werden kann, doch vom journalistischen Standpunkt aus energigsten Widerspruch hervorruft, indem sie eine Auffassung zum Ausdruck bringt, die in unruhigen Zeiten den Berichterstattern jede Ausübung ihrer journalistischen Pflicht unmöglich machen würde,

3. daß die Behauptung, es sei eine ordnungswidrige Handlung begangen worden und insbesondere der Hinweis auf den § 125 des Reichsstrafgesetzbuches den Eindruck erwecken, daß die Pressevertreter, die sich in derselben Lage befinden würden, wie die Kollegen Lawrence, Shaw, Lomer und Wille, als Teilnehmer an einer Zusammenrottung zu betrachten wären, das heißt als mit Gefängnis zu bestrafende Landfriedensbrecher: legt die heutige Generalversammlung des Vereins der Ausländischen Presse, die sich mit ihren vier englischen und amerikanischen Kollegen vollkommen solidarisch erklären, gegen den vom Herrn Polizeipräsidenten von Berlin vertretenen Standpunkt entscheidende Verwahrung ein. Der Verein wird nach wie vor dahin wirken, daß die größte Bewegungsfreiheit, verbunden mit persönlicher Sicherheit, den Pressevertretern in ihrer Berufstätigkeit gewährt werde.“

Der Tod des Arbeiters Machalewski,

der — wie der „Vorwärts“ am Sonntag meldete — einem Schädelbruch erlegen ist, wird jetzt auch durch die Polizei bekanntgegeben. Eine Korrespondenz, die von der Polizei informiert wird, teilt mit:

„An einer Schädelverletzung gestorben ist der Arbeiter Stanislaus Machalewski aus der Zwinglistr. 11. Der Mann kam am Dienstagabend nach Hause und legte sich gleich zu Bett. Am nächsten Tage wurde er neben dem Bett liegend von seinen Wirtsknechten tot aufgefunden. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauplatz gebracht. Die gerichtsarztliche Obduktion ergab, daß M. an einem Schädelbruch gestorben ist. Dieser kann von einem Schlag mit einem stumpfen Gegenstande, von einem Sturz oder einem Fall herrühren. Auf dem linken Handrücken wurde eine 3/4 Zentimeter lange scharfrandige Wunde festgestellt. Es ist möglich, daß Machalewski sich diese Wunde am Dienstagabend in dem Kuchentisch durch einen Säbelhieb zugezogen hat. Woher die anderen Verletzungen herrühren, läßt sich nicht feststellen. Mit Säcken oder anderen stumpfen Gegenständen ist am Dienstagabend von Polizeibeamten kein Angriff abgewehrt worden. Kriminalbeamte waren an jenem Abend zur Niederschreibung des Auftrages noch nicht aufgefordert.“

Es ist höchst merkwürdig, daß diese Darstellung erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangt. Die Polizei konnte das alles viel früher wissen, als der „Vorwärts“, und sie hat es auch tatsächlich viel früher gewußt, während wir selber erst am Sonnabend bestimmte Nachrichten darüber erhielten. Der „Total-Anzeiger“ weiß zu melden, daß die Obduktion der Leiche erst am Sonnabend vorgenommen worden sei. Die Leiche des Arbeiters Stanislaus Theodor Machalewski (so lautet richtig sein Name) ist keineswegs erst am Sonnabend obduziert worden. Es ist ja auch gar nicht denkbar, daß die Obduktion eines Mannes, der bereits am Mittwoch (andere behaupten sogar aufs Bestimmteste: am Dienstag) gestorben ist, bis zum Sonnabend aufgeschoben worden sein sollte. Von dem Tode Machalewskis hatte die Polizei sofort Kenntnis erhalten, und ein von M.s Wirtsknechten herbeigerufener Polizeibeamter war's, der einen Arzt zu dem Sterbenden oder Verstorbenen holte. Der Arzt konnte nur noch den Tod konstatieren, und er erklärte hierbei zunächst, daß die Verwundung an der Hand eine Schußwunde sei. Wenn sie hinterher als von einem Säbelhieb herrührend angesehen worden ist, so wird auch die Polizei nicht bestreiten wollen, daß M. in eine Polizeiatende hineingeraten war. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Polizei dem Schauplatz zugeführt, und dort dürfte sie noch am Mittwoch, spätestens aber am Donnerstag obduziert worden sein. Bereits am Donnerstag kam abends ein Polizist zu den nächsten Angehörigen des Verstorbenen und meldete, daß die Leiche zur Beerdigung freigegeben worden sei. Am Freitag wurde der Totenschein ausgestellt, der einen Schädelbruch als Todesursache angab, und noch am Abend desselben Tages wurde die Leiche nach der Halle des in Reinickendorf gelegenen Friedhofs der katholischen Sebastiansgemeinde gebracht. Der „Total-Anzeiger“ aber läßt die Obduktion erst am Sonnabend erfolgen, so daß die „denkenden“ Leser begreifen, warum die Polizei erst so spät mit ihrer Darstellung herankam.

Am Sonntag wurde M. zu Grabe getragen. Den schlichten Sarg umstanden die Angehörigen und Verwandten des Verstorbenen und Mitglieder des katholischen Arbeitervereins St. Josef in Moabit, dem er angehört hatte. Da M. kirchlich getauft gewesen war, so sprach ein Geistlicher Gebete am Sarge und über der Gruft. Erwähnt wurde darin der „so plötzliche“ Tod, aber der vermuthliche Anlaß wurde sonst mit keinem Worte berührt. Ueber die Todesursache kann aber jetzt kein Zweifel mehr sein. Ob M. den Schädelbruch durch Schlag, Sturz oder Fall erlitten hat, kann die von der Polizei informierte Korrespondenz nicht sagen. Nun, der Obduktionsbefund wird wohl Genaueres darüber enthalten. Vielleicht entschließt sich die zuständige Behörde, durch eine amtliche Erklärung den Wortlaut bekanntzugeben. Auch wenn M. zu Fall gekommen ist und dabei den Schädelbruch erlitten hat, so schließt das nicht aus, daß diese Verletzung mit einer Polizeiatende in Verbindung zu bringen ist.

Außerdem ist nicht zu vergessen, daß, wenn die Polizei am Dienstagabend nicht mit Säcken oder stumpfen Gegenständen gefolgt hat, so doch mit ihrem Bissen die Arbeiterwilligen mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Knobeln ausgerüstet waren und von diesen Dingen auch Gebrauch gemacht haben.

Spitzel an der Arbeit!

Die originellen Methoden, die die Polizei zur Ermittlung von „Tumultuanten“ eingeschlagen hat, scheinen ihr denn doch nicht zu genügen. Wie wir am Sonntag in einer Zuschrift unseres Mitarbeiter G. Reinte schrieben, hat sich die Polizei einfach alle Verletzten vorgeladen, um sie dahin auszufragen, ob sich denn nicht irgend ein Anhalt für eine Anklage — nicht gegen die prägelenden Polizisten, sondern gegen die in so empörender Weise Mißhandelten erweisen läßt! Die Polizei scheint bei diesem in seiner Einfachheit geradezu genialen Verfahren aber doch nicht so recht auf ihre Kosten zu kommen. Wenigstens deutet ein Verpöhlungsversuch bei einem der Verletzten darauf hin, daß man den Inquirierten noch in anderer Weise das Geständnis ihres „Verbrechens“ entlocken möchte!

Der Wäcker R. gehörte zu den Opfern, die auf der Unfallsstation verhandelt werden mußten. Er gab dort seine Adresse an und erhielt zum 30. September die Aufforderung zur polizeilichen Vernehmung, der er auch nachgekommen ist. Am 1. Oktober nun erschien in der Wohnung der Wirtsknecht des R. ein Mann, der sich als einen gewissen Duschholz vorstellte und sich teilnehmend

nach dem Befinden des R. erkundigte. Besonders interessiert ihn, ob der Verpöhlte politisch organisiert sei, ob er der Gewerkschaft angehöre und dergleichen. Als die Wohnungsinhaberin den Herrn Duschholz verwundert fragte, warum er sich denn so angelegentlich nach diesen Dingen erkundigte, erklärte er, daß er im Auftrage des „Vorwärts“ gekommen sei.

Der Frau jedoch stiegen Bedenken auf, die noch wachsen, als der Besucher die Bitte um Legitimation ignorierte. Als der Herr Duschholz sich entfernte, ließ ihm eine der Frauen nach und ließ ihn durch einen Schutzmann zur Wache bringen, damit dort die Feststellung seiner Persönlichkeit erfolge. Auf der Wache verschwand der Wächter nach kurzem Zwiesgespräch mit dem „Vorwärts-Vertreter“ in einem Nebenzimmer, um nach kurzer Zeit die wartende Frau mit der Bemerkung abzufertigen: „Gehen Sie nur nach Hause, die Feststellung dauert doch zu lange.“

Am Nachmittag versuchte der Wohnungsinhaber auf der Polizeiwache das Resultat der Feststellung zu erfahren. Der Leutnant aber erklärte ihm: „Ach was, das war eine ganz harmlose Sache. Es handelt sich um irgend einen Pressevertreter. Lassen Sie nur die Sache gehen.“

Wir brauchen wohl nicht zu bemerken, daß sich die Vertreter des „Vorwärts“ nicht unter dem geistreich gewählten Namen Duschholz einzuführen und ihre Legitimation zu verweigern pflegten! Wir brauchen uns auch nicht gegen den Verdacht zu verwahren, daß sich Polizeileutnants unserer Vertreter in so liebenswürdiger Weise annehmen könnten. Offenbar also handelt es sich um irgend jemanden, der ein Interesse daran hatte, allerlei über den von der Polizei Verpöhlten, also nach der famosen polizeilichen Deduktion der „Zusammenrottung“ Verdächtigen zu erspionieren! Da dieser Herr Duschholz und Seinesgleichen die Verpöhlungsversuche fortsetzen könnten, sei auf das Treiben dieser Biedermänner hiermit besonders aufmerksam gemacht!

Rechtfertigungsversuche aus der Schutzmannschaft.

Es wird uns berichtet: Aus den Kreisen der Berliner Schutzleute, besonders der älteren Beamten, kommen Versuche der Rechtfertigung gegenüber der Erbitterung und Entrüstung der Moabiter Bevölkerung. Zahlreiche Unteroffiziere aus dem Heere sollen in Schutzmannsuniform den Dienst in Moabit versehen haben, weil man den regulären Schutzleuten nicht den genügenden „Schneid“ zutraute. Viele wußten nur in die Luft geschossen haben, trotzdem die Befehle „von oben“ so streng gewesen sein sollen, daß man befürchtete, Hunderte von Toten würden das Schlachtfeld bedecken!

Ruhe in Moabit.

Der Kampf in Moabit hat aufgehört. Die Bewohner atmen wieder auf. Die Schreckensherrschas des Säbels, des Rebolbers, des Gummiknüppels und Stachelschloßes ist beendet. Am Sonntagabend war nicht mehr zu bemerken von dem, was sich kurz vorher dort ereignet hatte. Der friedliche Bürger konnte wieder mit seiner Familie ruhig seinen Weges ziehen, ohne fürchten zu müssen, niedergeschlagen zu werden wie ein toller Hund. In einzelnen Straßen erinnern nur noch einzelne Schutzmannsposten an die beschämende Tatsache, daß die Berliner Polizei durch ihr ungeschicktes Vorgehen einen Bürgerkrieg entfacht hatte, der weit über die Grenzen des Landes hinaus Aufsehen und Empörung erregte.

Wie gesagt, am Sonntagabend war alles ruhig und zwar, wie allgemein zum Ausdruck kam, weil die Polizei sich von ihrem Umsturzfieber allmählich wieder erholt hatte.

So man aber hindörte, bildeten die traurigen Ereignisse den Gesprächsstoff und die Urteile, die über die Polizei gefällt wurden, waren nicht weniger als schmeichelhaft. Die entschiedene Stellungnahme des „Vorwärts“ in dieser Sache wurde selbst von solchen Personen lobend anerkannt, die prinzipiell sonst mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollten.

Ein Muster-Schutzmann.

Am Montagmorgen 6 Uhr kam der Schutzmann Richard Göbler, wohnhaft Triftstr. 93, 3. Etage, in Jüsil in die Gastwirtschaft des Herrn Wilhelm Jener, Ecke Triftstraße und Wittenowstraße, als zwei anwesende Gäste aus der „Allgemeinen Zeitung“ Mitteilungen über die Vorgänge in Moabit vorlasen. Der genannte Schutzmann, der amahm, es sei der „Vorwärts“, ärgerte sich darüber und fing mit den beiden Gästen Streit an, indem er sie Schuste, Lumpen usw. titulierte. Er räumte sich auch unter anderem, die ganze letzte Woche Dienst gehabt und tüchtig zwischen das Publikum gehauen zu haben. So meinte er auch: „er möchte für jeden Hieb, den er ausgeteilt habe, nur einen Sechser haben.“

Als der famose Hüter der Ordnung auch noch handgreiflich werden wollte gegen die beiden Gäste, die zum Glück ruhig und besonnen blieben, wies ihm der Gastwirt die Tür.

Der Streik der Kohlenarbeiter

und die Stellung der bürgerlichen Presse zu dem Streik stand auf der Tagesordnung von zwei großen Mitgliederversammlungen des Deutschen Transportarbeiterverbandes, die zum Sonntagmittag einberufen waren.

Bei Keller in der Köpenicker Straße referierte August Werner, der in seinem Bericht über die Entstehung des Streiks mit Nachdruck verschiedene, die öffentliche Meinung irreführende Darstellungen der bürgerlichen Presse bekämpfte. So ist die Meinung verbreitet worden, daß die Kohlenarbeiter in feindlicher Weise vorgegangen seien und der Firma Kupfer nur einen Tag Zeit gegeben und dann sofort die Arbeit niedergelegt hätten. Das ist falsch, die Arbeiter hatten die Firma Kupfer vier Tage vor dem Streik um Unterhandlungen ersucht. Das Ersuchen wurde abgelehnt und die Firma Kupfer sandte sofort schwarze Listen aus. Es muß auch betont werden, daß die Forderungen sehr beschiedene waren und daß man bei einigem Untergewissen der Firma vielleicht noch mehr Bescheidenheit gelobt hätte. Wie die Firma Kupfer gehandelt hat, davon stand nichts in den bürgerlichen Zeitungen. Für jeden unbefangenen Beurteiler wird dies aber sofort klar, wenn er erfährt, daß sich nicht nur der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr von Schulz, die größte und alle Anerkennung verdienende Mühe gegeben hat, die Firma Kupfer zu bewegen, die Gelegenheit einer amtlichen Stelle, dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu unterbreiten. Alles wurde hinweg geräumt, was der Firma auf diesem Wege hinderlich sein konnte. Der Verband trat im Interesse des Friedens zurück; dem Verlangen der Firma, nur mit den Arbeitern allein verhandeln zu wollen, wurde Rechnung getragen; aber unter den wunderbarsten Ausflüchten weigerte sich die Firma, das Einigungsamt entscheiden zu lassen. Da trat sogar der Oberbürgermeister von Berlin, Herr Reichner, dafür ein, daß das Einigungsamt entscheiden sollte. Zwei Bürger, darunter ein Landtagsabgeordneter, waren bei ihm vorstellig geworden und boten ihre Dienste zur Her-

Stellung des Friedens an; sie stellen aber das sonderbare Verlangen, daß die Streikenden sofort die Arbeit wieder aufnehmen sollten und dann — würde man sehen. Das mußten die Kohlenarbeiter ablehnen, denn sie haben schon bei den Kämpfen im Jahre 1906 so schlechte Erfahrungen mit den Kohlengrößhändlern gemacht, daß sie alles Vertrauen eingebüßt haben. August Werner, der zu einer Konferenz hinzugezogen wurde, machte nun einen Vorschlag, den der Oberbürgermeister sofort billigte. Die Kohlenarbeiter sollten die Arbeit aufnehmen, wenn die Firma Kupfer sich verpflichtete würde, das Eingangsamt den Streit entscheiden zu lassen. Diesen Vorschlag sollte der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Herrn v. Schulz und aller auf der einen Seite Beteiligten der Firma Kupfer machen. So geschah es, aber — die Firma Kupfer lehnte ab und beharrte auf dem Prozenstandpunkt, der keinen Frieden möglich macht. Das muß die Öffentlichkeit erfahren!

Für die Ausführungen in Moabit macht der Redner in erster Linie das provokatorische Vorgehen der Polizei verantwortlich, das er unter der lebhaftesten Zustimmung der Versammelten scharf verurteilt.

Die Polizei hatte eine fliegende Schar von etwa 30 Mann und 2 Reutnants im Partierelokal des Hauses eingerichtet. Der Vorsitzende machte dies der Versammlung bekannt und tadelte scharf das Verhalten des Vorgesetzten, der den einen Saal zu einer Versammlung für ruhige, friedlich gestimmte Arbeiter vermietet und den anderen Saal für die Polizei, um dieser Gelegenheit zu geben, eventuell gegen die Arbeiter vorgehen zu können.

Eine Protestresolution im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde einstimmig angenommen. Gegen das Verhalten des Herrn Velle (Mischhölle), der sich besonders zum Schutzherrn der Firma Kupfer aufgeworfen hat, sprach sich die Versammlung mit großer Entrüstung aus. Der Streit wird energisch fortgesetzt werden.

In friedlicher Weise gingen die Versammelten auseinander; die Polizei lag umsonst auf der Lauer.

Auch der große Saal in den „Pharus-Sälen“, wo eine zweite Versammlung stattfand, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ritzke referierte und gab ein Bild von der Lage der Kohlenarbeiter insgesamt und der der Streikenden bei der Firma Kupfer u. Co. speziell an der Hand von vielen Tatsachen. (Der „Vorwärts“ hat darüber eingehend berichtet.) Daß die Forderungen der Streikenden an genannte Firma nicht unterschätzt waren, zeigt die folgende Aufstellung, die der Referent mitteilte:

Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Kupfer u. Comp., Kohlenhandlung an gros, Berlin.

1. Zeitlohn.

a) Die Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 60 Pf. bei einer täglich zehnstündigen Arbeitszeit. Der Lohn der Ausfuhr beträgt 33 M. pro Woche.

2. Akkordlohn.

a) Für Ueberladen von Restkohlen, Steinkohlen, Koks auf dem Platz bleiben die bisher gezahlten Sätze bestehen.

b) Die Bezahlung für Ausfragen aus dem Raub bleibt der freien Vereinbarung der Arbeiter mit der Firma überlassen, jedoch dürfen die augenblicklich gezahlten Lohnsätze nicht gekürzt werden.

3. Arbeitszeit.

a) Die Arbeitszeit für Arbeiter beginnt des Morgens um 6 Uhr und endet abends um 8 Uhr. Diese Arbeitszeit wird unterbrochen durch Pausen von 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Vesper.

b) Des Sonntags findet der Schluß der Arbeitszeit eine halbe Stunde früher ohne Lohnkürzung statt.

c) Die Arbeitszeit für Ausfuhr beginnt des Morgens um 5 Uhr und endet abends 7 Uhr.

4. Ueberstunden.

a) Für Ueberstunden erhalten die Arbeiter eine Bezahlung von 55 Pf. pro Stunde.

b) In denjenigen Fällen, wo die Arbeiter um 5 Uhr morgens anspannen müssen, auch in den Fällen, wo dieselben nach 7 Uhr abends in der Stadt beschäftigt sind, erhalten dieselben eine Vergütung von 60 Pf. pro Stunde. Die Berechnung der Ueberstunden geschieht bis zur Rückkehr nach dem Stall.

5. Sonntagsarbeit.

a) Die Arbeiten des Sonntags sind möglichst zu vermeiden, ist solche dennoch in der gesetzlich zulässigen Zeit dringend notwendig, so ist die Stunde mit 60 Pf. zu vergüten.

Allgemeines.

Die Auszahlung des Lohnes erfolgt wöchentlich des Freitags. Fällt der Freitag auf einen Feiertag, so erfolgt die Lohnzahlung am Tage vorher.

Nur der Polizei seien die Unruhen zuzuschreiben. Wäre die Polizei fortgeblieben, dann wäre sofort Ruhe eingetreten. Ein Fall ist dafür charakteristisch. Bei einem durch Streikbrecher hervorgerufenen Aufruf wollte die Polizei schon in der bekannten Weise vorgehen, als der Redner dem diensthabenden Offizier erklärte, daß er, Redner, wenn ihm die Polizei nur fünf Minuten Zeit lasse, sofort die Ruhe herstellen wolle. Tatsächlich beruhigte sich die Menge sofort und ging auseinander, nachdem die Beamten sich zurückgezogen und der Redner zu den Personen gesprochen hatte. Die Streikleitung wurde auf Schritt und Tritt bespitzelt und von Lokal zu Lokal gehetzt.

Die Polizei verhaftete jetzt Streikende, um den übrigen Streikenden Angst einzujagen. Die Kollegen werden sich aber dadurch nicht abhalten lassen, weiter ihre Sache zu vertreten. (Großer Beifall.) Scharf nahm sich Redner die bürgerliche Presse vor, die mit ihren Separatisten und Räubergeschichten nur die Reaktion aufpeitschen wolle. Selbst die linksliberalen Blätter hätten vollständig versagt und sich unumwunden auf die Seite der Polizei gestellt. Die bürgerliche Presse trägt die meiste Schuld, indem sie die Polizei aufhebt und alle Vorgänge aufgeschaukelt habe. Einzig und allein der „Vorwärts“ hat mit Kraft und Energie die Interessen der Streikenden und der Bevölkerung vertreten. Redner schließt mit der Aufforderung, die Ruhe zu bewahren und weiter zu kämpfen wie bisher. (Stürmischer Beifall.) Sämtliche Disziplinardrucke unterdrücken die Ausführungen des Referenten und die Empörung der Versammelten richtete sich sowohl gegen das Treiben der Polizei als auch gegen die lägenhafte bürgerliche Presse. Besonders der Donnerstag-Artikel der „Morgenpost“ hatte unter den Transportarbeitern böses Blut erregt, was sich durch stürmische Paruse bemerkbar machte. Sämtliche Redner forderten die Kollegen eindringlich auf, die bürgerliche Presse, ganz gleich, welcher Schattierung, zum Hause hinauszutwerfen.

Auch eine Genossin, Frau Reich, nahm das Wort, indem sie in sehr humorvoller Weise zeigte, welche Vorteile der Arbeiter durch das Vorgehen der Polizei zu kommen. Die Organisationen können zufrieden sein mit der Verdunstung der Polizei. Rednerin schließt mit den Worten: „1911 bei den Wahlen sehen wir uns wieder!“ (Großer Beifall.) Mit einem wirksamen Schlusswort des Referenten, der das Ganze noch einmal zusammenfaßte und an die Anwesenden appellierte, die Frauen und Kinder zu kämpfen gegen den Kapitalismus zu ergreifen, nicht mehr die bürgerliche Presse zu abonnieren und der politischen Partei beizutreten, schloß die Verhandlung.

Auch hier wurde eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen.

In der Nachbarschaft waren in vielen Häusern fliegende Polizeiwachen untergebracht. Die Schutzeute hatten den Revolver nur halb im offenen Futteral stecken. Die Versammelten gingen aber ruhig auseinander, nachdem Werner sie noch gewarnt hatte, sich auf eine Provokation einzulassen.

Das Wiener Proletariat gegen die Fleischnot.

Wien, 2. Oktober.

Wieder hat heute eine jener gewaltigen Demonstrationen stattgefunden, durch die die Wiener Arbeiterkraft mit eiserner Faust in die Geheide dieses Staates eingreift. Eine Demonstration von Macht und Gewalt, die nicht weit zurückbleibt hinter jener historischen Demonstration vom 28. November 1905, mit der das allgemeine Wahlrecht erzwungen wurde. Die Reiter Reiten hat sie diesmal auf die Straße getrieben, die Aufregung über die immer steigende Lebensmittelverknappung und namentlich über die Regierung, die gleichgültig und ergeben in den Willen der Agrarier der wachsenden Not zusieht und den Schrei des Volkes nach Deckung der Grenzen für billiges Fleisch gefühllos überhört. Man hat die Arbeiterkraft in einem friedlichen Aufzuge nochmals ihre Entschlossenheit zum Kampfe kundgetan und wenn die Regierung auch jetzt noch untätig bleibt, fällt die Verantwortung für das, was nun kommt, auf sie. Man wird ja bald sehen, ob sie den Mut haben wird, diese Verantwortung auf sich zu nehmen.

Schon frühmorgens wurde es in den Arbeitervierteln lebendig. Radfahrer durchzogen die Straßen und mahnten durch Hornsignale die Genossen, zur Demonstration zu eilen. Um 8 Uhr sammelten sich die Genossen in den einzelnen Gemeindebezirken und marschierten dann in geschlossenen Rügen mit ihren Fahnen und Standarten zum gemeinsamen Zusammenkunftsort auf den Schwarzenbergplatz. Aus jedem einzelnen der 21 Bezirke kamen Tausende und Zehntausende. Aus den Arbeitervierteln der Umgebung kamen oft mehrere Stunden weit langezüge von Arbeitern, so aus Liesing und Yggersdorf mehrere Tausend, die fast zwei Stunden bis nach Wien zu Fuß gehen mußten. Die Genossen von Wiener-Neustadt hatten einen Sonderzug der Südbahn gemietet, der sie in einer Stunde nach Wien brachte. Aus anderen Orten wieder hatten die Genossen große Deputationen mit ihren Fahnen nach Wien entsendet. Die Rüge aus den einzelnen Bezirken waren so groß, daß sie den Wagenverkehr lahmlegten, und daß auch die Straßenbahn ihren Verkehr einstellen mußte. Allerdings muß man zugeben, daß die Leitung der kommunalen Straßenbahn ein ziemlich gutes Entgegenkommen bewies. Auch die Polizei war diesmal so einsichtig, sich möglichst un-sichtbar zu machen und die Aufrechterhaltung der Ordnung völlig den Parteiobern zu überlassen, die durch rote Armstreifen kenntlich gemacht waren.

Um 10 Uhr erfolgte der Abmarsch vom Schwarzenberg-Platz, aber erst nach 12 Uhr war der Platz geleert. An der Spitze des Zuges gingen die Funktionäre der Parteiverwaltung und die Reichsratsabgeordneten aus der Provinz (die Wiener Abgeordneten gingen mit ihren Organisationen). Knapp hinter ihnen hatte die Organisation der Bühnenarbeiter Aufstellung genommen, die einen Valochin trug mit einer vom Theatermaler verfertigt gemalten Dekoration, auf der einige drastische Karikaturen der Fleischwucherer zu sehen waren. Dann folgten die Deputationen und diesen die Demonstrationsteilnehmer aus der Provinz. In langem Zuge, bald in Reihener-Reihen, bald in zwanziger-Reihen marschierten dann die einzelnen Bezirke, an der Spitze jedes die Bezirksvertrauensmänner, hinter ihnen dann zum Teil die Frauen, die diesmal in überaus großer Zahl an der Demonstration teilnahmen. Innerhalb der Bezirke waren wieder besondere Gruppen der einzelnen Gewerkschaften sowie auch der größeren Fabrikbetriebe. Jede Gruppe hatte ihre eigenen Fahnen, Standarten und Tafeln, meist rot oder weiß mit Inschriften. Die Standarten waren vielfach so groß, daß sie die ganze Breite der Straße einnahmen. Sie trugen die verschiedensten Inschriften, bald ernst-pathetisch, bald witzig-satirisch.

Zahllos waren die Karikaturen der Agrarier. Die Hernalser trugen eine Puppe, die einen feisten Agrarier darstellte. Auf einer Tafel war der Führer der Agrarier, Reichsrat v. Hohenblum, im Zwiesgespräch mit einem Ochsen zu sehen: „Bruder, du darfst nicht herein!“ Auf einer anderen standen einige Ochsen vor dem österreichischen Hofkanzler, darunter die Inschrift: „Eini möcht!“

Ueberall, wo der Zug geht, steht ein dichtes Spalier von Reuigen, viele mit roten Ketten geschmückt. Beim Parlament hat sich eine große Menschenmenge angeammelt. Man hat — zum erstenmal bei einer Demonstration — die Klampe freigegeben. Bis hinauf zum Eingang steht die Menge in mehreren Reihen. Die Polizei beschränkt sich darauf, den Brücken zu umgeben. Aus der Zuschauermenge werden den Demonstranten zum Gruß rote Fahnen geschwenkt. Als die ersten Rüge beim Parlament vorbei waren, schwingt sich Abgeordneter Benno Sidel auf das Postament des großen Gaslandlers vor der Rampe und hält eine stammende Ansprache an die Menge. Stürmische Hochrufe auf die Sozialdemokratie und die Rufe: „Nieder mit den Agrariern!“ „Nieder mit der Regierung!“ sind das Echo.

Um 11 Uhr kommt die Spitze des Zuges beim Rathaus an, wo eine Versammlung angekündigt war. Aber schon lange vorher war der kolossale Platz dicht besetzt von Demonstranten, die sich ihren Organisationen nicht angeschlossen hatten. Sie mußten, als die Rüge herankamen, Platz machen, ob sie wollten oder nicht. Ursprünglich war beabsichtigt, von drei Stellen aus an die vorbeiziehenden Demonstranten Ansprachen zu halten. Aber als der ungeheure Menschenstrom sich über den breiten Platz ergoß, auf dem die Radfahrer Spalier bildeten, sah man, daß es unmöglich war, Halt zu machen. So wurden doch an die ersten Rüge Reden gehalten. Es sprachen die Abg. Schummeier, Ellenbogen, Winarsch, Neumann, Tomajsek, Seib.

Es war fast 12 Uhr, ohne daß auch nur die Hälfte des Zuges beim Rathaus vorbeigezogen wäre. Um den Zug vorwärts zu bringen, ließ man nun (das Generalarrangement hatte der altbewährte Demonstrationsführer Bretschneider) ein rasches Tempo einschlagen und in der breiten Allee vor dem Rathaus zwei Bezirkszüge nebeneinander marschieren.

Um 1 Uhr war die Demonstration vorbei. Der Eindruck, den sie auf die ganze Bevölkerung machte, wird aber nachwirken.

Prag, 3. Oktober. In Radnow nehmen die Demonstrationen anlässlich der Lebensmittelverknappung einen äußerst bedrohlichen Charakter an. Tausende von Arbeitern durchziehen die Straßen und fordern Staatshilfe. Die Staatshüter hat ein Bataillon Infanterie, drei Eskadronen Dragoner und 150 Gendarmen nach Radnow entsandt, da weitere Zwischenfälle befürchtet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Oktober 1910.

Nationalliberale Wetteteil um konservative Hilfe.

Die „Königliche Zeitung“ bringt in der Montagnummer einen Artikel, in dem sie alsbaldiger Sammlung der bürgerlichen Parteien das Wort redet und erklärt, die gefährlichsten Gegner des modernen Staates und der nationalliberalen Partei seien die Sozialdemokraten und das Zentrum. Ihnen muß der Kampf um so mehr gelten, heißt es, als ein Erstarken dieser beiden Parteien wiederum die Gefahr ultramontan-sozialistischer Mehrheitsbildung

näher rückt. Zu Beginn des Jahres war an dieser Stelle gesagt, es könne einmal die Zeit kommen, wo die nationale Not die Parteien des alten Blocks wieder zusammenführe. Die Zeit ist da! An den Kon-servativen ist es, ihre Zeichen zu deuten, denn noch ist es nicht zu spät, durch eine zwar schwierige, aber fruchtbare konservativ-liberale Politik einen Teil der Un-zufriedenheit zu beseitigen, die bisher bei den Wahlen Scharen der Mißvergnügten ins rote Lager getrieben hat. Die Zeit ist da, die rote Flut droht uns bis an die Brust zu steigen. Nach Magdeburg scheint uns kein anderer Optimismus mehr gestattet als der, daß die Revisionisten, wenn sie es könnten, uns Bourgeois mit etwas freundlicherem Gesicht den Hals umbrechen würden als die Radikalen. Das badische Vorbild wird daher wohl wenig Nachahmer finden und die bürgerliche Sammlungspolitik wird sich, auch wenn sich jene konservativ-liberale Arbeitsgemeinschaft nicht erzielen läßt, von Fall zu Fall bei der Wahltaktik von selbst ergeben. Das wird für die Disziplin der bürgerlichen Wähler eine schwere Belastungsprobe sein, und was dabei herankommt, ist nicht vorauszu sehen. Wir vertrauen aber, daß die bessere Einsicht die deutschen Bürger und deutschen Bauern hindern wird, sich in Extreme zu verlieren, sie muß sie schließlich doch zur Politik des verständigen Ausgleichs der Gegensätze zurückführen, wie ihn der National-liberalismus verkörpert.

Die Angst vor der roten Flut schwingt den braven National-liberalen aus allen Poren und in ihrer Angst verschmähen sie selbst nicht mehr den Ruf: Gift Heydebrand!

Ein Zentrumsdruk nach Sammlung!

In Köln sprach am Sonntag in einer Zentrumswähler-versammlung der Abgeordnete Trimborn. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Sätzen: Es bleibt der Regierung kein anderer Weg übrig, als alle Kräfte zu einer zuverlässigen Abwehrmehrheit gegen das weitere Vordringen der Sozialdemokratie und zu einer Arbeitsgemeinschaft auf mittlerer Linie zu sammeln. Eine solche Politik müßte allerdings wieder an den Fäden anknüpfen, der 1906 so jäh gerissen worden sei. Die Regierung müsse ein deutliches Wort an die Adresse der nationalliberalen Partei richten. Niemals in einem Parlamente habe eine Partei von ihrer Machtstellung einen so bescheidenen Gebrauch gemacht, wie seinerzeit das Zentrum.

Die Strafprozessreform gefährdet.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird geschrieben, daß mit der Möglichkeit des Scheiterns der Strafprozessreform gerechnet werden müsse. Die Regierung könne der Zuziehung von Laien als Richter in der Berufungsinstantz auf keinen Fall zustimmen. Den Berufungsgerichten müsse ein vermehrtes Ansehen in den Augen des Publikums verschafft werden dadurch, daß diese Gerichte lediglich mit Berufsrichtern besetzt werden. Außerdem fürchte die Regierung, daß die nötige Anzahl von Laienrichtern überhaupt nicht beschafft werden könnte.

Vermehrtes Ansehen können die Berufungskammern nur dann erlangen, wenn durch Laienrichter ein bestimmender Einfluß auf die Rechtsprechung ausgeübt wird. Recht scharfsinnig ist auch der Grund, daß die nötige Anzahl von Laienrichtern nicht beschafft werden könnten.

Erledigtes Reichstagsmandat.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Krauß, konservativer Vertreter des Wahlkreises Königsberg 2 (Koblen-Weißau) ist gestern in Spannegeln bei Koblen gestorben.

Krauß wurde 1907 mit 11 576 Stimmen gewählt, 8170 fielen auf den Sozialdemokraten, 1760 auf den Fortschritt. Bei der Wahl im Jahre 1903 brachten es die Konservativen auf 7127 Stimmen, der Sozialdemokrat auf 5068, so daß die Aussicht besteht, daß unsere Partei bei der bevorstehenden Erziehung in die Stichwahl mit den Konservativen kommt.

Frankreich.

Protest gegen den Drill.

Paris, 2. Oktober. In der Kasernen Koban der Garde Republikaine ereignete sich ein Fall von Gehorsams-verweigerung. Als der Wacheoffizier die Mannschaften an-treten ließ, erschienen die durch den Sicherheitsdienst bei den Streiks ermüdeten Gardisten etwas langsam. Der Offizier schickte die Mannschaften darauf wieder zurück und ließ viermal das Antreten wiederholen. Als er sie ein fünftes Mal sah, erjähnten sie nicht im Kasernenhof. Dagegen prüften sie aus den Fenstern und stimmten die internationale an.

Belgien.

Leopolds Erbe.

Brüssel, 3. Oktober. Der Kolonialetat für das Jahr 1911 ist den Mitgliedern der Kammer zugegangen. Es ergibt sich, daß die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben mit einem Defizit von 6 1/2 Millionen Frank abschließen; außerdem werden an außer-ordentlichen Ausgaben in dem Etatsjahr 1911 etwa 12 Millionen Frank beansprucht, so daß also im ganzen für 18 1/2 Mil-lionen Frank aufzukommen ist. Die Deckung soll durch Ausgabe von Schatzscheinen erfolgen. In politischen Kreisen aber nimmt man an, daß dies nicht möglich sein wird, so daß also mit der Notwendigkeit einer Kolonialleihe gerechnet werden muß.

Der Kongostaat, eine der Hinterlassenschaften des geschäfts-lundigen Königs Leopold, wird demnach für das belgische Volk ein recht teures Erbe.

Spanien.

Canalejas bleibt!

Madrid, 2. Oktober. Seitdem stellt Canalejas beim König die Vertrauensfrage, um sein antikerikales Programm ohne jede Abschwächung durchführen zu dürfen. Der König er-neuerte ihm sein volles Vertrauen.

Eine Demonstration der Schwarzen.

Madrid, 2. Oktober. In San Sebastian wurde von etwa 30 000 Katholiken eine Kundgebung veranstaltet, bei der zahl-reiche Reden gehalten wurden, die scharfe Anklagen gegen die Re-gierung enthielten. Auch in zahlreichen anderen Provinzhäupten wurden Protestkundgebungen gegen die antikerikale Politik ver-anstaltet, die überall, ausgenommen in Valencia und Saragoßa, ruhig verlaufen sind.

Madrid, 2. Oktober. Eine große Anzahl Katholiken, die heute früh der Messe in der Kirche Virgen del Pilar beiwohnten, zogen später zum Palais des Zivilgouverneurs. Während dieser eine Abordnung empfang, umringten die Manifestanten das Palais und sangen geistliche Lieder. Eine Gruppe von Republikanern antwortete mit der Marschallaise. Es entstand eine Schlägerei. Die Gendarmen und die Polizei zerstreuten die Manifestanten mit Säbelhieben. Am Nachmittag herrschte wieder Ruhe.

Valencia, 8. Oktober. An der gestrigen Kundgebung der Katholiken beteiligten sich mehrere tausend Personen. Die Kundgebung endete mit Stockschlägen und Redolverschüssen, wobei zwei Personen verletzt wurden. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Portugal.

Streikunruhen.

In Barreiro in der Nähe von Lissabon sind die Korzholzschneider und Weinküper in den Ausstand getreten. Die Korzarbeiter wollen den Export des ungeschichteten Korzholzes nicht dulden; sie verlangen, daß das Holz vor der Ausfuhr zugehauen werde. Die Weinküper protestieren gegen die Einfuhr ausländischer fertiger Fässer. Wie dem „V. L.“ aus Lissabon gemeldet wird, haben über zwanzigtausend Mann in Barreiro gleichzeitig die Arbeit verlassen, die Bahnzüge angehalten und Tausende von Ballen Korzholz herausgeworfen und verbrannt. Hunderte Munizipalgardisten, ein ganzes Regiment Infanterie, vier Schwadronen Kavallerie und das Ingenieurkorps sind nach dem Schauplatz der Vorfälle abgedandt worden. Es gelang nicht ohne weiteres, die Ruhe herzustellen. Vielmehr ist es zu ernstlichen Kollisionen gekommen, bei denen über 50 Streikende verwundet wurden. Die Regierung will nun unter allen Umständen weitere Unruhen vor Eröffnung des Parlaments, die im Dezember bevorsteht, verhindern und hat den Export ungeschichteten Korzholzes und die Einfuhr fertiger Fässer untersagt.

Rußland.

Iswolksi gestürzt.

Petersburg, 8. Oktober. Die Ernennung des bisherigen Ministers des Aeußern Iswolksi zum Botschafter in Paris ist heute amtlich bekanntgegeben worden.

Türkei.

Die griechischen Unruhen.

Saloniki, 2. Oktober. (Melbung des Wiener A. A. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Ueber Jonische und Ionische Inseln ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Entwaffnung der Bevölkerung und die Hausdurchsuchungen werden mit größter Strenge durchgeführt. Bei Sumanische wurde eine 15 Mann starke griechische Bande vernichtet. Aus Janina wird die Meldung amtlich bestätigt, daß die Griechen eifrig dabei sind, die Grenze von Arta bis Koros zu besetzen und Geschützpositionen zu errichten, daß zahlreiche Offiziere dort eingetroffen sind und daß die Schutztruppen an der Grenze erheblich verstärkt worden sind.

China.

Fehlbeiträge im Staatshaushalt.

Peking, 2. Oktober. Das Finanzministerium hat für ganz China das nächstjährige Staatsbudget mit einem Fehlbetrag von 86 Millionen Taels aufgestellt. Die Einnahmen belaufen sich auf 297 Millionen, die Ausgaben auf 383 Millionen, darunter für das Kriegswesen 90, das Verkehrswesen 50 und die Schuldentilgung 60 Millionen Taels.

Ein Schritt zur Verfassung.

Peking, 3. Oktober. Bei der heutigen Eröffnung des Vorparlaments erklärte der Regent, daß in dieser Versammlung die Meinung des Volkes zum Ausdruck kommen solle. Obwohl hiermit erst der erste Schritt auf dem Wege zum Verfassungsstaat getan sei, so verkörpere sich doch in dieser Versammlung die Hoffnung auf eine große Zukunft des Landes, indem China zeige, daß es im Einklang mit dem Fortschritt der ganzen Welt die Notwendigkeit erkannt habe, die Lage aller Bevölkerungsklassen und das gute Einvernehmen zwischen ihnen zu verbessern. Die Anträge, die beraten werden sollen, betreffen innere Angelegenheiten. Trotzdem der nur beratende und nicht gesetzgeberische Charakter der Versammlung von den Rednern der Regierung ausdrücklich betont wurde, gab ein Volksvertreter seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß der Wunsch, eine konstitutionelle Regierung zu erhalten, wenigstens zum Teil erfüllt worden sei.

Die Abschaffung des Jopfes

soll nach einer Befinger Meldung beschlossene Sache sein. Für Heer und Polizei, Beamte und Studierende wird seine Vereinfachung vorgeschrieben werden. Den übrigen Ständen werde freie Hand gelassen. Auch die übrige Kleidung solle reformiert, namentlich das lange Gewand durch eine andere Tracht ersetzt werden. Da auch diese, wie es bisher der Fall war, für alle möglichen Fälle bestimmt vorgeschrieben werden soll, hat der Regent eigene Studien in den Ministerien angeordnet. Dieser Bruch mit dem seit Jahrhunderten hergebrachten müsse politische und soziale Folgen nach sich ziehen. Reformen anderer Art fordert die Konferenz der Provinzialparlamentsdeputierten, die vor kurzem in Peking getagt hat. Sie verlangt eine eingehende dargelegte Reform der Zentral- und Provinzialverwaltungen — der Steuern und Zölle — des Geldwesens — ein freieres Vereinsgesetz — Neuordnung der Steuererhebung — Kontrolle der Geschäftsführung der verschiedenen Beamten — Feststellung der Budgets der Provinzen durch die Provinziallandtage — Veröffentlichung von Rechenschaftsberichten über die Verwaltung der Provinzen durch die Vizelönige und Statthalter. Falls diese Neuerungen von der Regierung abgelehnt werden, hat die Konferenz die Mandatsniederlegung der Abgeordneten der Provinziallandtage, zu deren Zuständigkeit die angeführten Reformen gehören, beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der Wertindustrie

wurden gestern in den Räumen des Arbeitgeberverbandes für Hamburg-Altona fortgesetzt. Der Standpunkt der beiden Parteien sowie die Materie selbst wurden noch einmal durchgesprochen, jedoch an dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen nichts geändert. Ob eine neue Zusammenkunft stattfinden wird, hängt von einer für gestern abend anberaumten Versammlung der Wertarbeiter ab, in der die Vertreter der Arbeiter Bericht erstatteten.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei Kupfer u. Co.

Eine gut besuchte Versammlung der Kohlenarbeiter Berlins beschloß am gestrigen Abend einstimmig, bei all den Firmen die Arbeit niederzulegen, wo Streikarbeit verrichtet wird (Pauli, Schliebel, Thiemendorfer, Schneidemühl usw.). Die betreffenden Kollegen sollen moralisch und finanziell unterstützt werden.

Bei der Firma Pauli sollen am Dienstagmorgen alle organisierten Kollegen die Arbeit niederlegen. Ueber die Firma wird die Sperre verhängt.

Verantwortl. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Nikdorf. Inzerate verantwortl.:

Die Arbeiterschaft der Vorfigwerke und die bevorstehende Aussperrung.

Am Montagabend hielt die Arbeiterschaft der Vorfigwerke in Regel eine allgemeine Betriebsversammlung ab, um zu der angeordneten Aussperrung Stellung zu nehmen. Der Saal von Trapp in der Bahnhofsstraße, der größte, der in Regel für die Arbeiterschaft zu haben ist, war bis auf den letzten Stehplatz gedrängt voll. Der Referent Wiede vom Deutschen Metallarbeiterverband schilderte die Umstände, die zu dem Aussperrungsbeschlusse des Unternehmertums geführt haben, legte dar, welche Risiken profite das Unternehmertum mit fortgesetzten Lohnrückgängen in den Krisenjahren erzielt hat, und wie es jetzt die bescheidenen Forderungen der Wertarbeiter zurückweist und durch die Massenaussperrung niederzuzumteln sucht. Schließlich erklärte der Redner unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß, wenn die Unternehmer die 60 Prozent aussperrten, die übrigen 40 Prozent Mann für Mann die Betriebe zu verlassen haben. Er, Redner, sei ermächtigt zu dieser Erklärung. Es müsse endlich einmal der Spielerei des Unternehmertums mit den Interessen der Arbeiterschaft ein Ende gemacht werden. — Die Versammlung, die schon während des Referats wiederholt durch lebhafteste Zustimmungsaussagen ihren Kampfesmut kundgegeben hatte, hielt eine lange Diskussion nicht für notwendig. Es sprachen noch zwei Redner und beide verlangten unbedingt, daß die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes die Arbeit verläßt, wenn die Aussperrung durchgeführt wird. Sodann beschloß die Versammlung einstimmig, die Vertrauensmänner des Betriebes zu beauftragen, in der Vertrauensmännerversammlung am Donnerstag zu erklären, daß auch die 40 Prozent die Arbeit verlassen, wenn die 60 Prozent ausgesperrt werden.

Der Tarifabschluß in der Berliner Eisindustrie scheint nunmehr gesichert. Die Fabrikanten haben den Schiedspruch des Einigungsamtes vom 27. September, der dahin ging, daß sie auf Grund der Bestimmungen des abgelaufenen Tarifvertrages vor dem Einigungsamt zu verhandeln haben, angenommen. Am Sonntagabend trat das Einigungsamt erneut zusammen; es gelang ihm jedoch nicht, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, weil die Arbeitgeber auf keinen Fall eine Arbeitszeitverlängerung zugestehen wollten. Nach 3 1/2 stündiger Verhandlung und Beratung wurde dann ein Schiedspruch gefällt. Danach hat der mit Wirkung vom 1. Oktober 1910 an abzuschließende Vertrag Gültigkeit bis zum 30. September 1913. Die Arbeitszeit bleibt bis zum 30. September 1912 wie bisher wöchentlich eine 55stündige, von da ab bis zum Ablauf des Tarifes beträgt sie nur 52 Stunden die Woche. Die Minimallohne betragen vom 1. Oktober 1910 ab für Eisarbeiter 56 Pf., für Eisstichter und Kartuschsticker 59 Pf. und für Arbeiterinnen 37 Pf. pro Stunde. Auf die effektivsten Löhne werden in jedem der drei Vertragsjahre 2 Pf. pro Stunde zugelegt.

Am Sonntag nahm die Arbeiterschaft in einer fast vollständig besuchten Versammlung, die äußerst stürmisch verlief, zu dem Schiedspruch Stellung. Für Annahme desselben traten außer den Kommissionsmitgliedern nur vereinzelte Redner ein. Alle übrigen Redner verlangten mit aller Entschiedenheit Ablehnung des Schiedspruchs, weil er die Wünsche der Arbeiter nicht genügend berücksichtige. Nach fast vierstündiger Debatte wurde der Schiedspruch abgelehnt und darauf mit knapper Mehrheit folgende Resolution angenommen, die sich mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß bis spätestens zum Donnerstag, den 8. Oktober, eine Einigung über die vom Schiedspruch nicht berührten Streitpunkte herbeigeführt wird, für die Annahme des Schiedspruchs ausspricht, anderenfalls er als abgelehnt gilt.

Damit war der am Freitag gefasste Streikbeschlusse erledigt. Trotzdem sollte die Arbeit am Montag nicht ohne Zwischenfall fortgesetzt werden. In einem der größten Betriebe, bei der Firma Adolf K a n n, waren vier Arbeiter nicht zur Arbeit zurückgekehrt. Als sie auch zu Frühstück noch nicht da waren, wurde das gesamte Personal um 10 Uhr ausgesperrt. Die Bevollmächtigten des Buchbinderverbandes, dessen Mitglieder die Aussperrten sind, verlangten von dem Arbeitgeberverbande die sofortige Rücknahme der Aussperrung. Dem wurde dann auch entsprochen. Nun will die Firma den Arbeitern den Lohn für die Zeit der Aussperrung nicht zahlen. Die Arbeiter beschloßen, dem Firmeninhaber eine Rechtsbeilegung durch das Gewerbegericht zuteil werden zu lassen.

Deutsches Reich.

Vermeidene Aussperrung.

Forst (Lausitz), 3. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach erfolgten Verhandlungen der Streikenden mit den Arbeitgebern ist der Streik in Forst (Lausitz) beendet. Maßregelungen finden nicht statt. Die Ausnahme der Arbeit erfolgt Dienstag morgen. Die Aussperrung ist dadurch vermieden worden.

Wätung, Metallarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Bruno J u c k e l, Werkzeugmaschinenfabrik in Ouden, sind durch Verhandlungen mit dem Berliner Bezirksleiter beigelegt. Die Arbeitsordnung ist den Wünschen der Arbeiter entsprechend umgeändert und die gegenseitig ausgesprochenen Abdingungen zurückgenommen. Die Sperre über den Betrieb ist hiermit aufgehoben.

Wätung, Gasarbeiter! Seit Mitte September haben die Gasarbeiter in O r a t e i. O. im Lohnkampf. Die Unternehmer versuchen nun mit allen erdenklichen Mitteln, Streikbrecher heranzuziehen. Es sind zu diesem Zweck Streikbrecheragenten in ganz Deutschland tätig und besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiete wie Essen, Duisburg, Gelsenkirchen usw., um Arbeitswillige für Brate anzuwerben. Zugue nach dem Streikorte ist zu unterbinden.

Der Streik der Cafesteller in Hamburg dauert fort. Das „Café Wiber“, wo 80 Mann arbeiten, zog seine gegebene Unterschrift zurück, worauf die dort arbeitenden Kellner ihre Tätigkeit einstellen. In einem anderen Betrieb streikten die Arbeitswilligen. Der Verein der Hamburger Cafesteller hat nunmehr seinen Anschlag an den Verband der Gastwirte gehilfen vollzogen. Dieser hat die Unterstützung der Streikenden, überhaupt alle Konsequenzen des Kampfes übernommen. In einer öffentlichen Versammlung der Berliner Cafestellen (Verband der Gastwirtegehilfen), die am Montag früh 8 Uhr in den „Germania-Bettfälen“ tagte, berichteten die Beauftragten des Verbandes in Hamburg über den gegenwärtigen Stand des Streiks. Im ganzen sind 277 Mann im Streik bzw. ausgesperrt. Da mit den „Arbeitswilligen“ die Betriebe kaum weiter zu führen sind, ist vor allem auf Vermeidung des Zuguges zu achten.

Die Lohnbewegung der Mühlenarbeiter in Mannheim ist nunmehr mit einem wesentlichen Erfolg für die Arbeiter beendet. In den Pfälzer Mühlenwerken und der ersten Mannheimer Dampfmühle beläuft sich die Lohnzulage auf durchschnittlich 2 Pf. pro Stunde, in der Rheinmühle wurde der Minimallohn um 4 Pf. erhöht. Die durchschnittliche Lohnzulage beläuft sich hier auf 3 Pf. pro Stunde. Der Minimallohn steht nun auf 43 Pf. Die vor dem Krieg beschäftigten Arbeiter, die bisher 12 Stunden ohne Unterbrechung arbeiten mußten, werden nunmehr zur Mittagspause eine Stunde abgelöst. Ein Lohnabzug erfolgt nicht. Unter Fortzahlung des Lohnes wird jährlicher Urlaub bis zu 3 Tagen gewährt. Für die auf Wochenlöhne fallenden Feiertage wird der Lohn ausbezahlt.

Lohnbewegung in der Pirmasenser Schuhwarenindustrie

Die immer stärker werdende Einführung der Zwick- und Zuschneidemaschinen in der Pirmasenser Schuhindustrie hatte im verfloffenen Jahre zur Folge, daß in den meisten Fabriken selbst bei normalem Geschäftsgang mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wurde. Den Arbeitern brachte dieser eiserne Konkurrenz häufige Arbeitslosigkeit und geringeren Verdienste. Bei besserem Geschäftsgang wurden Ueberstunden verlangt, die jedoch nur mit einem äußerst minimalen Aufschlag vergütet wurden. In einer von über 2000 Personen besuchten Mitgliederversammlung des Schuhwaderverbandes fand nach Erstattung zweier Referate eine Resolution

einstimmige Annahme, die folgende Forderungen aufstellte: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit; entsprechende Lohn-erhöhung, die den gleichen Verdienst wie bei der seitherigen zehnstündigen Arbeitszeit sichert; 20prozentiger Lohnzuschlag für Ueberstunden.

Die Mitgliederzahl der Pirmasenser ist im letzten halben Jahre ganz rapide gestiegen; sie beträgt jetzt zirka 5000. Pirmasens ist einer der ersten Schuhmärkte Deutschlands.

Ein erfolgreicher deutscher Straßenbahnerstreik.

Ein zehntägiger Straßenbahnerstreik in Mülhausen i. E. hat am Sonnabend, den 1. Oktober, mit einem fast vollständigen Siege der Ausständigen geendet. Dieser Streik der Tramway in der oberelsässischen Fabrikstadt war so vollständig, daß seit Donnerstag, den 22. September, kein einziger elektrischer Straßenbahnwagen mehr in Mülhausen verkehrt hat. Ein übriges tat die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft, die dem mit wenigen Ausnahmen dem Deutschen Transportarbeiterverbande angehörenden Straßenbahnerpersonal in einer Massenversammlung eindrucksvoll bezeugt wurde, wobei die Versammlung darüber keinen Zweifel ließen, daß für den Fall der Wiederaufnahme des Verkehrs durch Streikbrecher sofort ein äußerst wirksamer Boykott der Straßenbahn einsetzen würde. So hat sich die Direktion der Straßenbahn, die vor Ausbruch des Streiks die Vermittlung des Streikdirektors wie des Bürgermeisters glatt zurückgewiesen hatte, am Freitag, den 30. September, auf Einladung des Bürgermeisters doch zu Verhandlungen mit einer Kommission der Streikenden bequemt, die am Tage darauf zur schriftlichen Niederlegung der neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen und zu dem Beschlusse der Wiederaufnahme der Arbeit führten. Die Arbeitergemeinschaft der Tramways Mülhausens, die vor Ausbruch des Streiks nur noch Leute einstellte, die sich durch Unterschrift verpflichteten, dem Deutschen Transportarbeiterverband nicht beizutreten, erklärte zu Eingang dieser Bedingungen: „Jeder Angestellte kann sich organisieren wo und wie er will, insbesondere wird wegen der Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband nichts in den Weg gelegt. Irigendwelche Maßregelungen dürfen nicht erfolgen.“ Der Anfangslohn wird von 8 M. und weniger auf 3,20 M. für Schaffner und 3,40 M. für Wagenführer erhöht, auch das ganze übrige Personal erhält Lohnzulagen, für Ueberstunden und Sonntagsarbeit tritt Zuschlag ein, die Arbeitszeit wird für das Fahrpersonal von durchschnittlich 11 1/2 Stunden täglich auf 10 Stunden 11 Minuten, für das Werkstättenpersonal auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt, die Zahl der freien Tage wird vermehrt, es wird Sommerurlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes, der auch für die 45 freien Tage zu zahlen ist, eingeführt (nach einjähriger Dienstzeit 3 Tage, nach fünfjähriger 7 Tage Urlaub) und es wird ein Arbeiterauschuss eingesetzt, der bei Veränderung der Dienstpläne heranzuziehen ist. Da bisher bei der Straßenbahn in Mülhausen wohl die rüchständigsten Lohn- und Dienstverhältnisse im ganzen Reich bestanden, tun die beteiligten Tramwayarbeiter damit einen guten Schritt vorwärts. Das Personal hielt während des zehntägigen Streiks so strenge Disziplin, daß alles in allem nur 4 oder 5 Streikbrecher zu verzeichnen waren, die natürlich nichts ausrichten konnten.

Ausland.

Zum Konflikt in der englischen Baumwollindustrie.

London, 3. Oktober. Die Schritte, die zur Regelung des Konflikts in der Baumwollindustrie unternommen worden waren, sind gescheitert, da die Arbeitgeber die Vorschläge der Arbeitnehmer abgelehnt haben.

Der Verband Antwerpener Diamantarbeiter beschloß, die wöchentliche Arbeitszeit auf ein Höchstmaß von 51 Stunden herabzusetzen. Wenn in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit auch nur 48 und 49 Stunden beträgt, so gab der Durchschnitt von 9 Arbeitsstunden auf den Tag 54 Stunden. Die Lohnnahme der Arbeiter bedeutet also eine Verringerung der Arbeitszeit um 3 Stunden. Den Geschäftsleitern und Eigentümern der Diamantschleifereien wurde der Beschluß mitgeteilt, ohne daß sie Einspruch erhoben. Die Löhne werden davon nicht betroffen. Die gleiche Herabsetzung wird am 1. Oktober auch in Amsterdam vorgenommen werden.

Letzte Nachrichten.

Die bevorstehende Aussperrung.

Hamburg, 3. Oktober. (M. L. B.) In der auf heute abend anberaumten Versammlung der Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes, die von über 5000 Personen besucht war, erstattete der Bevollmächtigte Otto Franz über den Gang der Verhandlungen mit den Arbeitgebern Bericht. Er teilte mit, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien. Der Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes habe nunmehr beschlossen, die von dem Verband der Industriellen angebotene Aussperrung anzunehmen, so daß jetzt die Aussperrung von 400 000 bis 500 000 Arbeitern bevorstehe. Die Versammlung nahm den Beschluß mit lebhaftem Beifall auf und genehmigte einstimmig die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen, wie die Ausschreibung eines Extrarbeitsvertrages von einem Tagelohn für alle noch in Arbeit verbleibenden Mitglieder und Verzicht der von der Aussperrung Betroffenen auf jede Unterstützung während der ersten 14 Tage der Aussperrung. Ferner verzichteten die Angestellten und Beamten des Verbandes auf ein Monatsgehalt.

Ein englischer Bizekonsul überfallen.

Hamburg, 3. Oktober. (M. L. B.) Der englische Bizekonsul Olfver wurde heute nachmittag, als er mit einem Regier wegen Höhe der Feuer Auseinandersetzungen hatte, von diesem mit einem Holzhammer überfallen. Er lühte dabei mehrere Ränge ein und erlitt Wunden im Gesicht. Der Täter wurde verhaftet.

Raubmord.

Horsheim, 3. Oktober. (M. L. B.) Im Gasthaus Waldhorn in Eutingen wurde heute vormittag eine Epilhandlerin, die unter dem Namen Wittich aus Luebenhardt eingetragen war, ermordet aufgefunden. Verdächtig des Mordes ist ihr eigener Mann oder ihr Schwager.

Ein Todesurteil.

Riel, 3. Oktober. (M. L. B.) Der Arbeiter Badner, der am 8. Dezember 1909 den Tagelöhner Karl Kroeger ermordet und beraubt hatte, ist vom Schwurgericht zum Tode und zum bauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden.

120 000 M. unterschlagen.

München, 3. Oktober. (M. L. B.) Der langjährige Kassierer des hiesigen kirchlich-katholischen Begräbnisvereins Buchhändler Wartenhausen hat sich zum Schaden der Vereinskasse größere Unterschlagungen im Betrage von mindestens 120 000 M. zuschulden kommen lassen, welche auf mehrere Jahre zurückreichen. Das Vereinsvermögen des 6000 Mitglieder zählenden Vereins beträgt fast 1 Million Mark. Morgen wird eine außerordentliche Mitglieder-versammlung über die durch die Veruntreuungen geschaffene Lage beraten.

Der Kreiswahlverein für Nieder-Barnim

hielt am Sonntag seine Generalversammlung im Café Bellevue in Kummelsburg ab. Sie war besucht von 86 Delegierten, 22 Bezirksleitern und 15 Vorstandsmitgliedern.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht vom Internationalen Kongress.

Genosse Snaothagen, welcher den Bericht erstattete, gab ein anschauliches Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen des Kongresses und betonte, daß wir mit voller Befriedigung auf denselben zurückblicken können.

Darauf folgte der Bericht über den Parteitag.

welchen Genosse Ruth erstattete. Er erwähnte zunächst, es sei unangenehm bemerkt worden, daß die Genossen, welche man als Revisionisten bezeichnet, einen Parteitag abhalten, das heißt besondere Zusammenkünfte, in denen sie Stellung nehmen zu allen Fragen, über die Meinungsverschiedenheiten herrschen. Demgegenüber habe auch die Mehrheit des Parteitages geschlossen auftreten müssen, um das durchzuführen, was sie im Interesse der Partei für notwendig hält. — Zur Behandlung der Reisefeier sagte der Redner, viele Delegierte seien enttäuscht gewesen, weil der Referent Müller seine Rede abbrach, als man erwartete, daß er auf den tieferen Sinn und die Bedeutung der Reisefeier eingehen würde. — Zur Budgetdebatte übergehend, sagte der Redner unter anderem, Genosse W e b e l habe den Standpunkt der Mehrheit und die Grundsätze der Partei in überzeugender Weise vertreten, während Genosse Frank nichts angeführt habe, was die Haltung seiner Freunde hätte rechtfertigen können. Nach der Zurückziehung des Antrages Jubel hätten die badischen Genossen die Möglichkeit gehabt, eine Erklärung abzugeben, welche die Mehrheit befriedigt und ein einheitliches Zusammenwirken ermöglicht hätte. Wenn nun Frank statt dessen erklärte, sie müßten noch nicht, wo sie sich in Zukunft zur Budgetbewilligung stellen würden, so habe diese Erklärung mit Recht Empörung bei der Mehrheit hervorgerufen, denn diese Erklärung sei eine Mißachtung der Disziplin gewesen. Nunmehr sei es eine Notwendigkeit gewesen, durch die Annahme des erneuten, im Sinne der Erklärung des Parteivorstandes gehaltenen Antrages zum Ausdruck zu bringen, daß die Mehrheit des Parteitages und der Parteigenossen nicht will, daß durch erneute Disziplinbrüche die Partei geschädigt werde. — Am folgenden Tage habe sich das erfreuliche Bild gezeigt, daß sich die süddeutschen Genossen in der Wahlrechtsdebatte mit den preussischen Genossen solidarisch erklärten, und daß dadurch die Geschlossenheit und Einmütigkeit der Gesamtpartei einen erhebenden Ausdruck fand. Die Versammlung trat hierauf in die

Diskussion

ein. W e b e l vertrat die Meinung, daß die Süddeutschen durch das Verhalten der Mehrheit, besonders durch die Resolution Z u b e i l, welche dem Organisationsstatut widerspreche, gereizt worden seien, und die Verständigung dadurch erschwert worden sei. W e b e l sei versöhnlich gewesen bis zum Schluß. Würden die Genossen von der Mehrheit ebenso versöhnlich gewesen sein, dann hätte die Streitfrage einen besseren Abschluß gefunden. Es sei zu berücksichtigen, daß Stadthagen die Ausdrücke, die er auf der vorigen Generalversammlung gebraucht, auf dem Parteitage noch verschärft habe. Auf solche Weise komme keine Versöhnung zustande. Der Redner hält es für selbstverständlich, daß die Süddeutschen nunmehr den Beschluß des Parteitages halten werden.

Kein ist der Ansicht, daß die Frage, ob wir in den Parlamenten nur agitatorisch wirken oder praktische Arbeit machen sollen, durch den Beschluß des Parteitages nicht gelöst sei.

Schmidt-Stralau führte aus, er habe sich gefreut, daß in der Wahlrechtsfrage die Richtung L u x e m b u r g zurückgewiesen worden sei. — Die Behandlung der Reisefeier sei sehr lag gewesen. — Daß der Disziplinbruch der Badener verurteilt werden mußte, sei klar, aber der Antrag Z u b e i l sei überflüssig gewesen. Die abschließende Annahme des Antrages in der Abendigung sei ein Gewaltakt gewesen. Die zweite Erklärung Frank's, daß sich die Mehrheit auf dem Standpunkt der Rürnberger Resolution stelle, hätte genügen müssen. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, die Mehrheit könne alles machen. Auch der Minderheit müsse Rechnung getragen werden. Die Budgetfrage selbst sei noch nicht erledigt und noch nicht geklärt. Die Einsetzung einer Studien-

kommission wäre deshalb sehr nützlich gewesen. Dieser Parteitag sei ein Parteitag der vorgefaßten Meinungen gewesen. Die Berliner Delegierten hätten ihre Meinung schon am Donnerstag vor dem Parteitag festgelegt. Der Redner sagte, er könne nachweisen, daß der „Vorwärts“ in der Behandlung der badischen Streitfrage nicht loyal verfahren sei. Wenn den badischen Genossen der Vorwurf gemacht werde, daß sie dem Budget zugestimmt haben, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß Stadthagen durch seinen Antrag auf dem Parteitag in Frankfurt der jehigen Haltung der Badener entgegengekommen sei. — Es werde auch in Zukunft nicht ausbleiben, daß wir in der Partei Meinungsverschiedenheiten zu erörtern haben. Das werde in kameradschaftlicher Weise geschehen. Jetzt gelte es vor allem, einig und geschlossen in den Reichstagswahlkampf zu ziehen.

R ä m i n g: Wenn es der Partei bisher noch nicht gelungen sei, in der Budgetfrage eine befriedigende Basis zu schaffen, so werde der Magdeburger Beschluß erst recht nicht dem Streit ein Ende machen. Es sei durchaus zu bezweifeln, wenn Frank sagte, erst die Zukunft könne lehren, ob der Beschluß durchgeführt werden könne. Es sei ein Fehler gewesen, daß der Rürnberger Beschluß gefaßt wurde. In Rürnberg sei die Minderheit so groß gewesen, daß in der Partei zwei fast gleich große Lager bestanden. Einer so großen Minderheit hätte man Rechnung tragen und nicht Beschlüsse gegen sie fassen sollen. Da man es doch tat, habe man den Boden für Disziplinbrüche geschaffen. Nicht immer sei die Budgetfrage zu einer Prinzipienfrage gemacht worden. Unsere Genossen im württembergischen Landtage hätten dem Budget zugestimmt, man habe damals aber die Frage nicht aufgerollt, um nicht die Abhaltung des Internationalen Kongresses in Stuttgart in Frage zu stellen. Es sei nicht richtig, daß die Budgetbewilligung unter allen Umständen als Vertrauensstimmung für die Regierung angesehen werden müsse. Unsere Genossen in Bayern hätten im Landtage einen Antrag auf Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter und Unterbeamten durchgesetzt. Im nächsten Etat werde die Regierung die Mittel für Durchführung unseres Antrages einstellen. Dann könnten doch unsere Genossen diesen Etat nicht ablehnen. In solchen Situationen würden unsere Genossen in den kleinstaatlichen Landtagen hier kommen. Deshalb müßten wir auf Mittel und Wege sinnen, die einen Ausweg aus solchen Situationen bieten.

Frl. A r e n d s e e: Daß die Budgetfrage noch nicht erledigt sei, darüber herrsche Einigkeit. Daß die Berliner Delegierten ihre Stellung im voraus festgelegt hätten, sei nicht richtig. Der Mehrheit könne man doch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie sich beraten habe. In dieser Hinsicht hätten die Radikalen von den Revisionisten geleert, denn diese hätten ja auch besondere Zusammenkünfte abgehalten. Zu bedenken sei, daß die Gewerkschaftsführer in der Wahlrechtsdebatte Verwahrung gegen den Antrag L u x e m b u r g e n e h m e n.

M i r u s trat für die Konsumgenossenschaften ein und meinte, diese Bewegung würde in Berlin schon weiter sein, wenn die Parteigenossen vor 10 Jahren sich zu derselben so gestellt hätten wie heute. Er behaupte, daß die Delegierten des Kreises den Antrag L u x e m b u r g unterschrieben haben. Durch diesen Antrag könne das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gestört werden. Die Stellung der Gewerkschaften zur Frage des Klassenstreiks sei ja bekannt. Ohne Verständigung der Partei mit den Gewerkschaften könne doch kein Klassenstreik durchgeführt werden. Die Budgetfrage werde uns solange beschäftigen, bis die Partei nicht mehr Beschlüsse fassen, die ein Teil der Parteigenossen über kurz oder lang nicht mehr halten könne. Es werde die Zeit kommen, wo man wünscht, daß der Magdeburger Beschluß nicht gefaßt worden wäre.

D i k l e vertrat den Standpunkt der Parteitagmehrheit und betonte, daß der Antrag L u x e m b u r g keine gewerkschaftsfeindliche Tendenz gehabt habe.

W ä h l e r: Die Stellung der Delegierten des Kreises in der Wahlrechtsdebatte sei durch die Situation bestimmt worden. Durch den Antrag L u x e m b u r g sollte den Gewerkschaftsführern Gelegenheit gegeben werden, Stellung zu nehmen zum Klassenstreik. Ueber die Anwendung desselben sollte Klarheit unter den Arbeitern verbreitet werden. Der Parteitag habe gut daran getan, daß er auch den Klassenstreik als eines der Mittel im Wahlrechtskampf festlegte. — Die Budgetfrage sei ja nur eine Einzelfrage aus den Gegensätzen innerhalb der Partei. Am Grunde genommen handele es sich darum, daß ein Teil der Parteigenossen bereit sei, mit bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, was eine Schädigung der Partei bedeute. — Schon auf früheren Parteitagen habe der Mehr-

heit eine geschlossene, gut organisierte Minderheit gegenübergestanden, welche die Mehrheit in wichtigen Fragen stets über-rumpelt habe. Es sei als eine Erlösung zu betrachten, daß sich jetzt auch die Mehrheit organisiert habe, um sich vor solchen Über-rumpelungen durch die Minderheit zu sichern. Es handele sich nicht um die Budgetfrage allein, sondern vielmehr darum, daß die Revisionisten immer wieder neue Vorstöße gegen die Grundsätze der Partei unternähmen. Wenn sich die Genossen dagegen wenden würden, dann wäre es mit dem Revisionismus bald vorbei. — Nach dem Verhalten Frank's sei es notwendig gewesen, die Erklärung W e b e l's zum Beschluß zu erheben.

M a f f a: Der Antrag Z u b e i l habe das Richtige getroffen. Wäre er nicht angenommen worden, so hätten sich die Revisionisten als die Sieger gefühlt. Wer den Beschlüssen der Partei nicht folgen will, der möge seiner Wege gehen.

D ü w e l l vertrat den Standpunkt der Parteitagmehrheit und betonte, daß die Disziplin unter allen Umständen gehalten werden müsse, denn sie sei die Grundlage der Partei. Nicht nur für die Massen, sondern auch für die Führer gelte die Disziplin. In anderen Fällen würde die Demokratie ausbrechen. Wenn die süddeutschen Genossen die Budgetfrage vor eine Studienkommission verweisen wollten, so müßten sie selber sich doch nicht klar sein über diese Frage. Trotzdem aber hätten sie, dem Parteitagbeschluß zuwider, für das Budget gestimmt. — In den Ausführungen des Genossen Schmidt über den „Vorwärts“ sagte der Redner, kein Blatt habe die badische Angelegenheit so objektiv behandelt, wie der „Vorwärts“.

S t a d t h a g e n wandte sich ebenfalls gegen diese Bemerkungen des Genossen Schmidt und verwies ihn darauf, daß er sich doch an die Pressekommmission wenden möge, wenn er glaube, beweisen zu können, daß der „Vorwärts“ nicht loyal gehandelt habe. — Der Redner wandte sich gegen die Behauptung, er habe durch seinen Antrag auf dem frankfurter Parteitage der Budgetbewilligung Verschuld geleistet. Seine Stellung in Frankfurt sei durchaus richtig gewesen. Er habe nachgewiesen, daß nach der Verfassung einzelner Bundesstaaten nach der Ablehnung eines Budgets ein Budget in Kraft trete, auf das der Landtag keinen Einfluss mehr habe, das also ungünstiger sein könne wie das abgelehnte. Für diesen Fall gelte der betreffende Passus der frankfurter Resolution. Mit der Begründung, die W e l s und S e v e r i n g aufgebracht haben, solle man doch nicht kommen. Er, der Redner, verneine es sich heute noch als ein Verdienst an, daß er in Frankfurt einen unrichtigen Beschluß verhindert habe. — Strenge Disziplin müsse von allen Parteigenossen, auch von den Führern verlangt werden. Es dürfe nicht an die Stelle der Demokratie eine Autokratie treten. Es sei zu bedauern, daß Frank und Genossen nicht den Mut hätten, zu erklären, daß sie sich den Beschlüssen des Parteitages unterwerfen.

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen. Persönlich bemerkte Genosse Schmidt, er werde dem Rate Stadthagens folgen und sich an die Pressekommmission wenden.

Nach einem Schlußwort des Referenten Ruth wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung des Kreises Niederbarnim erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung der Delegierten des Kreises vollständig einverstanden.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Beitragserhöhung.

gemäß dem Beschluß der Verbandsgeneralversammlung. — Nach längerer Diskussion erklärte sich die Versammlung für einen Monatsbeitrag von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder, sowie für Abschaffung sämtlicher Extrasammlungen in Groß-Berlin ausschließlich derjenigen für Wahlen. — Ein Antrag, der eine Urabstimmung über die Beitragserhöhung in Groß-Berlin forderte, wurde mit geringem Mehrheit angenommen.

Einmütige Annahme fand eine von den Nichtenberger Delegierten beantragte Resolution. Sie lautet:

Am 22. und 29. September hat die Nichtenberger Polizei öffentliche unpolitische Versammlungen gestört und am 29. auch den Saal geräumt, ohne einen Grund dafür anzugeben. Bocher sind ein Polizeioffizier, Wachtmeister und etwa 20 Schaulente in Abständen von etwa 20 Minuten in den Saal einmarschiert, haben dort, ohne sich vorher zu vergewissern, was die Redner vortragen, diese vom Rednerpult weg zur Wache geführt. Die Polizeibeamten sind durch den Einbruch und andere auf die Ungefährlichkeit ihrer Handlung hingewiesen worden, jedoch ohne Erfolg.

Die Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Nieder-

in dem sich ihrischa beschwingte Empfindung und lächelnd überlegener Sinn aus glücklicher Verbindung. Sie strömen einen ständigen Stimmungsglanz aus, der für die mancherlei Flüchtigkeiten in der übrigen Stijierung reich entschädigt.

Ein Schwarm von jungen, lebenslustigen Mädchen, die übermütigen Spott mit allem treiben, tollt durch das Lustspiel. Proppst Gall, ein Witwer in vorgerückten Jahren, der in dem töchtergelegneten Hause seines Schwagers Arvil ein- und ausgeht und in stiller Liebe lust für die Jüngste glüht, hat dem respektlosen emanzipierten, jugensfertigen Plattervöllchen gegenüber einen schwachen Stand. Aber der geistliche Herr hat selber seine Freude an der Keckheit. Wie er das neue Jugendgefühl, das ihn befehligen, als er aus langer Einsamkeit in einen Strudel hinein geriet, dem verständnisvoll schmunzelnden Schwager zu schildern sucht, und wie dabei die Liebe zu Helena verträulich hervorragt, das ist in allerliebster Schalkheit durchgeführt. Mit so wenigen Strichen skizziert die Figur gezeichnet, so lebenswert und so bedeutsam wirkt sie doch. Die Aussprache der beiden Liebenden hat schlichte, tiefe Poesie, die bei der Ueberraschung des Värchens ungenutzten wieder zu amütiem Frohsinn übergeht. Die Kunst des Dichters und der Darsteller verstand es, dem Bund der Jugend mit dem um mehrere Jahrzehnte älteren Mann jeden Augen des Weintlichen und Unnatürlichen zu nehmen. Daneben knipft sich in dem Stückchen ein anderer moralisch und locker geordneter Bund von neuem an. Frau Arvil findet den Weg zu ihrem stillen, vornehm gestimmten Mann zurück. Ein Thema, das nicht gerade in folgerechter Behandlung entwickelt, wohl aber episodisch mit hübschen bunten Schlaglichtern beleuchtet wird. Der Bund der temperamentvollen Mama mit ihren Töchtern, die Art, wie Arvil im eigenen Hause überstimmt wird, das gelangt in der ja freilich nicht übermäßig wahrheitlichen Debatte in einigen drohenden Wendungen zum Ausdruck. Es fallen schärfere Worte; schweigend mit einem Blick tiefen Verwandterseins geht Arvil aus dem Kreis der Seimigen. In der Nacht vollzieht sich in der Frau die Umwandlung. So ist im Handumdrehen alles zur Verführung fertig.

Bräutigam war Eise Lehmann als Frau Arvil, unbergleichlich in dem warmherzigen unter Tränen lächelnden Humor, mit dem sie, schmelzend vor Entzückung, die Strophen des Verlorenen immer wieder beklammert. Reicher verlebendigte in senger Auffassung die in dem Stücke etwas unklar bleibende Gestalt des Arvil. Eine ausgezeichnete Charakteristik erhielt der idyllische Probit durch M o n a r d. Unter den jungen Mädchen erregte Fräulein S o m a r g s Helene das stärkste Interesse.

V i d e n s o n s mystisch-symbolisches Drama „Ueber unsere Kraft“ wurde in seinem ersten Teile am Sonnabend gleichzeitig im Neuen Schauspielhaus und im Neuen Volkstheater aufgeführt. In der Menschheit war seit Anfang der Sehnsucht nach seltsamen, außer unsrem Können liegenden Ereignissen lebendig. Gewalttätige Erfolge sind damit erreicht; aber noch weit größeres Unheil ist dadurch über die Menschheit gebracht worden. Doch nicht alle glauben; immer hat es auch Zweifel gegeben weil aber das Licht der Sonne hat nicht durch Watten verhängen läßt. So geschah es, daß die Schar der Zweifler wuchs. Der Sozialismus ist das beste Kampfmittel gegen Anechtung

und Volkserdummung; er streitet auch gegen den kirchlichen Wunderglauben; er ist die wahre Religion der Zukunft. Höfner wäre vielleicht der Dichter gewesen, der die Kraft besessen hätte, der Welt ein Drama des sozialistischen Glaubens zu geben. Anstatt dessen folgte er — ein streitbarer Apostel eines in bürgerlichen Vorstellungen sich bewegenden Freiendentums — nur wieder den Einwirkungen, die zuvörderst in seiner nordischen Heimat dem wiedererwachten Ohnnotismus und Spießismus entsprangen. Immerhin schuf er ein Drama der Sehnsucht nach geheimnisvollen Wundern von mächtiger Eindringkraft — wenigstens im zweiten Akt. Nun wäre es ja nicht uninteressant, die beiden Aufführungen miteinander zu vergleichen. Ob das im Neuen Schauspielhaus verwendete sehr große Kranzengerüst der Erzeugung einer ohnehin schon durch die Monotonie des Dialogs bedenklich beeinträchtigten Stimmung förderlich ist, dürfte Zweifel begegnen — trotz des Schönen, dabei echt nordischen Bühnenbildes. Doch das nur nebenher. Sollten wir die Einzelleistungen der Darsteller sowohl im Neuen Schauspielhaus als im Neuen Volkstheater gegenüber abwägen, so würde das Jünglein der Woge sich bald zugunsten dieses oder jenes Mitwirkenden neigen. Es verbleibt uns aber die angenehme Pflicht, den tiefen Eindruck zu konstatieren, den das Vidensonsche Schauspiel beiderorts Donk einer im jeweils gebotenen Rahmen möglichst stilvollen und sorgfältigen Wiedergabe gefunden hat.

„Revolutionsschöpfung“, das bekannte Schauspiel des Sophus Michaëlis, ist aus dem Spielplan des früheren Hebbel-Theaters in den des Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhauses übernommen und dort am Sonnabend zum ersten Male aufgeführt worden. Zwar wurde die Darstellung der raffinierten Technik des Stückes nicht in allen Teilen gerecht, aber doch kam vom Geiste der großen französischen Revolution, die den Hintergrund dieses Dramas bildet, und von den Seelenkämpfen der Hauptfiguren das meiste klar und scharf heraus, so daß die Zuschauer gewakt und mitgerissen wurden. Der Regie gebührt besondere Anerkennung.

Notizen.

— Rubens bleibt in Deutschland. Frau Dr. Schubart läßt mitteilen, daß die Nachricht von einem Verkauf des Rubensgemäldes „Vad der Diana“, das momentan auf der Brüsseler Weltausstellung sich befindet, sonst aber seinen Platz im Rubensaal der Münchener Pinakothek hat, völlig aus der Luft gegriffen sei.

— Das Mendel-Denkmal. In Brunn fand am Montag die Enthüllung des Denkmals des berühmten Botanikers und Naturforschers Gregor Mendel unter Teilnahme von Vertretern der gesamten internationalen Wissenschaft statt. Mendels Erforschung der Vererbungslehre in der Pflanzenwelt, die erst nach seinem Tode die volle Würdigung fanden, sind heute zur Grundlage eines eigenen Wissenschaftszweiges, der Vererbungslehre, geworden.

— Vom Direktor zum Kritiker. Aus Paris wird gemeldet: Der Leiter der ersten französischen Bühne, der Comédie française, Jules Claretie, der seit 25 Jahren an der Spitze des Theaters steht, wird von seinem Posten zurücktreten und eine Theaterkritik übernehmen. (Bei uns zu Lande ist das nichts so Seltenes mehr.)

Kleines feuilleton.

Der Wettlauf um den Südpol. Nachdem der Eifer der Nordpolforschung sich gelegt hat, wird jetzt von allen Seiten der Südpol befehrt. Amerikanische, englische, deutsche, japanische Expeditionen sind in Vorbereitung. Und da kommt plötzlich die Nachricht, daß der norwegische Polarforscher Roald A m u n d s e n, der auf der Fahrt zu einer auf Jahre berechneten, zu großen wissenschaftlichen Erwartungen berechtigenden Nordpolexpedition begriffen ist, sich plötzlich entschlossen hat, einen Abstecker ins Südpolareis zu machen.

A m u n d s e n schrieb aus Madaira: „Von Madaira geht die „Fram“ südwärts, um in den antarktischen Gegenden an dem Kampf um den Südpol teilzunehmen. Dies kommt vielleicht manchem im ersten Augenblick als eine Veränderung des ursprünglichen Planes vor. Dies trifft jedoch nicht zu; es ist nur eine Erweiterung des Plans. Ich habe dies früher nicht einmal denken mitgeteilt, da mir bei der Ausrüstung der Expedition beihilflich waren, da ich erst sehen wollte, ob dies ausführbar sei. Ich habe allein den Beschluß gefaßt und trage allein die Verantwortung. Welchen Kurs die „Fram“ nehmen wird, kann ich noch nicht bestimmen angeben. Ein Teil der Expeditionenmitglieder wird an Land gesetzt, der andere folgt zu Schiff, um Meeresforschungen vorzunehmen. Diese werden zuerst Punta Arenas anlaufen, von wo die erste Nachricht über unser Arbeitsfeld und unseren Plan gesandt wird. Die „Fram“ wird dann ihre Reise nach Buenos Aires fortsetzen, wo sie wahrscheinlich im Juni 1911 ankommen wird. Im Februar oder März 1912 kann man wahrscheinlich wieder von der Expedition hören, die dann nach San Francisco fortgesetzt wird, wo die letzten Vorbereitungen für die Expedition durch das Nordpolareis getroffen werden.“

Die überrollende Wende, die Amundsen seiner Expedition gegeben hat, scheint aus finanziellen Rücksichten erklärt werden zu müssen. Amundsen's wissenschaftlicher Reiseplan erfordert große Summen, die nicht in gewünschter Weise eingelaufen sind. Offenbar hofft er durch einen Vorstoß nach Süden das Interesse für das größere Unternehmen neu zu beleben. Bemerkenswert ist es, daß für die kaum wissenschaftlich ernst zu nehmenden Sport- und Polenbedeutungen immer Geld zu finden war, während für den wissenschaftlich viel fruchtbareren Plan einer großen Expedition das ganze nördliche Elämeer jetzt die Mittel mangelt.

Theater.

Leffing-Theater: Wenn der junge Wein blüht. Lustspiel von Björnson. Welch eine unverwundliche Kraft der Lebensfreude in Björnson, dem großen Volksmann und Dichter, wohnt, davon gibt dieser letzte Groß überraschend Kunde. Er, der leidenschaftliche Kämpfer, der vor dem Ernst und dem fürchterlich grausamen Ungerechtigkeiten des Lebens kein Auge nie verschloß, rüht seinen Geist vor dem Erdischen am Anblick freundlich heiterer Bilder, in der Erinnerung an die frühe Jugend aus. Und kein leiser Ton schmerzlicher Rehnung mischt sich hinein. Ein frappanter Kontrast zu dem schwermütig tragischen Epilog. Wenn wir Toten erwachen,“ der das Lebenswert seines größeren Vordemannes Ibsen abschließt. Das Stück hat Szenen von ganz eigenartigem Zauber,

bornim nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der flagranten Rechtsverletzung durch die Richterberger Polizei und protestiert mit allem Nachdruck gegen diese behördliche Beeinträchtigung der Versammlungsfreiheit und erwartet, daß die zuständigen Instanzen die Bestrafung der Schuldigen herbeiführen werden. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Aus der Partei.

Kein Bebel-Interview!

Genosse Bebel teilt uns mit, daß die angebliche Unterredung mit ihm, die im „Neuen Wiener Journal“ veröffentlicht wurde, gar nicht stattgefunden hat, von Anfang bis zu Ende erfunden und erflogen ist! Genosse Bebel schreibt: „Ich gewähre prinzipiell keine Interviews, und lehnte alles ab!“

Das „Neue Wiener Journal“ ist also das Werkzeug eines verlogenen Vurschen gewesen, und das „Berliner Tageblatt“, das sich vor Enttäuschen darüber nicht lassen konnte, daß Genosse Bebel dem Beispiel der Frank und Müller gefolgt sei, die ihre Aufregungen dem „Berliner Tageblatt“ zur Verfügung stellten, hat sich ganz umsonst gefreut!

Die Bemerkungen, die wir an die Behauptung des Wiener Blattes knüpften unter dem Vorbehalt, wenn diese Behauptung wahr sei, treffen also den Genossen Bebel absolut nicht.

Reichstags-Kandidatur.

Die außerordentliche Kreisversammlung des Wahlkreises Mansfeld nominierte am Sonntag zu Eisleben den Genossen Adolf Goffmann-Berlin zum Reichstagskandidaten.

Unsere Toten.

In Heidingfeld-Würzburg ist Genosse Franz Ulrich, einer von den Veteranen, im Alter von 55 Jahren nach langwieriger Krankheit gestorben. Er stand seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung an hervorragender Stelle. Bei den letzten Gemeindevahlen wurde er als Gemeindevollmächtiger gewählt, er mußte aber später sein Mandat wegen Krankheit niederlegen.

Die Beerdigung des Genossen Albert Roeske

gestaltete sich am Sonntagmorgen zu einer imposanten Trauerkundgebung der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft von Hamburg, Altona und Umgegend, ein Beweis für die Verehrung, deren sich der leider so früh Verstorbene erfreute. Außerordentlich groß waren die äußeren Zeichen der Anteilnahme in Gestalt von prächtigen Kränzen mit entsprechender, das Wirken unseres Genossen betreffenden Aufschriften, die aus allen Teilen Deutschlands eingetroffen waren, und auch zahlreiche Deputationen aus nah und fern erschienen waren. Das Präsidium der Hamburger Bürgerchaft war durch ihren ersten Präsidenten und einige Schriftführer vertreten. Die Beerdigung fand auf dem Zentralfriedhof in Hamburg-Ohlsdorf statt. Am Grabe hielt Reichstagsabgeordneter Frohme eine ergreifende Ansprache, in der er der Verdienste des Verbliebenen um die Arbeiterfrage gedenkte, worauf die vielen Tausende sich entfernten.

Das deutsch-ungarische Parteiorgan „Volkstimme“, das gegenwärtig bloß einmal wöchentlich erscheint, wird vom 1. Januar an dreimal in der Woche herausgegeben werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kein Scharfmacher.

Wegen Verleumdung eines Zigarrenfabrikanten Kiska in Wlogow der vor kurzem noch Mitglied des Tabakarbeiter-Verbandes war, jetzt aber organisierte Tabakarbeiter nicht beschäftigen will, wurde Genosse Albert von der Breslauer „Volkswacht“ durch das Breslauer Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. In der Breslauer „Volkswacht“ war Kiska ein Scharfmacher genannt worden.

Jugendbewegung.

Der Polizeigenoss gegen die freie Jugendbewegung.

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin hatte zum Sonntag in den Prachtvollen Nordwest eine Jugendfeier veranstaltet, deren Programm in Feste, Gorgefang und Reitationen bestand. Die Polizei hat das ihrige zur Verschönerung des Festes beigetragen. Wenigstens wirkte es auf die Teilnehmer äußerst anregend, daß die Polizeigenossen die Gedichte „An die Arbeiterjugend“ von Otto Kellie, „Stimme der Freiheit“ und „Das freie Wort“ von Henry Mackay trug. Sie durften nicht registriert werden. Außerdem wurde auch verboten, das alte, schöne Suchsborsches Lied „Wir glauben an den Freiheit Sieg“ zu singen. Sowohl die Gedichte, als auch das bekannte Lied sind in unzähligen Veranstaltungen seit von der Polizei unbeanstandet geblieben. Wie es scheint, wittert die Polizei noch immer Rebellion in Moabit. Ganz besonders beobachtet sie die Arbeiterjugend. Daß den Herren, die am Abendplatz regieren, jede „Stimme der Freiheit“ zuwider ist, ihnen auch jedes „Freie Wort“ n. S. über die skandalösen Polizeimethoden in Moabit ein Geuel ist, wissen wir längst.

Sie wird aber nicht verhindern, daß die Arbeiterjugend an der Freiheit Sieg glaubt, und wenn es ihr auch hundertmal verwehrt wird, daß im Gefange lundatum.

Aus Industrie und Handel.

Grenzsperrre und Viehschau.

Angeblich um das gesunde deutsche Vieh nicht durch ausländisches kontes Vieh versuchen zu lassen, bleiben die Grenzen gesperrt. Dabei grassieren die Seuchen bei und in benachbarten Weisen. Wegen der zunehmenden Maul- und Klauenseuche in Preußen hat das sächsische Ministerium des Innern die Erlaube von Klauenvieh aus den preussischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen verboten. Auf sächsische Viehmärkte darf Klauenvieh aus diesen Gebieten nicht aufgeführt werden. Ausgenommen von diesem Verbot bleiben die Schlachtviehmärkte. — Vom Rager Viehhof in Lichtenberg ist die Seuche nach dem Berliner Schlacht- und Viehhof übertragen worden. Trotzdem dürfte aber von hier aus noch Vieh versandt werden — damit der Preis in Berlin nicht gedrückt werden konnte. Darüber regt sich kein Agrarier auf, das hält man für in der Ordnung. Wenn aber unschädliches Fleisch und gesundes Vieh vom Auslande eingeführt werden soll, dann bekommt man Angst aus Sorge um die lieben Mitmenschen, die Schaden nehmen könnten durch den Genuß nicht einwandfreien Fleisches. Wenn die Agrarier Gemütsbewegungen verspüren, dann stimmen diese mit unschlüssiger Sicherheit auch mit ihrem Portemonnaieinteresse überein, anderenfalls leisten sie sich solchen Luxus nicht.

Ein selbnes Geschäft.

Der Lothringer Hüttenverein Kamey-Friede will die Gewerkschaft Victor erwerben. Vor ungefähr einem Jahre notierten die Kurse dieser Gewerkschaft noch 12000 M., der Liebernahmepreis soll nun aber 28000 M. betragen. Die Angehörigen haben demnach seit einem Jahre 18 Millionen Mark verdient. Interessant bei der Transaktion ist, daß 114 Auxe der Gelsenkirchener Bergwerks-

gesellschaft eignen, die den Auxe mit 6000 M. zu Kaufe stehen hat. Der Lothringer Hüttenverein will Victor erwerben, weil er mit der Kohlen- und Holzproduktion dieser Gegend seinen Selbstverbrauch in den Hüttenwerken decken kann. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Auxe das Vorspiel zu einer großen Fusion in der Montanindustrie sei.

Der Versand der deutschen Stahlwerke an Produkten B betrug im August 1910 insgesamt 493 849 Tonnen Rohstahlgewicht gegen 470 108 Tonnen im Vormonat. Davon entfallen auf Stabeisen 289 089 Tonnen, Walzdraht 59 949 Tonnen, Bleche 84 917 Tonnen, Röhren 14 497 Tonnen und Guß- und Schmiedestücke 45 917 Tonnen.

Billige Heringe kommen seit einiger Zeit vom Auslande an den deutschen Markt. Die Preise, die noch vor wenigen Monaten merklich über die des Vorjahres hinausgingen, sind ganz beträchtlich unter die vorjährigen gesunken und ständen im August weitlich niedriger als 1909. In Donsig kostet 1 Tonne Heringe mit Fah, Marke Crown and full 87 M. gegen 43 M. im Vorjahre, Crown Hlen kosten 26 gegen 33 M. In Hamburg stellt sich der Preis für norwegische seit A. R. auf 24,57 M. pro Tonne gegen 27 M. im Vorjahre. Von den in Stettin gehandelten Sorten weisen nur norwegische Mittel einen höheren Preis als 1909 auf, dagegen bleibt der Preis von schottischen Heringen stark hinter dem vorjährigen zurück. Er fällt, kosten 35,50 gegen 39,50, G. Waifulls 34,50 gegen 37,50. Der Preisrückgang ist hervorgerufen durch das starke Angebot ausländischer Heringe, das im August am deutschen Markt zu bemerken war. Die Einfuhr von schottischen Heringen stellte sich im August d. J. auf 50 828 Doppelzentner gegen 82 888 Doppelzentner im vorigen Jahre; die Einfuhr von gefalzten Heringen ging von 127 206 Doppelzentner auf 158 347 Doppelzentner hinauf. Aus Großbritannien und den Niederlanden kamen erheblich mehr, aus Norwegen weniger Heringe als vergangenes Jahr. Das Angebot inländischer Heringe ist dagegen erheblich geringer als im vorigen Jahre; es wurden in den ersten acht Monaten insgesamt nur 28 636 Doppelzentner Heringe im Nord- und Ostseegebiet gelandet gegen 55 884 Doppelzentner im dem nämlichen Zeitraum des Vorjahres. Die Abnahme stellt sich auf 33,9 Proz.

Geldvermittlungsgesellschaft deutscher Städte. Der Versuch, die bisherige lose Einrichtung zur Vermittlung des Geldbedarfs deutscher Städte zu einer ständigen Einrichtung umzugestalten, ist von dem Erfolg begleitet gewesen, daß von 59 deutschen Städten mit über 80 000 Einwohnern 52 Städte der Vereinigung beigetreten sind. Von 22 Städten gingen Anfragen für Geldbeiträge von zusammen 27 400 000 M. ein, von denen im ganzen 20 080 000 M. gebekzt werden konnten, während 5 Anfragen mit insgesamt 10 1/2 Mill. Mark Geldbedürfnis noch in Behandlung stehen. Die 27 eingegangenen Nachfragen betragen also zusammen 37 000 000 M. Von 32 Städten wurden Gelder im Gesamtbetrage von 27 280 000 M. angeboten, wovon 15 880 000 M. untergebracht werden konnten.

Gasfernversorgung. In der Frage der Gasfernversorgung der Städte des Vergleichen Landes durch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk haben nach der „Ab-Westf. Ztg.“ in den letzten Tagen wieder Verhandlungen stattgefunden, die die Verwirklichung des Planes einige Schritte nähergerückt haben. Am Mittwoch der kommenden Woche wird in Solingen wieder eine Versammlung der Landräte und Bürgermeister der an der Frage interessierten Kreise und Städte stattfinden, in der die in einer früheren Versammlung gewählte Kommission Bericht erstatten wird über die Verhandlungen mit Stinnes. Bei der Verwirklichung des Planes sollen die Städte Mondorf, Altringhausen, Rempe, Bernsdorf, Solingen, Ohlig, Wald, Gräfrath und Bölscheid an die Gasfernleitung angeschlossen werden, die vom Ruhrgebiet aus über Wermien in das Bergische Land geleitet werden soll.

Soziales.

Auch ein „Entlassungsgrund“.

Die Blusenmacherin A. Kogte gestern gegen den Inhaber einer Arbeitsstube Fris Siebe, Liebigstraße 12, beim Innungsschiedsgericht. Sie forderte 233 M. rückständigen Lohn, 4 M. Entschädigung für den entgangenen Arbeitslohn und Entlassungslohn, weil sie des Morgens entlassen wurde, und 24 M. für sechs weitere Arbeitstage, an denen sie beschäftigungslos gewesen ist. Sie behauptet, daß die vorzeitige Entlassung eine grundlose war. Der Beklagte wendet ein, daß sich die Klägerin in den letzten acht Tagen, insbesondere auf der Landpartie, die er am Tage vor ihrer Entlassung mit seinen Arbeiterinnen gemacht habe, „frech“ betragen habe, da sie — die anderen Arbeiterinnen veranlassen wollte, gleichzeitig mit ihr die Arbeit niederzulegen. Die Klägerin bestritt mit aller Entschiedenheit, sich frech betragen zu haben, sie habe lediglich die unstillen Beschäftigungen des Beklagten zurückgewiesen, insbesondere habe sie seine Einladung zu einer Flasche Weis, die er ihr bei der Landpartie machte, abgelehnt. Der Beklagte habe sie nur aus dem Grunde, weil sie sich seinen Wünschen unzugänglich zeigte, entlassen. Da der Beklagte noch Kündigungsausschluß eingewendet und diese Behauptung auch von einer Zeugin bestätigt wurde, wies das Schiedsgericht den Entschädigungsanspruch für die Kündigungsfrist ab, verurteilte aber den Beklagten zur Zahlung des rückständigen Lohnes und der Entschädigung für den Entlassungstag von zusammen 6,33 Mark.

Som Ortsgebrauch.

Bei den Inhaberrinnen eines Rodesalons Bfette und Hortense Rüpke war ein Fräulein A. als Quarbeiterrin tätig gewesen. Am 10. September war das Arbeitsverhältnis zum 24. September aufgelündigt worden. Fräulein A. legte jedoch schon am 12. September die Arbeit nieder, nachdem sie von einer der Beklagten beurlaubt worden war. Sie klagte nunmehr auf Zahlung von 23 M. Entschädigung. Obwohl die Beklagten doch zweifelslos durch die ihrerseits erfolgte Kündigung der Klägerin das Bestehen einer Kündigungsfrist anerkannt und diese auch im Termin nicht bestritten haben, empfahl der Vorsitzende des Innungsschiedsgerichts der Klägerin, die Klage zurückzunehmen, weil die Kündigungsfrist nicht ausdrücklich vereinbart worden sei und in dem Tarifvertrage für die Radesalonsbranche Kündigungsfrist vorgeschrieben ist. Obwohl auch noch der Vertreter der Beklagten auf Befragen erklärte, daß die letzteren dem Tarifvertrage nicht beigetreten seien und auch allgemein bekannt ist, daß kaum 30 Proz. aller Arbeitgeber der Radesalonsbranche sich an den Tarif halten, vertrat der Vorsitzende dennoch die trübe Ansicht, daß die Tarifvorschriften den Ortsgebrauch darstellen. Die Klägerin, die u. S. durchaus im Recht war, befolgte leider den selbtsprechenden Rat und nahm die Klage zurück.

Aus der Frauenbewegung.

Gleichberechtigung.

Seitdem die Frauen das politische Vereinsrecht haben, ist ihr Bestandteil in den Wahlvereinen zu einem erfreulichen Prozentfuß angewachsen. Trotzdem: die Erfolge bleiben doch noch weit hinter den gehegten Hoffnungen und Wünschen zurück! Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, die Zahl der organisierten weiblichen Wahlvereinsmitglieder spiegele das wirkliche Verhältnis der Sozialistinnen zur weiblichen Gesamtbevölkerung und zur Zahl der männlichen Wahlvereinsmitglieder wider. Ihrer inneren Gemeinschaft nach gehören absolut, und relativ zur Zahl der Genossen, viel mehr Frauen zu uns, als in den Organisationen zum Ausdruck kommt. Das Verhältnis zwischen der Anzahl der organisatorisch Erfassten und der wirk-

lich vorhandenen Genossinnen hat verschiedene Ursachen. Zum Teil liegen sie auf dem Gebiete des Zusammengehörigkeitsbewußtseins in der Familie, wobei jedoch vielfach auch das Wirtschaftliche eine gewisse Rolle spielt.

Bei vielen Genossen ist das Zusammengehörigkeitsbewußtsein so stark ausgeprägt, daß sie durch die Organisation des Hauptes die ganze Familie als mit der Organisation verbunden erachten und bilden. Das ist gewiß sehr schön, aber es entspricht das doch nicht dem Prinzip der Gleichberechtigung. Bei den selbständig denkenden Frauen wird dazu auch der aus idealen Motiven entspringende Widerstand gegen ihr Zugehörigkeitsbekenntnis zur politischen Partei sehr leicht die Empfindung einer gewissen Bevormundung lebendig erhalten. Schon darum sollte man in dieser Beziehung weniger das überkommene Gefühl sprechen lassen, als den aus der Anerkennung der Gleichberechtigung entspringenden Rechten freien Spielraum gewähren. Gewiß, für sehr viele Familien hält es sehr schwer, für Mann und Frau den Organisationsbeitrag zu leisten. Aber das sind Verhältnisse, die ein jeder bedauert, die wir jedoch nicht durch Beschlüsse ändern können, die auch noch manche andere berechtigten Einwände zutage fördern, aber, und das muß grundsätzlich festgehalten werden: diese Verhältnisse können von der Organisationspflicht nicht entbinden!

Dann aber darf auch nicht übersehen werden, daß manche Genossen sich noch viel zu sehr als Herr der Frau und als ihr Ernährer fühlen. Die entsprechenden, infolge der historischen Entwicklung der bürgerlichen Auffassung und Erziehung erklärlichen Ansichten haben aber nicht die geringste Existenzberechtigung. Nicht nur die erwerbstätige Frau, sondern auch die „nur“ Hausfrau und Kindererzieherin ernährt sich selbst. Die Frauen verrichten nur unbezahlte, aber wahrlich keine minderwertige Arbeit! Die Erziehung der Kinder ist zweifellos eine der allerwichtigsten, wenn nicht die allerwichtigste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Man kann sich nur darüber wundern, daß die erwähnten Anschauungen sich im Proletariat noch behaupten können. Wenn ein Mann eine Haushälterin beschäftigt, dann muß er sie bezahlen, er kommt nicht auf den Gedanken, er ernähre diese Frau, heiratet er sie jedoch, dann bekommt sie keinen Lohn mehr und nun fühlt er sich als ihr Ernährer, obwohl der Aufgabekreis der Frau gewachsen ist.

Solche Sackden der bürgerlichen Denkweise muß der moderne Arbeiter abstreifen. Nicht nur theoretisch muß er das Prinzip der Gleichberechtigung anerkennen, sondern es auch praktisch betätigen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

1. Kreis. Die Genossinnen des 1. Kreises veranstalten am Mittwoch, den 6. Oktober, in Treptow Kinderspiele, verbunden mit Auktionen, wozu alle Genossinnen freundlichst eingeladen sind. Treffpunkt: 1 Uhr, großer Spielplatz, Treptow.

Gerichts-Zeitung.

Sozialdemokratische Flugblattverbreitung.

Am Sonntag, den 31. Oktober 1909 verteilte Schöttke in Königsberg auf einer Straße sozialdemokratische Flugblätter, die er in einer blauen Mappe offen unter dem Arme trug. Er hatte ungefähr 200 Blätter bei sich und ging mit der Mappe von Haus zu Haus. Die Verteilung selbst erfolgte nur innerhalb der Häuser. Durch sein Tun sollte er die vom Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen erlassene Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage übertreten haben, und zwar die Bestimmung, wonach an Sonn- und Festtagen öffentlich bemerkbare Arbeiten verboten sind. Das Landgericht in Königsberg verurteilte auch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus: Es handele sich hier um eine öffentlich bemerkbare Arbeit. Wenn S. ein umfangreiches Paket von 200 Flugblättern von Haus zu Haus trug, so sei das dieselbe Arbeit, die ein Postbote oder ein Zeitungsträger verrichte. Und er habe, da er über die Strafe gegangen sei, von einer unbestimmten Personenzahl gesehen werden können.

S. legte Revision ein und rügte, der Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit sei verkannt worden.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage das Rechtsmittel und führte aus: Die Vornahme einer öffentlich bemerkbaren Arbeit sei ohne Rechtsirrtum festgestellt worden. Eine solche Arbeit sei eine nicht lediglich des Vergnügens wegen unternommene Tätigkeit, bei der ein gewisse Anstrengung äußerlich in die Erscheinung trete. Das Landgericht unterstelle, daß das vorliegende. Wie in allen solchen Fällen werde auch hier die höchste Instanz festgelegt durch die tatsächliche Feststellung der Vorinstanz, die die Revisionsinstanz nicht nachsprühen habe. Wenn das Landgericht festgestellt haben würde, es sei keine Arbeit in dem Sinne, dann würde das Kammergericht auch nichts dagegen machen können.

Wiederholt haben wir dargelegt, daß solche Urteile unhaltbar sind, die den Begriff einer Arbeit verkennen und zur Folge haben müssen, daß alle Personen, die ein Gesangbuch, eine Bibel, einen Pompadour, eine Aktienmappe, eingekaufte Waren, ein Gewehr u. dergl. am Sonntag tragen, bestraft werden müßten. Solange der Kammergerichtsrat Habenstein im Kammergerichtsamt saß, wurden derartige, gesunden Empfinden widersprechende Beurteilungen aufgehoben. Habenstein wurde dann aus dem Senat gegen seinen Willen verlegt. Seitdem scheinen die Richter einiger unterer Instanzen und auch des Kammergerichts die Schwere des Pakets nach dem Inhalt des Flugblattes zu beurteilen.

Zwei Stadtbahnräuber.

welche längere Zeit die Sibiringsäge unsicher gemacht hatten, wurden gestern auf einige Zeit unschädlich gemacht. Aus der Untersuchungsbefragung wurden die Gelegenheitsarbeiter Richard Burghardt und Paul Lange vorgeführt, gegen welche die I. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt eine Anklage wegen Rückfallsdiebstahls zu verhandeln hatte. Die beiden Angeklagten, welche in Verbroderzeiten die Spinnnamen „Droschkenführer“ und „Kempner-Paul“ führten, plünderten am 20. August in einem Sibiringszuge den Zimmermann Heinrich Eisermann aus, der im Coupé eingeschlossen war. Das Treiben der beiden Räuber war jedoch von dem Kriminalschuttmann Bussoff und dem Kriminalagenten Reminski beobachtet worden, welche die beiden verhafteten. Der dritte im Bunde, der Väter August Reuenhoff, flüchtete und konnte bisher nicht ergriffen werden. — Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf je 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Der Kampf für Ernst Kupfer u. Co.

Sechs Reiter traben in blanker Weis neben dem Koffenwagen her. Es blühen die scharfen Schwerte zur Seit und die Pistolen sind schußbereit. Den Feind, den grünnen, erwarten sie, Den Feind von Ernst Kupfer u. Co.

Es steht an der Straße viel Männer und Frauen, den kriegsrischen Aufzug sich anzuschauen. Man spottet der Krieger, man lacht sie aus — da fliegen die Schärmer zur Scheide heraus und mächtige Diebe verabsolgen sie im Kampf für Ernst Kupfer u. Co.

Jetzt stürmt auch das Fußvolk, viel hundert Mann, den tapferen Reitern zu helfen heran. Mit Unfsicht und Listkraft schlagen sie drein, die Schützen fallen in dichten Reih'n. Die mutigen Krieger besiegten sie im Kampf für Ernst Kupfer u. Co.

Doch weiter tobt das Schlachtgewühl. — Ein Blumentopf aus dem Fenster fiel. Daneben schaute ein Mädchen heraus. — Die siegreichen Krieger erklimmen das Haus und was sie drin finden zer schlagen sie im Kampf für Ernst Kupfer u. Co.

Im Auto an der Straße Rand vier Zeitungsleser hat man erkannt. Die Straße gehört der Polizei! Auf, schlägt die Herde im Auto zu Drei! Ein „Streich“ winkt den Kriegern. Ihm folgen sie im Kampf für Ernst Kupfer u. Co.

Die Feinde liegen zer schlagen herum, besiegt ist das friedliche Publikum. Stolz schwelet die Brust der tapferen Krieger: „Hurra, auch heute blieben wir Sieger!“ Erhöhen Hauptes beim ziehen sie aus dem Kampfe für Kupfer u. Co.

Am Geldschrank in seinem Geschäftslokale sitzt schmunzelnd der Kohlenprinzpal. Des reichen Geldwunders freut er sich, den er unterm Schutz seiner Krieger einstreift. Mit einem Trinkgeld belohnt er sie als Dank von Ernst Kupfer u. Co.

G. R.

Bootskatastrophe auf dem Hudson.

29 Matrosen ertrunken, 18 vermist.

Ein schweres Unglück hat sich am Sonntagabend auf dem Hudson in der Nähe New York ereignet. In der Hudsonbay liegt gegenwärtig das amerikanische Kriegsschiff „New Hampshire“ vor Anker. Von der Besatzung hatte sich ein großer Teil zum Sonntagserlaub in die Stadt begeben. Am Abend wurde von dem Kriegsschiff eine Dampfbarke ab-

geschickt, um die vom Urlaub kommenden Matrosen an Bord des Schiffes zu bringen. Auf der Rückfahrt kenterte die mit 90 Matrosen besetzte Barke ganz in der Nähe des Kriegsschiffes, die überholte Mannschaft fiel ins Wasser. Nach den bisherigen Feststellungen sind 29 Matrosen ertrunken, 18 andere werden vermist.

Die dunkle Nacht und die bewegte See erschwerten die Rettungsversuche. Ein junger Seeoffizier rettete 10 Mann; ein Matrose rettete vier, verlor aber dann seine Kräfte und ertrank. Ein anderer Matrose, der sich an der Rettung seiner Kameraden hervorragend beteiligte, wurde vor Erschöpfung ohnmächtig. In der Krankenabteilung des Kriegsschiffes, wohin er gebracht wurde, verfiel er in Wahnsinn und konnte nur schwer am Selbstmord gehindert werden.

Ueber die Ursachen der Katastrophe wird noch gemeldet, daß die Matrosen, von denen viele betrunken waren, bei der Annäherung an das Kriegsschiff nach dem Vorderende des Bootes drängten. Da das Meer einen sehr hohen Wellengang hatte, kippte infolgedessen das Boot um.

Absturz eines Ballons.

Ein Ballon, der am Sonntagmittag vom Kristallpalast in London aufgestiegen war, ist nachmittags in der Nähe der Gemeinde Rogdon in der Grafschaft Essex aus einer Höhe von 2500 Meter infolge schlechten Funktionierens des Sicherheitsventils abgestürzt. Vier Personen, darunter eine Künstlerin, hatten in der Gondel Platz genommen. Der Ballon hatte zuerst einen gut gelungenen Flug über der Stadt London in einer durchschnittlichen Höhe von 1500—2000 Meter unternommen. Ueber Rogdon stieg der Ballon in eine Höhe von 3000 Meter und der Pilot zog zum ersten Male das Sicherheitsventil, worauf der Ballon um 400 Meter fiel. Dann kam der Ballon wieder zum Steigen und der Pilot zog zum zweitenmal das Ventil; es gelang ihm aber nicht, das Ventil wieder zu schließen. In immer größerer Geschwindigkeit fiel der Ballon zur Erde. Der Aufprall war furchtbar und wurde nur dadurch etwas abgeschwächt, daß die Gondel zunächst gegen einen großen Baum geschleudert wurde, der gänzlich zer splitterte. Die schwerverletzte Künstlerin verlor die Besinnung und es gelang erst nach längeren Anstrengungen, sie wieder zum Bewußtsein zurückzubringen. Die drei anderen Insassen der Gondel trugen ebenfalls schwere Verletzungen davon; am schlimmsten ist ein Herr Kerr weggenommen, an dessen Aufkommen gezweifelt ist.

Ein Pfarrer als Räuberhauptmann?

Wie mehrere Pariser Blätter aus Lizza gemeldet wird, ist der Abbé Espert, der Pfarrer der Pfarre von Venomas, verhaftet worden. Die Bevölkerung von Venomas wird seit vier Jahren durch zahllose Missetaten einer Räuberbande in Angst und Schrecken versetzt und der Pfarrer steht in dem seltsamen Verdacht, Vandenführer zu sein. Bei seinem Verhör durch den Untersuchungsrichter von Graffe wies der Abbé die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen mit der größten Entschiedenheit zurück.

Kleine Notizen.

Wohnknüttel einer Mutter. Eine in Oberleutendorf in Böhmen wohnende Bergarbeiterfrau hat am Sonntagabend in Abwesenheit ihres Mannes zwei ihrer Kinder, einem sechsjährigen Mädchen und einem achttjährigen Knaben den Hals durchgeschnitten. Beide Kinder sind tot. Eine zehnjährige Tochter wurde von der Frau durch Schnitt schwer verletzt. Die Frau, die ihre Tat jedenfalls in einem Anfall von Geistesstörung verübt hat, tötete sich dann selbst, indem auch sie sich den Hals durchschnitt.

Automobilunfälle. Am Sonntagabend ist in der Nähe von Eupen ein aus Aachen kommendes Automobil mit einem Postfuhrer zusammengefahren. Fünf Personen wurden schwer verwundet. Die beiden Gefährten sind getötet. — In Murgschlag (Oesterreich) fuhr am Sonntag ein Automobil mit fünf Insassen in voller Fahrt in die geschlossenen Bahnschranken hinein. Zwei Personen wurden schwer verletzt, zwei andere erlitten leichtere Verletzungen.

Eifersuchtsdrama. Ein früherer Buchhändler Paschel aus Badre überlieferte seine Geliebte mit einem Nebenbuhler. Um sich zu rächen, erstach er das Mädchen. Vor seiner Verhaftung verübte er Selbstmord, indem er sich das Messer in die Brust stieß.

Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge. Bei Lyon stehen am Sonntagabend zwei Straßenbahnzüge der nach Neuville führenden Linie zusammen. 25 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Drei Wagen sind vollständig zertrümmert.

Am Cholera erkrankten in Keapel während des letzten Tages acht Personen, fünf Erkrankte sind gestorben. Aus der Provinz Keapel werden 17 Erkrankungen und acht Todesfälle gemeldet.

Ein Berliner im Harz abgestürzt. Beim Bestiegen des Ziffsteins bei Hensburg glitt am Sonntagnachmittag der Leiter einer Berliner Verlagsanstalt, Dr. Dietze, aus, stürzte in die Seigenische und brach das Genick.

Unserem lieben Genossen
Otto Plöger
(Rigaer Straße 95)
zum 50. Geburtstag die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen d. 375. Bezirkes.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hausdiener
Gustav Hoffmann
am 20. September im Alter von
51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 4. Oktober, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilmersdorfer Gemein-
defriedhofes, Mariendorfer Weg, aus
statt. 51/11
Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.**
Zweigverein Berlin.
Am 1. Oktober verstarb unser
Mitglied
Gustav Möbius
(Bogel Albofs).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 4. Oktober, mittags
12 Uhr, vom Trauerhause,
Lübberser Straße 13, nach dem
Städtischen Friedhof in Friedrichs-
felde statt. 133/18
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 2. Oktober verstarb mein
lieber Mann, unser guter, sorg-
samer Vater, der Bohrer
Richard Klähn
im Alter von 83 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 6. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdorfer Friedhofes,
Rixdorfer Weg, 1211/12
aus statt.

Allen Verwandten, Freunden
als auch Bekannten die traurige
Nachricht, daß am 2. d. M., abends
5^{1/2} Uhr, meine liebe Frau und
gute Mutter
Elise Kulcke geb. Thormann
nach langen, schweren Leiden sanft
entschlafen ist.
Dies zeigt mit der Bitte um
Hilfliche Teilnahme schmerzhaft an
Otto Kulcke nebst Tochter
Wilmersdorfer Weg, 9.
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 6. Oktober, nachmittags
3 Uhr, von der Halle der Heilig-
kreuz-Gemeinde in Mariendorf
aus statt. 12385

Statt besonderer Meldung.
Am 1. Oktober 1/8 Uhr mor-
gens entschlief nach langem,
schweren Leiden unser lieber
Vater, Schwiegervater, Großvater
und Onkel, der Bodenleger
Wilhelm Gohlke
im 78. Lebensjahre, tiefbetrübt
von seinen Angehörigen.
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 5. Oktober, in Hamburg
statt.

Tauftragung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die zahlreichen
Kranzsendungen bei der Beerdigung
unserer lieben Frau, Mutter, Schwieger-
und Großmutter sagen wir unseren
Helferfühlten Dank.
Familie Grothe
Weihenstephan.

Für die uns erwiesenen Rühmchen-
heiten, anlässlich unserer Silberhochzeit,
sagen wir allen Kollegen, Freunden
und Genossen unseren herzlichsten
Dank. 12102
Fritz Perlmann und Frau.

**Pianos-Gelegenheits-
käufe** in gr. Auswahl v. 300 bis
400 M., dar. Schiedmayer, Blass etc.
Garantie. — **Pianohaus Krause,**
Berlin W., Ansbacher Str. 1.

**Engelhardt
Deutsch-Pilsner**
Erstklassiges Spezial-Bräu
Flasche 10 Pf.
Ueberall käuflich.

L. Katz & Co.
Spandauer Straße 45,
am Molkenmarkt.
Filialen:
Rixdorf, Bergstraße 85, am Bahnhof.
Brandenburg a. H., Hauptstraße 59/60.
**Größtes Spezialgeschäft
sämtlicher
Gastwirts-
Artikel.**

„Lange Jahre litt ich an einem
hartnäckigen
Hautausschlag
Biel, sehr viel habe ich erprobt, ver-
sucht. Ich probierte Jader's Patent-
Medizinale-Beise. Baldig besserte
es sich von Tag zu Tag. Rahm nur
zum Salben Jader's Patent-Me-
dizinale-Beise u. hatte grohartzigen
Erfolg. R. S. in B. 4. Sid. 50 Pf.
(15 %/ig) u. 1.50 M. (25 %/ig, stärkste
Form). Dazugehör. Jader's-Creme
75 Pf. u. 2 M., fern. Jader's-Beise
(mild) 50 Pf. u. 1.50 M. in Berlin
in Wehrens Drogh. (Apoth. & Krause),
Frankfurt. Allee 130. C. Schulze,
Chausseestr. 87, Hugo Schulz, Räder-
drog. Wilmersstr. 165a, Otto Bänder,
Prinzen Allee 29, in Rixdorf:
Trogenhaus Vincent, sowie in
sämtl. Apoth., Drogh. u. Parfäm.
Nichts anderes anreden lassen. Es
gibt dafür keinen Ersatz!

Ungewitter's Kautabak
garantiert rein aus Kentuckytabak.
seit Jahrzehnten unübertroffen.
Niederlage:
O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,
Gärtelstr. 1, Ecke Frank-Chaussee.
4452

Turnverein Fichte
Mitgl. des Arbeiter-
Gegründet am 5. August 1890.
Turner-Bundes.
Geschäftsstelle: Koppenstr. 24.

Männer-Abteilungen:
1. Abt.: NO., Predenstr. 37.
2. „ SO., Stalher Str. 55/56.
3. „ S., Boesstr. 17-20.
4. „ NW., Siemensstr. 20.
5. „ N., Wallstr. 18.
6. „ S., Stahlkreuzstr. 54.
7. „ SO., Reichenberger Str.
Nr. 131/132.
8. „ NO., Strausberger Str. 9.
9. „ N., Müllerstr. 158.
10. „ O., Petersburger Str. 3/4.
11. „ SW., Bergmannstr. 28/29.
12. „ N., Oberwalder Str. 10.
13. „ SO., Köthiger Str. 52.
14. „ O., Ehrenbergstr. 24.
15. „ SO., Rothhafer Ufer 51.
16. „ N., Senefelderstr. 6/7
(Neugründung).

Lehrlings-Abteilungen:
Seit 1. Okt. d. J. wieder in den Städtischen Gemeindefchul-
Turnhallen.
1. Abt.: NO., Diehlmeyerstr. 12, Dienstag u. Freitag 8-10 Uhr abds.
2. „ SO., Stalher Str. 55/56, Mittwoch u. Sonnab.
3. „ S., Boesstr. 17/20, Donnerstag u. Sonnab.
4. „ SW., Siemensstr. 20, Mittwoch u. Sonnabend
5. „ N., Köthiger Str. 52
6. „ SO., Reichenberger Str.
Nr. 131/132.
7. „ S., Köthiger Str. 31, Montag u. Donnerstag
8. „ NO., Strausberger Str. 9, Mittwoch u. Sonnab.
9. „ N., Müllerstr. 158/159,
10. „ O., Petersburger Str. 3/4,
11. „ SW., Bergmannstr. 28/29,
12. „ N., Oberwalder Str. 10,
13. „ SO., Köthiger Str. 52, Montag u. Donnerstag
14. „ SO., Köthiger Str. 52,
15. „ N., Senefelderstr. 6/7, Mittwoch und
Sonnabend (Neugründung)

Damen-Abteilungen:
1. Abt.: SO., Mariannen-Allee 1a, Dienstag u. Freitag
2. „ N., Köthiger Str. 52,
(Neugründung).

Sommer-Turn- und Spielplätze des Vereins.
Treptow: Köpenicker Landstraße, Ecke Lichtenberg: Köpenicker Weg, Die „So-
zialer-Platz“
Pankow: Hinter der Reubelstraße 11. Jungfernheide: Tegeler Weg.
Einschreibegeld: Männer- und Damen-Abteilungen 35 Pf.
Lehrlings-Abteilungen 30 Pf.
Beitrag pro Monat: Männer-Abteilungen 75 Pf., Damen-Abteilungen 60 Pf.,
Lehrlings-Abteilungen 25 Pf.
Im Beitrag ist die monatlich zweimal erscheinende „Arbeiter-Turnzeitung“ und das
„Mitteilungsblatt“ des Vereins sowie die Unfall- und Unterstützungsliste mit eingeschlossen.
Außerdem veranstaltet der Verein **Wanderfahrten** in der Regel und weiter hinaus
zu allen Jahreszeiten.
Jeden Freitagabend 8-1/2-10 Uhr in den Städt. Volkshauskellern
Oberberger Straße und Köpenicker Weg. Eintritt 20 Pf.
Ankunft und Aufnahme von Mitgliedern in allen Abteilungen während der Turnstunden.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am
Morgensplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter v. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. M.B. Anzahlung,
lang. Hypotheken. Pläne gratis.
Verkäufer ständig am Ort. Mahlsdorf
im Pavillon, 1187 L.
I. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Syphilis - Nachweis
in allen frisch u. veraltet, zweifelhaf-
t. Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung,
sowohl: desgl. Haut- (bes. auf Ge-
norrhoe-Rüden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homoyor & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, zw. Kronen- und
Mohrenstraße, I. 8704. Verj. Röntgen-
diagn. u. kostenl. geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
Städt. Bahnhof Alexanderplatz und
Görlitzerbrücke. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.
Stempel-Fabrik
von 86342
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142.
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Kautschuk-Tuben „Perfekt“
zum Zusammenfügen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Hygienische
Bekanntmachung. Neues Katalog
u. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. f.
H. Unger, Gummiswarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 61/9

Gummiwaren
aller Art. Anfr. erb. Gummi-
Grosste-Haus C. A. Growald,
Charlottenbg.-Bln. 37, P.-A.
Versand auch an Private.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

W. WERTHEIM GM BH

Potsdamer Straße 10, 11 und 13  Friedrich-Straße 110/112 Passage-Kaufhaus

Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz

Dienstag
Mittwoch
Donnerstag

Zu Extra-Preisen

Dienstag
Mittwoch
Donnerstag

Gardinen, Decken, Portieren

Erbstüll-Band-Gardinen	statt 8.50 nur 6.75	Diwandecken	aus Phantasiegeweben, statt 6.00 und 7.50 nur	4.90, 6.00
Erbstüll-Band-Halbstores	statt 3.75 bis 8.50 nur 2.50, 3.75, 6.00	Tischdecken	aus Phantasiegeweben, statt 3.20 und 4.50 nur	2.50, 3.50
Erbstüll-Band-Stores	statt 4.75 bis 7.75 nur 3.75, 5.00, 6.25	Fensterdekoration	aus Filztuch, statt 6.00 nur 4.75, aus Velvet, statt 9.00 nur	7.75
Erbstüll-Band-Bettdecken	für ein Bett: statt 4.00 bis 9.00 nur		für zwei Betten: statt 8.00 und 11.00 nur	6.50, 9.25

Mokette-Plüsch in persischen und modernen Mustern, ca. 130 cm breit, ganz bedeutend unter regulärem Wert . . . Meter **4.50, 5.50**

DEUTSCHE TEPPICHE

Imitierte Perser	ca. 130/200 cm groß	5.50,	ca. 155/240 cm groß	8.00,	ca. 190/280 cm groß	11.25,	ca. 250/350 cm groß	18.75
Prima-Velours	ca. 170/235 cm groß, regulärer Wert 28.00,	jetzt nur	21.00,	ca. 200/300 cm groß, regulärer Wert 42.00,	jetzt nur	32.00		
Axminster Prima	ca. 170/235 cm groß	30.00,	ca. 200/300 cm groß	45.00,	ca. 250/350 cm groß	67.50,	ca. 300/400 cm groß	93.50

Handgeknüpfte Smyrna-Teppiche zu ganz besonders niedrigen Preisen in modernen und französischen Stilarten

Orient-Teppiche Große Auswahl von alten und neuen Stücken zu außerordentlich billigen Preisen

Linoleum-Teppiche ca. 150/200 cm groß, regulärer Wert 9.50, jetzt nur **6.75,** ca. 200/300 cm groß, regulärer Wert 19.00, jetzt nur **13.75**

Beleuchtungs-Artikel

Gas-Zug-Ampeln mit Perlfansen, 3 teilig	11.50, 15.75	inkl. Montage in der Wohnung	Gas-Zylinder doppelt geköhlt Dutzend	65 Pf.
Salon-Kronen mit 3 Gasetzin-Brennern	28.00, 34.00, 38.00		Gas-Selbstzünder für stehend. Licht St	32 Pf., für hängendes Licht Stück	35 Pf.
Speisezimmer-Kronen mit 4 Gasetzin-Brennern	47.50, 55.00, 60.00		Glühstrümpfe Stück 22 und 28 Pf., für hängendes Licht Stück	45 Pf.

Bettfedern und Daunen

Gut gereinigte Ware

Füllfedern Pfd. 90 Pf.	Schleißfedern	Pfd. 3.30, 4.50
Helle Entenfedern	Pfd. 1.60	Graue Daunen	. . . Pfd. 3.80
Halbdaunen	weiß Pfd. 2.65, grau Pfd. 3.50	Weißer Daunen	. . . Pfd. 5.25

Inlettstoffe

Gute federdicke Qualitäten, rot oder gestreift

Bettkörper Kissebreite 85 Pf., 1.05, 1.30
Bettkörper Deckbettbreite 1.30, 1.60, 1.90
Unterbettdrell ca. 115 cm breit 1.10, 1.85, 2.20

Rahmen u. Bilder

Postkartenrahmen 20 Pf.
2 Visitrahmen	} zusammen 95 Pf.
1 Kabinettrahmen	
Kupferdruckgravüren	nach alt. u. mod. Meist. in Großfolioformat 75 Pf.
Französische Meister	in apart. Goldleiste 1.40
Alte u. moderne Meister	farbig und in schwarz. Rahm. 1.55
Jagdbilder	in Eichenrahmen, 60/85 cm groß statt 15.00 nur 9.50

Bettstellen

Polsterbettstellen 5.50, 6.75, 8.00
Eiserne Bettstellen mit doppeltem Spirallöden	6.50, 8.50
Eiserne Bettstell. mit Patent-Stahlmatratze	13.75, 15.50
Eiserne Bettst. engl. Fern. II. lack.	19.50 bis 40.00
Messing-Bettst. mod. Ausf. m. Pat.-Stahlmatr.	70.00 bis 120.00
Kinder-Bettstellen II. weiß lackiert	17.50 bis 30.00

Matratzen und Keilkissen besonders preiswert!

Klein-Möbel

Kleiderriegel braun poliert, mit vernickelten Haken	40, 65, 85 Pf.
Bauertisch nußbaumartig poliert 2.40
Bauertisch mit furnierter Platte 2.90
Paneel nußbaumartig poliert, 100 cm lang 2.90
Handtuchständer hell und dunkel 2.90
Serviertisch nußbaumart. pol., m. mod. Aufsatz	7.00
Flurgarderobe Eiche, Bockgestell und Facettglas	13.75, 16.25

Nur Passage-Kaufhaus

Lieferung kompletter Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen und Stilarten. — Französische Möbel in reichhaltigster Auswahl. Ganz besonders machen wir auf unsere **neu eingerichteten Musterzimmer** aufmerksam.

MÖBEL

Sofa mit Plüschbezug und 36 Federn 66.00
Chaiselongue mit Meltonbezug 24.00
Sprungfedermatratzen mit Keilkissen	22.50
Patentfederboden mit Gegendruck 19.00

Klubsessel
m. Leder **95.00**

Kieferne Möbel	Betten 13.50
Waschtische 22.50
Schränke von 28.00 an	Nachtschränke . . . 12.00
Wachstuchstisch halb echt Nußbaum 8.50, mit 2 Aussägen	Kommoden . . . 23.00
	18.50

Reiche Auswahl in japanischen und kunstgewerblichen Gegenständen aus Bronze, Porzellan, Fayence, Elfenbein usw., sowie in Liberty-Künstlerseiden und -Brokaten, -Liberty-Dekorationsstoffen und -Prunkkissen zur Ausschmückung des Hauses

Gerichts-Zeitung.

Schwerste Strafe dem Streikenden.

Unter dieser Devise stand eine Verhandlung, die sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof abspielte. Angeklagt waren die Schmiede Blum und Grabe. Blum hat einem Arbeitswilligen Neuenfeld, als dieser von der Arbeit kam, eine Ohrfeige versetzt und dafür von Neuenfeld drei Ohrfeigen zurückerhalten. Blum wurde fiktiv, Neuenfeld ging mit zur Wache und als er zurückkehrte, geriet er mit drei streikenden Schmieden in ein Handgemenge, wobei auch der Angeklagte Grabe beteiligt war. Grabe bestreitet nicht, daß er Neuenfeld mit einem Hausschüssel schlug, doch will er das erst getan haben, nachdem ihn Neuenfeld, der schon mit den anderen im Handgemenge war, mit einer Flasche geschlagen hatte. Grabe gibt auch zu, daß er während dieses Zusammenstoßes den Neuenfeld einen gemeinen Streikbrecher genannt hat. Die Anklage gegen Blum lautet auf tätliche Beleidigung. Grabe ist angeklagt wegen Beleidigung, gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Die Beziehung zu diesem Paragraphen stellt die Anklage lediglich dadurch her, daß Grabe die Worte „gemeiner

Streikbrecher“ gebrauchte. Vor Gericht behauptete der Rechtsanwalt die Anklage aus § 153 auch auf Blum aus, obgleich dieser bei der Ohrfeigenaffäre kein Wort in bezug auf den Streik gesagt hatte. Der Rechtsanwalt beantragte gegen Blum eine Woche und gegen Grabe sechs Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, wandte sich gegen die ungeheure Höhe des beantragten Strafmaßes und meinte, dieser durch die Beweisaufnahme in keiner Hinsicht begründete Antrag lasse sich wohl darauf zurückführen, daß der Verletzte ein Arbeitswilliger ist und die Angeklagten zu den Streikenden gehörten. Weiter wies der Verteidiger nach, daß § 153 hier nicht angewandt werden könne, da keiner der Angeklagten eine Aufforderung zur Teilnahme am Streik ausgesprochen habe. Es gehe denn doch nicht an, daß jedes Wort und jede Handlung, die ein Streikender aus Verger über einen Arbeitswilligen gegen diesen richtet, unter den § 153 gebracht werde. Blum müsse straffrei bleiben, weil er als Erwiderung auf die von ihm verabsolgte Ohrfeige deren drei erhalten habe und gegen Grabe sei nur Beleidigung erwiesen, während die Körperverletzung in Abwehr eines Angriffs erfolgt sei.

Das Gericht kam zu dem Urteil, daß ein Vergehen gegen § 153 nicht vorliegt. Es verurteilte Blum wegen tätlicher Beleidigung zu 10 Mark und Grabe zu zwei Monaten Gefängnis. Das unge-

wöhnlich hohe Strafmaß gegen Grabe wird damit begründet, daß er vorbestraft ist und daß ein gewisser Zusammenhang mit dem Streik nicht außer acht gelassen werden könne, denn die Angeklagten hätten doch ihren Verger an Neuenfeld ausgelassen und ihn überfallen, weil er sich nicht am Streik beteiligte.

Wieviel Jahrhunderte mühten Arbeitswillige, Inspektoren, Gutsbesitzer, Studenten und Schulleute brummen, wenn sie wegen ähnlicher Verfehlungen gleich hoch bestraft würden! Mit gleichem Maße müssen heißt Gerechtigkeit üben. In Moabit ist, wie dieser und andere Prozesse gegen Arbeiter beweisen, bei der Anwaltschaft und bei dem Gericht die Fähigkeit richtig zu messen offensichtlich nicht vorhanden. Wollte man überhaupt den Umstand berücksichtigen, daß die Beleidigungen aus Anlaß eines Streiks erfolgt sind, so darf dieser Umstand nur strafmildernd wirken.

Kunsthändler Marktbericht der Adolphsen Marktbesitzer über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zuzufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Für Schweinefleisch nachgefragt. Wild: Zuzufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise nicht befehlebig. Geflügel: Zuzufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise befehlebig. Fische: Zuzufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise nachgefragt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zuzufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 4. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Königl. Schauspielhaus.
Deutsches, Jüdisch, Anf. 7 1/2 Uhr.
Kammerstücke. Das Kloster.
Leistung. Einmalige Menschen.
Komische Oper. Der Arzt wider Willen.
Berliner Volkstheater.
Neues Schauspielhaus.
Königl. Schauspielhaus.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Schiller-Charlottenburg.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Berliner Volkstheater.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Herrnsfeld.
Königl. Schauspielhaus.
Metropol-Theater.
Lessing-Theater.
Berliner Theater.
Neues Theater.
Lustspielhaus.
Berliner Volkstheater.
Residenz-Theater.
Noblesse oblige.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Luisen-Theater.
ROSE-THEATER.
Apollo Theater.
Lessing-Theater.
Berliner Theater.
Neues Theater.
Lustspielhaus.
Berliner Volkstheater.
Residenz-Theater.
Noblesse oblige.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Schiller-Theater Charlottenburg.
Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter.
Wäsche-, Krawatten- u. Korsetzbranche.
Lichtspiele.
Der sensationelle Erfolg des LUNA-PARK.
Passage-Theater.
„Groß-Berlin“.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter.
Wäsche-, Krawatten- u. Korsetzbranche.
Lichtspiele.
Der sensationelle Erfolg des LUNA-PARK.
Passage-Theater.
„Groß-Berlin“.

Zipkus A. Schumann.
Apachen zu Pferde.
CIRCUS CYRILL HALE.
Herrnfeld Theater.
Theater Sanssouci.
Walhalla-Theater.
Stadt-Theater Moabit.
Reichshallen-Theater.

Zirkus Busch.
Große Gala-Vorst.
Die Fredianis.
Abra-Trio!
Casino-Theater.
Puhlmanns Theater.
Der schwarze Schimmel.
Karl Haverland-Theater.
Königstadt-Kasino.
Burgtheater-Kinematograph.
Moabiter Gesellschaftshaus.
Kientopp-Theater.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Hente Dienstag, den 4. Oktober 1910, abends 8 Uhr:

Versammlungen der Kreis-Wahlvereine.

- | | |
|--|---|
| 1. Kreis: Zentrum-Hallen,
Niederwallstraße 20. | 4. Kreis: Andreas-Festfale,
Andreasstraße 21. |
| 2. Kreis: Bock-Bräuerei,
Tempelhofer Berg. | 5. Kreis: Musifer-Säle,
Kaiser-Wilhelmstr. 18a (unterer Saal). |
| 3. Kreis: Armin-Hallen,
Kommandantenstraße 58-59. | 6. Kreis: Germania-Festfale,
Chausseestraße 110. |

Bezirks-Wahlvereine.

- | | |
|---|---|
| Niedorf: Goppes Festfale,
Sermannstraße 49. | Karlshorst: Sabrowskis Saal,
Treslow-Allee 66. |
| Nieder-Schönhausen: „Lindengarten“,
Lindenstr. 43. | |

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Berichterstattung vom Parteitag in Magdeburg. Diskussion.
2. Berichterstattung vom Internationalen Kongress. Diskussion.
3. Berichterstattung von der Brandenburger Konferenz. Diskussion.
4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert zu den betreffenden Versammlungen.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42, Ecke Spandauer Str. 70-71

Größtes Bekleidungs-Spezialhaus

Knaben-Anzüge

- Joppenform mit Pluderhose aus haltbaren Cheviots, neueste Muster von M. 8.75 bis 23.-
Matrosenform aus blauem Cheviot, gefüttert, von M. 5.50 bis 20.-

Knaben-Paletots

- Kieler Paletots mit Armstickerel, auf Wollfutter, von M. 7.50 bis 19.50
Paletots aus kräftigen Winter-Cheviots, mit Wollfutter, ein- und zweireihig von M. 8.50 bis 22.-

Mädchen-Konfektion

in reicher Auswahl

Spezial-Abteilung: Schuhe, Wäsche, Hüte

Winter-Katalog kostenfrei

Meine Kinder-Konfektion wird nur im Eigenbetriebe aus erprobten haltbaren Stoffen neuester Dessins gefertigt und zeichnet sich durch gute Passform und solide Näharbeit aus.

Gewerkschaftshaus Bremen.

Allen Bewerbern zur Nachricht, daß die Stelle des Oekonomen befreit ist.

Das Gewerkschaftskartell.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verbandsniederlage: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1957

Die Versammlung der Bauanschläger am Donnerstag, den 6. d. Mts. fällt aus.
122/15 Die Ortsverwaltung.

Wir haben unser **Bureau** fünf Minuten von seiner bisherigen Stelle verlegt nach **NW. 21, Turmstraße 4, I Tr.,** gegenüber dem Haupteingange des neuen Kriminalgerichts.
Die Nummer unseres Fernsprech-Anschlusses Amt II (Moabit) 704 bleibt unverändert.
Wolfgang Heine, Dr. Felix Behrend, Rechtsanwälte.



Ganz Berlin kennt nur **Urban** als besten Schuhputz

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Die Vorstände.

Wanzen

istet unschädlich mit Brut Reichels Wanzenfluid „Radikal“ 50 Pf. 1., 2., 3., Literk. 5.-. Absolut keimfrei, nicht feuergefährlich. Kein Abl. Geruch, nachhaltigste Wirkung.

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher Reichels Spezial-Schwaben-Poudre „Martial“ 50 Pf. 1., 2., 4.-. Einzig echt u. garantiert wirksam nur in Originalpackungen mit **Tob n. Zensel**

in den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin, Glienbahnstr. 4. Fernspr. -Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zarenba. Weinbergdweg L. dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch i. zur dauernden Kundschafft

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Der Name „Franck“

und die „Kaffeemühle“ spielen bei der Zubereitung eines wohlschmeckenden und gehaltvollen Kaffees seit langem eine Hauptrolle: sie haben dem „Achten Franck-Gries mit der Kaffeemühle“ den Namen gegeben und sind äußerlich die Unterscheidungsmerkmale gegenüber billigen Nachahmungen. Die Fabrikanten Heinr. Franck Söhne, Ludwigsburg, Halle a. S., Linz a. D., Bukarest, Basel, Mailand, New York etc. stehen mit ihrem Namen für die Reinheit und Ausgiebigkeit der Ware ein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht der Werkstattvertrauensleute über die Durchführung der am 1. Oktober einzu-
retenden Erhöhung der Löhne und Akkordpreise in den für den Tarifvertrag in Betracht kommenden
Branchen.

(Aus jeder Werkstatt muß eine Abschrift des ungeänderten Tarifs, versehen mit den alten
und neuen Preisen, abgeliefert werden.)

Für Lohnarbeiter sind Lohnlisten aufzustellen und an die Obleute abzuliefern.)

2. Bericht der Obleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben
besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirks-
vertrauensmännerversammlung.

Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Versammlungsorte sind folgende:

90/20

Tischler.

Südwesten in Fabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.

Bu dieser Versammlung sind sämtliche Kollegen der Werkstätten
H. Pfaff, Zimmerstr. 88, und Krügel, Hagelbergerstr. 7, besonders ein-
geladen.

Süden bei Gießing, Wasserlocherstr. 68.

Südosten I u. II in den Naunhu-Pfeiffen, Naunhustr. 6.

Osten I bei Bergmann, Andreasstr. 21.

Osten II bei Wolter, Frankfurter Allee 106.

Osten III bei Bergmann, Boxhagener Straße 26.

**Oestliche Vororte bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzen-
straße 37, Ede Schornweberstraße.**

Nordosten bei Voelter, Weberstr. 17.

Jede Sargstühlelei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versamm-
lung senden.

**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt bei Obiglio,
Schwedler Straße 23.**

Wedding und Moabit bei Kaczorowski, Rabenstr. 6.

**Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a.**

**Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.
Osten bei Voelter, Weberstr. 17.**

Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18a.

Bezirk Norden. Statt der Vertrauensmännerversammlung findet
eine außerordentliche Branchenversammlung (gleich nach Feierabend)
im „Zwischenländer Gesellschaftsraum“, Zwischenländer Str. 46,
statt. Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Schreiber über „Die
Organisierung unserer Agitation“. 2. Branchenangelegenheiten.

**Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-
Branche.**

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.

Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.

Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

Bodenleger im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 2.

**Stellmacher bei Gahn, „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosen-
thaler Straße 57.**

Kisten- u. Koffermacher bei Vandauch, Dresdener Straße 23.

Korbmacher bei Eichhorn, Koppenstr. 47.

Bürstenmacher bei Dreusch, Holzmarktstr. 65.

Kammacher bei Dreusch, Holzmarktstr. 65.

Vergolder im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 5.

Jalousiearbeiter bei Wolter, Adalbertstr. 62.

Bu dieser Versammlung sind sämtliche Kollegen der Firma Beck-
staller, Pücklerstraße, eingeladen.

**Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter um 6 Uhr
bei Ernst Thomas, Reichloferstr. 5.**

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Ratteroth, Ritterstr. 32.

Stocharbeiter um 6 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Maschinenarbeiter. Die Vertrauensmänner-Versammlung findet
erst am Montag, den 10. Oktober, statt.

Musikinstrumentenarbeiter

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr:

**Kombinierte Branchen- u. Vertrauensmännerversammlung
im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18a.**

Tagesordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Branchen- und Verbandsangelegen-
heiten.

Einsetzer.

Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Bezirk: Werlowski, Andreasstraße 26.
2. „ Glicsche, Koppenhagener Straße 74.
3. „ Sauer, Levetowstraße 21.
4. „ Preil, Rixdorf, Rosenstraße 24.
5. „ Wiemer, Bülowstraße 58.
6. „ Nig, Stallier Straße 59.
7. „ Charlottenburg, Rosinenstraße 3.
8. „ Weizer, Wiesenstraße 29.

Die Kollegen aus den Vororten sind besonders dazu eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Ausgabe der neuen Tarife. 2. Branchenangelegenheiten.

Von der Reise zurück

Dr. Bruno Wolff II,
Frauenarzt, 115/118
Königgrätzer Str. 46a.

Gasthof mit großem Saal
zu verkaufen, für Genossen event. ohne
Anzahlung günstige Gelegenheit zur
Etablierung. Offerten unter J. Z. 55
hauptpostlagernd Dresden erbeten.

Gentner's
Veilchen-Seifenpulver
Goldperle

erschaut sich deshalb so großer Beliebtheit,
weil jedes Paket eine wirklich schöne und
brauchbare Geschenkbildung enthält. — Da
meine Packung vielfach nachgeholt
wird, so kann man sich vor Schaden
nur dadurch schützen, daß man genau
auf den Namen „Goldperle“ und
Schutzmarke „Kaminfeuer“ achtet.

Ableiniger Fabrikant:
Carl Gentner
Göppingen.

Spezial-Geschäft

**Möbel
auf
Kredit**

Wilhelm Misch, Gr. Frankfurter Str. 45-46, I. u. II.

Cigarren-Händlern
bequemsten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und
reichhaltigste ausgestattete
Tabak-, Cigarren- u. Cigaretten-Engroslager
Carl Röcker, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112 (Fernstr. VII, 3961).

Offiziere sola. Marken & Original-Preis von 100 St. an einer Sorte:
Berliner Marken: Garbati, Herbstoll, Jostell, Ranoff, Problem,
Phänomen, Kapitän, Carmen Sylva, Graf von Königsmark, Fredy.
Dresdener Marken: Salem Melum, Luna, Bolero-Jemisch,
Reunion, Kaiserin.

Berner: Capitan Comp., Österreichische und ungarische Regie-Tabake ufr.
Generalvertrieb für Deutschland der dänischen Kapitän-Tabake,
Rauh- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Anulabal-Tabake:
G. H. Hansen und Weimann & Triepel in Nordhausen;
Brödr. Braun in Kopenhagen, Joh. Dannehl, Kalkow, sowie
J. Goldfarb Schnupftabake, Dr. Stargard.

Bei Neueinrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes
Cigarren-Engroslager
zu beschließen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in
allen Verislagern. 3032

Achtung !!! Sprechmaschinen-Besitzer !!!
„Unsere Platte“

„Die Marsellaise.“ Orchester.
„Auf nach Treptow.“ Harmonischer Marsch.
„Wir Haner in der Bluse.“ Gesang.
„Arbeiter-Marsch Haisch.“ Gesang.
„Sozialisten-Marsch.“ Gesang.
„Die Internationale.“ Gesang.

Und andere Platten. Preis: 1.50. 11431.*
Bei Abnahme von zwei Platten an portofreier Versand
innerhalb Groß-Berlins.
Anschließenlich zu haben bei
E. Wallstab & Co.,
Charlottenburg, Fritschestr. 44, Eingang Pestalozzistr. 60
Auch Sonntags geöffnet.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung**
bequeme
bei kleinster Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Möbel
auf
Kredit!

**Wohnungs-
Einrichtungen.**
Ausstellung einfacher u. eleganter
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer,
Mod. farbige Küchen-Einrichtungen
auf Abzahlung
und auch gegen Bar.
Einzelne Möbelstücke
und Polsterwaren
bei kleinster Anzahlung
evtl. ohne Anzahlung

Parner empfehle: Teppiche,
Persien, Gardinen, Stoppdecken,
Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-
Kronen, Porzellan, Lein- und
Dattwische.

Sport- und Kinderwagen.
Garderobe
für Herren, Damen und Kinder
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Feinste Schnitt.

Pelz-Stolas
Wochenrate
1 Mk.
S. Dorn
3¹ Alte Schönhauser Str. 3¹
Ecke Linien-Strasse

CHARLOTTENBURG
Uhren und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 146

JOSETTI JUNO
Cigaretten sind nur dann echt, wenn
sie, wie alle unsere Fabrikate, das oben ab-
gebildete geschützte Wappen sowie den unten-
stehenden Namenszug tragen. Achten Sie beim Kauf
in Ihrem eigenen Interesse darauf, da Sie nur dann die
Gewähr haben, nicht etwa andere Fabrikate zu erhalten,
die Sie nicht verlangten.

Joseitti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen der sechs Berliner Wahlkreise sowie der Bezirkswahlvereine Nizdorf und Karlshorst werden auf die zu heute abend in den durch Inserat bezeichneten Lokalen stattfindenden Versammlungen aufmerksam gemacht...

Charlottenburg. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses statt. Tagesordnung: 1. Berichterstatter vom internationalen Kongress. 2. Berichterstatter vom Magdeburger Parteitag...

Steglitz-Friedenau. Der vom Bildungsanschuß veranstaltete Vortragskursus „Die Entstehung unserer Erde“ beginnt am 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Rheinisch-Loth. Einige Karten (vier Abende 50 Pf.) sind noch zu haben. Da die Nachfrage noch eine rege ist, werden die interessierten Mitglieder der Wahlvereine...

Die Herbstfeier für die Wahlvereinsmitglieder findet am Sonntag, den 23. Oktober, in den Räumen des Hotels „Rheinisch-Loth.“ statt. Die Feier besteht aus Konzert, Rezitation und Festrede, Chorgesang des Männerchors „Friedenau-Steglitz“ und Festreden der Kinder. Da der Bildungsausschuß bestrebt ist, durch seine Veranstaltungen das Wissen und Kunstbedürfnis der Wahlvereinsmitglieder zu heben, wird um rege Beteiligung gebeten.

Pankow. Am Mittwoch, den 5. d. Mts., findet im Lokal von Großfurt, Berliner Straße 27, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Ruth-Ober-Schöneweide. 2. Ortsangelegenheiten. 3. Verlesenes.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß im selben Lokal am Donnerstag der Vortragskursus beginnt. Die Bezirksleitung.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Am Donnerstag, den 6. d. Mts., nämlich 8 1/2 Uhr abends, wird der Lichtbildvortrag des Genossen Graf über „Die Geschichte unserer Erde“ für Erwachsene und Jugendliche über 18 Jahre fortgesetzt.

Ueber die Vorträge für Jugendliche unter 18 Jahren, die unentgeltlich sind und bestimmt nachgeholt werden, wird Näheres noch bekannt gegeben.

Sogingen-Kummelsburg. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Café Bellevue, Hauptstraße 2. Bericht von der Provinzialkonferenz; Bericht vom Parteitag; die Vertragserhöhung; interne Angelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Karlshorst. Die zu heute abend einberufene Mitgliederversammlung findet nicht, wie in dem Inserat in der Sonntagsnummer angegeben, bei Sabrowski, sondern im „Fürstentbad“, Joh. Bartels, am Ende der Prinz-Balberstr. statt.

Nahldorf (Ostbahn). Am Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in Nahldorf-Süd im „Feldberg“, Köpenicker Allee 1, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse A. Stadthagen über „Die Sozialdemokratie im Kampf gegen die herrschende Reaktion“ sprechen wird.

Die Parteigenossen von Nahldorf-Süd werden dringend ersucht, sich am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, vollständig bei Wader, Köpenicker Allee, einzufinden. Die Bezirksleitung.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr beginnt im Schultzei-Restaurant, Friedrichstr. 74, der Vortragskursus. Genosse Mag. Grawwald spricht über: „Grundbegriffe der theoretischen Volkswirtschaftslehre.“ Der Kursus erstreckt sich auf 6 Diensttagabende. Der Eintritt beträgt für alle Vorträge 50 Pf. Für politisch nicht organisierte Arbeiter kostet der Kursus 90 Pf. Desgleichen können auch Einzelvorträge zum Preise von 10 bzw. 15 Pf. besucht werden. Eintrittskarten sind bei den Abteilungsleitern sowie am Eingang des Saales zu haben. Die Bezirksleitung.

Bahnsdorf, Falkenberg, Schützendorf, Waltersdorf. Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr findet im Lokal von Rentel in Bahnsdorf eine öffentliche politische Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Lebensmittelteuerung und die Weltanschauung Wilhelms II. Referent Gen. Wilhelm Rimmert. 2. Freie Aussprache. — Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. — Am Freitagabend findet zum Zwecke der Agitation von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung statt. Der Vorstand.

Potsdam. Mittwoch, den 5. Oktober d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelm, Kaiser-Wilhelmstraße, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht vom Magdeburger Parteitag. Referent Genosse Staab. 3. Vereinsfachen.

Berliner Nachrichten.

Landtagswahlwahl im vierten Berliner Wahlkreise.

Bei den gestrigen Wahlmännerwahlen errang in der zweiten Abteilung von 40 Mandaten die Sozialdemokratie 19, während die Liberalen von den bisher inne gehaltenen 22 Mandaten 11 verloren. Auch in der ersten Abteilung, in welcher 24 Wahlmänner zu wählen waren, gewannen die Sozialdemokraten ein Mandat durch das Los.

In der dritten Abteilung, in der die Wahl nachmittags von 5—8 Uhr stattfand, wurden 66 Sozialdemokraten und 1 Freisinniger gewählt.

Danach wurden im ganzen 86 sozialdemokratische und 45 liberale Wahlmänner gewählt.

Gedenkfeier für Franz Tugauer. Am gestrigen Tage, an welchem zwei Jahre verfloßen, seit Franz Tugauer von uns gegangen, wurde auf dem Friedhofe der freireligiösen Gemeinde der Grabstein enthüllt, welchen Berliner und Breslauer Parteifreunde dem Andenken des Dahingegangenen geweiht hatten.

Eine stattliche Zahl von 3—400 alter Parteigenossen und Genossinnen hatten sich zu der schlichten Feier eingefunden.

Nach einem stimmungsvollen Gesänge des Soloquartetts der „Kreuzberger Harmonie“ schilderte Genosse Walder Wanaße das Wirken Tugauers in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, in warmen Worten der überlebenden Ehegattin den Dank ausdrückend für das liebevolle Verständnis, welches dieselbe allezeit dem Wirken des Gatten entgegengebracht und übergab das Grabmal der Pflege der Hinterbliebenen.

Genosse Schüb. von den Breslauer Parteigenossen zur Feier delegiert, dachte gleichfalls der Mann des Dahingegangenen und legte das Lobnis unserer schlesischen Freunde nieder, es solle als bestes Zeichen der Dankbarkeit und Treue der Breslauer Genossen alles aufgedoten werden, den Kreis, den der Verstorbene 10 Jahre

lang in Ehren vertreten, der Partei zurück zu gewinnen, das sieg-hafte rote Banner wieder in Breslau aufzuspflanzen.

„Ein Sohn des Volkes wolle er sein und bleiben“, erklang als Schlusssatz und tief ergriffen schieden wir von der Grabstätte des alten treuen Kämpfers.

Die Ausstellung für Krankenpflege.

Die am Sonntag im Lichthof und in den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses nach einem offiziellen Spech im Sitzungssaal eröffnet wurde, ist der Staff für den seit gestern ebendort tagenden pädagogischen Kongress. Inhaltlich recht reich für den Anfang und interessant, aber im Hinblick auf die unhaltbaren Zustände des Krankenhauswesens doch so etwas wie eine optische Täuschung. In bürgerlichen Blättern, die das rein Neugierliche auf sich wirken lassen, lesen wir denn auch bereits, daß es nach dem Eindruck dieser Ausstellung, der ersten ihrer Art, in den modernen Krankenhäusern nicht so schlimm und mittelalterlich zugehen könne, wie es noch häufig in gruseligsten Artikeln behauptet werde. Das ist die düstige Anekdote der Gurgelgänger, Oberflächlichen, die auch noch das Judashaus für einen Erholungsaufenthalt ansehen, wenn es eine schöne Fassade hat. Gleichwohl verkennen wir nicht den humanitären Wert der Veranstaltung, soweit sie die reine Pflege der wirklich Geisteskranken zur Anschauung bringt. Die Erklärung des Eröffnungsvorredners, Professore Dr. Alt, daß in den letzten Jahrzehnten auf keinem Gebiete der Krankenpflege so Großes geschehen sei, läßt sich hören. Nicht so die andere Meinung, daß die Vorurteile und Vorurteile gegen die Krankenpflege unberechtigt seien. Einen erheblichen Umfang der Ausstellung nimmt an Bänden und auf Tafeln das statistische Material ein. Die Zahl von 150 000 Betten in den deutschen Krankenhäusern, wovon rund 16 000 auf Privatniederlassungen entfallen, kann auf den ersten Blick imponieren. Eine andere, hier natürlich nicht berührte Frage ist es, wie viele Tausende, die nicht geisteskrank waren oder wenigstens nicht jahrelang in eine geschlossene Anstalt gehörten, schon in diesen Betten kampiert haben. Grausig ist die neueste statistische Tabelle Kröpfelins, wonach in dem letzten Jahrzehnt der fünfte Teil aller zur Unterbringung gekommenen Internierungen auf den Alkohol zurückzuführen ist. Wenn da noch nicht die Augen aufgehen, daß das Alkoholhospital die Volkswirtschaft verheert und daß der Schnapsboom mit allen Mitteln durchgeführt werden muß, der verdient die Amnestie auf das Irrenhaus. Die Summen, welche in den letzten Jahren für die rationelle Krankenpflege ausgegeben wurden, sind enorm. So zeigt die Kroving Sachen in Form von Geldsätzen, wie sich die Ausgaben von 330 000 M. vor 34 Jahren auf über drei Millionen im laufenden Jahre gesteigert haben. Wogern stellt Holzwürfel aus, die die wachsende Zahl der verpflegten Geisteskranken darstellen. Man solle aber, wie bei der Eröffnung betont wurde, aus der fortgesetzt steigenden Zahl der Pflegetlinge keinen vorzeitigen Schluß auf geistige Entartung unseres Volkes ziehen, vielmehr werde dadurch nur die erhöhte Fürsorge bewiesen. (?) Sehr reich ist die Zahl der ausgestellten Anstaltsbilder in Form von Reliefs und Photographien. Durch besonders schöne und praktische Anlagen ragen die Anstalten in Lichtspringe, Kiebelben, Gelfing mit prächtigem Waldbestand hervor; die von Ehrenmännern mächtige Anstalt Wittenberg mit Modellen von Luft- und Schwimmbädern. Von Berliner städtischen Anstalten sind Herzberge und Wuhlsparten mit Aufzugsmodellen vertreten, als neuester Anstaltsbau die Provinzialanstalt Leutpitz.

Das Zentralisierungssystem ist gänzlich ausgeschaltet, alles nach dem Pavillonplan gebaut. Erfolgreich ist es, daß alle großen Anstalten auf den Bau ungeschlossener Landhäuser immer höheren Wert legen. Wo Pflegerhäuser im Modell ausgestellt sind, kann man mit den Einrichtungen im großen und ganzen zufrieden sein. Die noch inmitten der Krankenhäuser ausgestellten Pflegebetten sind als solche natürlich nirgends kennlich gemacht. Große Fortschritte hat die moderne Therapie gemacht. Wir sehen die gepolsterten Krankenbetten und auch die Folterzellen meist jedes beunruhigenden Beweises entbehrend. Ausstatterie Hwangshaden hat man nicht mal als Kuriosität ausgestellt. An ihre Stelle ist das Dauerbad getreten, über dessen Bedeutung als Heilmittel ja zwischen den Irrenärzten und der Laienwelt noch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Für Wasserbäder in Permanenz und als belichtete Disziplinarmittel gegen Kranke können wir uns nicht begeistern. Einen hochinteressanten Teil der Ausstellung nehmen die gewerblichen Arbeiten von Anstaltspatienten ein. Besonders hervorzuheben sind wahre kleine Kunstwerke aus der Edelstein-Anstalt in Charlottenburg sowie aus der Anstalt für Idioten und Epileptische in Potsdam. Die Potsdamer Idiotenanstalt glänzt mit sehr praktischen Erziehungsmitteln.

Wir können den Besuch der Ausstellung, die bis zum 10. Oktober von 10—5 Uhr geöffnet bleibt, auch allen Laien nur empfehlen. Sie bringt in die sonstige Irrenhausausweise manches persönliche Moment. Heute (Dienstag) abends 8 Uhr spricht in der Ausstellung Prof. Windwanger-Jena über: „Wie erhalten wir unsere geistige Tätigkeit gesund?“, um 9 Uhr Dr. Weber-Göttingen über die Frage: „Köht sich eine Zunahme der Geisteskranken feststellen?“

Der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in Berlin

hätte am 1. Oktober eine eigenartige „Gedenkfeier“ begehen können. In diesem Tage war genau ein Jahr verfloßen, seit seinen Lehrlingsabteilungen die Turnhallen der Stadt gesperrt worden waren. Inzwischen ist's ja anders gekommen als die Gegner der Arbeiterturnvereine es sich gedacht hatten. Die staatliche Schulaufsichtsbehörde hat es erleben müssen, daß dem letzten Mittel, mit dem sie den Lehrlingsabteilungen der Arbeiterturnvereine das Lebenslicht hatte ausblasen wollen, durch Urteil des Reichsgerichts der Schein des Rechts genommen wurde. Der Magistrat der Stadt Berlin und seine Schuldeputation, die vor einem Jahre auf Befehl des Provinzial-Schulkollegiums über die Lehrlingsabteilungen des Turnvereins „Fichte“ die Turnhallenperre verhängt hatte, wurden nach diesem Urteil bald vom Verein vor die Frage gestellt, ob sie aus der Klärung der Rechtslage ihre Konsequenzen ziehen wollten. Sein Gesuch, ihn fortan die Turnhallen der Stadt auch für Lehrlingsabteilungen wieder zu überlassen, wurde dann, wie bereits bekannt, zunächst grundsätzlich zustimmend beantwortet. Dabei dürfte der bezügliche Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, der Ende Juni eingebracht worden war, aber erst nach den Sommerferien Anfang September verhandelt wurde, mitgeholfen haben, dem Magistrat und der Schuldeputation eine zustimmende Entscheidung abzurufen. Nunmehr hat die Schuldeputation namens des Magistrats dem Vorsitzenden des Turnvereins „Fichte“ zwei Schreiben zugehen lassen, durch die dem Verein für seine Lehrlingsabteilungen dreizehn Turnhallen zur Verfügung gestellt werden. Für noch ein paar andere Turnhallen, die der Verein gleichfalls zu benutzen wünscht, wird die Genehmigung hoffentlich bald nachfolgen. Die Schreiben sind datiert das eine vom 28. September, das andere vom 29. September, und beide sind am 1. Oktober der Post übergeben worden. Ausgerechnet am 1. Oktober, am Jahrestage der Turnhallenperre! Beide Schreiben enthalten den wunderlichen Satz, daß „jede Erörterung politischer Angelegenheiten in den Turnhallen verboten ist“. Meint die Schuldeputation mit dem Magistrat, daß der Turnverein „Fichte“ in seinen Turnstunden politische Versammlungen abhält? Oder soll es

schon als Erörterung politischer Angelegenheiten gelten und verboten sein, wenn zwei oder drei Turner sich z. B. über die Lebensmittelteuerung, die Wahlrechtsfrage und ähnliches unterhalten?

Der Verein wird nun mit seinen Lehrlingsabteilungen wieder in die Turnhallen der Stadt einziehen. Daß er aus dem Kampfe nicht geschwächt, sondern gefärtert hervorgeht, dafür haben die turnenden Arbeiter Berlins gesorgt. Zu seinen früheren Lehrlingsabteilungen kommt jetzt eine neugegründete 15. Lehrlingsabteilung; die Männerabteilungen vermehren sich um eine 16., die am heutigen Dienstag in der Turnhalle der 288./289. Gemeindeschule (Senefelderstraße) eröffnet wird; und in Kürze wird eine neugegründete 3. Damenabteilung ihre Tätigkeit beginnen. Der Verein zählt jetzt 8000 Mitglieder. Seine eigenen Turngeräte haben einen Wert von 25 000 M., an Riete für Ränne und Plätze zahlte er zuletzt 8500 M. pro Jahr, für Unterstüßung von Arbeitslosen bei Partien gab er im letzten Jahre 1000 M. aus. Zur Erriehung eigener Turnhallen ist ein Baufonds geschaffen worden, der jetzt über 4300 M. verfügt. Der Arbeiter-Turnverein „Fichte“, der nun seit 20 Jahren besteht, rechnet darauf, daß er weiter in den Reihen der Arbeiterschaft alle Unterstüßung finden werde.

Ein neuer Streich der „falschen Osbame“. Der neunzehnjährige Kaufmann Julius Eichbaum aus Groß-Lichterfelde, der kürzlich durch seinen Versuch, in eleganter Damentouillette in das Palais des Kronprinzen einzudringen, von sich reden machte, ist abermals in Frauenkleidern durch die Straßen Berlins gewandert und von der Polizei verhaftet worden. Ein Kriminalbeamter, der am Sonnabend abend gegen 10 Uhr in einer Konditorei in der Nähe des Jungfernstieges weilte, beobachtete an einem Nebenwege ein Paar, das leise flüsterte. Die Dame, eine hochgewachsene, schlanke Erscheinung mit einem Titulus, in elegantem Straßenkostüm, hatte eine ungewöhnlich tiefe Stimme und ihre Bewegungen waren so wenig denjenigen einer Frau angemessen, daß der Beamte Verdacht schöpfte. Er trat deshalb an sie heran und ersuchte sie, sich zu legitimieren. Der Herr und die Dame versuchten die Flucht zu ergreifen, was ihnen aber nicht gelang. Sie wurden nach dem zuständigen Polizeirevier gebracht. Hier nannte der männliche Begleiter, ein neunzehnjähriger Kaufmann, seinen Namen und wurde sofort entlassen. Anders die Dame, aus der kein Wort herauszubekommen war; sie mußte sich entscheiden, da man in ihre eine Verbrechlerin vermutete. Es stellte sich aber heraus, daß die Verhaftete ein Mann war, der jetzt eingekerkert ist, daß der neunzehnjährige Kaufmann Julius Eichbaum aus Lichterfelde sei und dort bei seiner Mutter wohne. Die Mutter des jungen „Mannweibes“ wurde sofort telefonisch benachrichtigt. Gleichzeitig wurden die von der Polizei behandelnden Ärzte Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Ivan Bloch, die Eichbaum seit der Affäre in Potsdam auf seine geistige Zurückbildung beobachteten, ersucht, sich nach der Revidierung zu äußern. Die Ärzte erklärten, daß der Neunzehnjährige ein Transvestit sei und übernahm seine Ueberführung nach der elterlichen Wohnung. — Im übrigen dürfte es in der Potsdamer Affäre kaum zu einem gerichtlichen Nachspiel kommen, da die ausschließlichen Nachbater der beiden Ärzte die geistige Unzurechnungsfähigkeit des jungen Mannes bekannt haben.

Aus Liebesgram in den Tod ging die Sonne des Fürsten Pleh, die vor vier Tagen aus der Wohnung der Fürstin Pleh in Groß-Lichterfelde verschwand und gestern als Leiche aus dem Zeltortskanal gefunden wurde. Die 23jährige Jeanette Miquel befand sich seit dem Juli dieses Jahres im Dienste der Fürstin v. Pleh. Das junge Mädchen, das sonst heiter und lebenslustig war, stand in legem Briefwechsel mit einem Angehörigen der Berliner Gesellschaft. Vor vier Tagen erhielt die Erzieherin einen Brief ihres Geliebten, der folgendermaßen lautet: „Geliebte! Es ist unmöglich! Habe heute keine Zeit, morgen brieflich näheres.“ Rudy dem Empfang dieses Schreibens verließ Fräulein Miquel in großer Aufregung das Haus der Fürstin und machte ihrem Leben ein Ende.

Mit einem niederträchtigen Gaunertrick operiert seit einiger Zeit ein Schwindler. Der gefährliche Bursche sucht seine Opfer unter den Stellungslosen der Metallbranche. Er erläßt Bekanntmachungen, wonach er infamde ist, tüchtigen Schloßern, Eisenbrechern und anderen Arbeitern der Metallbranche außerordentlich günstige Stellen zu verschaffen. Er verspricht den Bewerbern einen Wochenlohn bis zu siebzehn Mark. Welchen sich nun Reflektenten, so teilt ihnen der Betrüger auf einem hektographierten Schreiben mit, er sei in der Lage, die betreffenden Posten zu verschaffen, wenn eine Gebühr von zehn Mark entrichtet werde. Das Geld läßt er sich postlagernd einsenden. Vor dem Gauner, der lediglich in betrügerischer Absicht handelt, kann nur dringend gewarnt werden.

Ein aufregender Vorgang hat sich Sonntag nachmittags auf dem Müggelsee abgespielt. Bei einem Bootverleiher hatte sich ein unbekannter etwa 30jähriger Mann ein Ruderschiff gemietet. Er fuhr auf dem Fahrzeug etwa hundert Meter in den See hinaus, als plötzlich ein Schuß krachte. Am Rande des Bootes stehend, hatte sich der Ruderer eine Revolverkugel in die Brust gejagt. Der Lebensmüde stürzte nun vornüber in den See hinein und verschwand in der Tiefe. Die Leiche des Selbstmörders konnte nicht geborgen werden. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Berliner.

Ein tödlicher Unfall ereilte gestern nachmittags die 73jährige Elfriede Kias, die Tochter des in der Frankfurterstraße 6 wohnenden Postbeamten K. Das Kind spielte mit mehreren Mitspielerinnen vor dem Hause Frankfurterstraße 19 und lief in dem Augenblicke über den Damm, als die Kraftfahrtschleife 9512 herankam. Die Kleine wurde umgestoßen und geriet unter das schwere Gefährt, dessen Räder ihr über Kopf und Brust hinweggingen. Das Kind wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht, verstarb jedoch bereits auf dem Wege dorthin. Die Leiche wurde polizeilich bestattungsmäßig. Den Chauffeur soll nach Zeugenaussagen keine Schuld treffen.

Ein netter Bankdirektor war der 85 Jahre alte Karl Diedmann aus der Prinzenstr. 76, der vorgestern von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Von Hause aus Kellner, gründete Diedmann vor einigen Monaten in der Prinzenstraße ein Bankgeschäft, das er nach Art einer Großbank mit Schaltern und dergleichen schön einrichtete, auch ein großes Gelddepot stellte er in die Räume, sodas es den Kunden gleich ausfallen mußte. In großen Buchstaben stand am dem Geschäft „Deutsche Bank“ angeschrieben, darunter in kleiner Schrift „Gesellschaft m. b. H.“. So mußten die Kunden, die nicht genau hinsahen, glauben, daß sie es mit der Deutschen Bank zu tun hätten. Diedmann wollte sein Geschäft auch in das Handelsregister eintragen lassen, sein Antrag wurde aber abgelehnt, weil ihm alle Betriebsmittel fehlten. Die zahlreichen Angestellten sahen inständig hinter den Schaltern, um so fleißiger aber arbeitete der Herr Direktor in seinem Privatloft hinter den Betriebsräumen. Seinen Anknüpfungen nach besahe er sich mit der Annahme und Beilegung von Effekten und Sparkonten, in Wirklichkeit aber betrieb er Darlehensschwindel und Vermittlung von Schiebshypotheken, an denen etwas zu verdienen war. Der ihn um ein Darlehen gegen Bürgschaft anging, der mußte die Unkosten für die Prüfung seiner „Bonität“ im Voraus bezahlen. Nach einigen Wochen bekam er dann die Nachricht, daß seinem Gesuch nicht entsprochen werden könne, weil die Auskünfte schlecht ausgefallen seien. Die Gebühr hatte der Schwindler eingeleistet, ohne sich weiter zu bemühen. Diese Gebühren mußten aber dem Bankdirektor wohl noch nicht genug einbringen. Deshalb legte er sich auch noch auf den Kautionschwindel. Den Bankherren und Kassenboten, legte er einen hektographierten Vertrag vor, den sie zu unterschreiben pflegten, ohne ihn gelesen zu

Haben. Die Bürgerschaft tat der Herr Direktor vor den Augen der Leute in das schöne Geldspind, einen Kautionschein aber handigte er ihnen nicht aus. Wenn nun die Angestellten, die nichts zu tun fanden, bald mißtrauisch wurden, dem Herrn Direktor Vorstellungen machten und andeuteten, daß sie gern ihr Geld wieder haben möchten, so wurde ihnen der Betrag vorgelegt, und erst jetzt sahen sie, was für nette Bestimmungen sie unterschrieben hatten. Zunächst erfuhren sie aus dem Schriftstück, daß sie nur auf zwei Monate auf Probe angestellt, aber trotzdem erst nach sechs Monaten berechtigt waren, ihre Kautionsurkunde zurückzufordern. Eine andere Bestimmung sagte ihnen, daß sie, wenn ihnen die Verhältnisse bei der Bank nicht paßten, sofort zur Disposition gestellt werden könnten. Wenn sie auch damit nicht zufrieden waren, so konnten sie ihre sofortige Entlassung nur durch Zahlung einer Konventionalstrafe von 500 M. abwenden. Diesen schönen Vertrag legte Diekmann jedesmal mit der Bürgerschaft zusammen in sein Geldspind. Er gehörte, wie Diekmann sagte, zu den Personalisten des Angestellten und wurde jedesmal hervorgeholt, sobald jemand zu mutieren wollte. Der Leiter eines Zweiggeschäftes der famosen Bank, der 1800 M. Bürgerschaft stellte, verlangte, daß diese bei der Deutschen Bank hinterlegt werden sollten. Herr Diekmann erwiderte, mit der Deutschen Bank habe er nichts zu tun, er arbeite nur mit der Reichsbank. Dort werde er schon allein das Geld hinterlegen, die Mitwirkung des jungen Mannes brauche er dazu nicht. Einen Hinterlegungschein bekam der Angestellte natürlich nicht zu sehen. Der Filialleiter verklagte aber Herrn Diekmann und so kam der ganze Schwindelbetrieb ans Licht. Das Geschäft ging so gut, daß Diekmann in der Habburger Straße 14 zu Schöneberg eine zweite Filiale einrichten konnte, diese wurde, nachdem der Herr Direktor vorgelesen festgenommen worden war, ebenso wie das Hauptgeschäft geschlossen. Der Verhaftete hat durch Kautionschwindel allein in wenigen Monaten 8000 M. erbeutet. Wieviel ihm der Darlehensschwindel eingebracht hat, steht noch nicht fest. In dem Privatkontor des Herrn Diekmann, das kein Angestellter betreten durfte, fand die Kriminalpolizei viele Schriftstücke von Darlehensnehmern, die sich bei dem Herrn Direktor blätter beklagten. Die schöne Einrichtung der Bank hatte Diekmann, wie sich jetzt ergab, einem Fräulein für ein Darlehen von 9000 M. verpfändet.

Als Logischschwinder und Logischdieb macht ein 34 Jahre alter aus Galabode gebürtiger Schlosser Otto Müller, vor dem schon seit Mai dieses Jahres wiederholt gewarnt wurde, noch immer Berlin und die Vororte unsicher. Er gibt sich für einen Ingenieur oder Monteur aus Hannover oder Magdeburg aus, nimmt kleine Fuhrleute an, schwindelt ihnen vor, daß er sein Geld in dem Gehärd habe, daß sie angeblich vom Bahnhof abholen sollen und nimmt ihnen unterwegs unter der Vorpiegelung, daß er zum Einlösen der Sachen noch etwas brauche, Vorgeblich ab. Er arbeitet auch mit gefälschten Postnachsendungsanträgen und Depeschen und nimmt in der letzten Zeit auch jede Gelegenheit zum Diebstahl wahr. Der Schwinder, der im Jahre 1908 aus der Zrennaustraße Kietleben bei Halle entsprungen ist und noch eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren zu verbüßen hat, wird von 15 deutschen Behörden gesucht. Die Kriminalpolizei warnt erneut vor ihm. Er ist etwa 1,70 Meter groß und schlank, hat dunkelblondes, vorn hochstehendes Haar, einen dunkelblonden, feinen dünnen Schnurrbart und ein längliches, rötliches, podernarbiges Gesicht.

Das Walhalla-Theater am Weinbergweg hat sich am Sonnabend in einer neuen Aufmachung aufgelöst: in der Vorstellung einer Allwelts-Revue, betitelt: Erabal Da Capob In fünf Bildern: Die Himmelskonferenz, Ein internationales Sportfest, Auf der Brüstler Weltausstellung, Im Friedriehshain und Der Tanz der Welt ging die Revue in Szene. Gute und schlechte Witze, pointenreiche Klipps und Duets sind hübsch verteilt. Dazwischen sind recht geschickt gute Spezialitäten, wie Kunstschachereien, Diabolospieler u. a. eingestreut. Dabei hat die Direktion es an glänzender Ausstattung nicht fehlen lassen. Den Höhepunkt des Abends bildet ein Ballett: Die lebende Reichsbank und ein Sportballett. Wir glauben, daß die Direktion mit ihrer neuen Attraktion ein ständig volles Haus auf lange Zeit hinaus sich gesichert haben dürfte.

Schildkraut im Varieté. Nachdem das Publikum genügend darüber vorbereitet war, daß und warum Rudolf Schildkraut ein Jahr lang nicht mehr Leer und Syllod im Deutschen Theater spielen wird, konnte das Ereignis am Sonnabend im Apollo-Theater vor sich gehen. Als Nr. 5 des reichhaltigen Programms erschien nach einer Violinvirtuosin und vor Sieela Sauerbros humoristischer Breitenkunst — Schildkraut. Es ist ja nicht das erste Mal, daß ein Bühnenkünstler zum Varieté geht und es ist ja auch nicht Kompromittierliches darin. Nur so offen eingestanden ist der Zweck des Besuchs wohl noch nie. (Dah auch der große Reiz schließlich nur des lieben Geldes wegen noch die Bühne betrat, hat sein Direktor Paul Schlenker angeplaudert.)

Das Varieté ist reformbedürftig. Daran ist um so weniger zu zweifeln, weil die von den Künstlerkreisen ausgehenden Versuche bisher hier wenig ausgerichtet haben. Aber Schildkraut wird die Reform nicht bringen. Das für ihn von dem Ungarn Leungel auf Bestellung geschriebene Stück „Der Schatten“ ist durchaus eine Effektmachine ältesten Genres. Frei nach Kean wird hier der Schauspieler vorgeführt, in dem das Spiel von der Wirklichkeit herabsteigenden Wahnsinns abgelebt wird. Man könnte sich für Schildkraut höhere und größere Aufgaben auch im Varieté denken. Aber immerhin bieten sich ihm auch hier Gelegenheiten. Schildkraut spielt einen seltsam verdächtigten alten Schauspieler, in dem der neue Direktor den richtigen Darsteller für den Schatten, eine symbolische Gestalt des Schreckens, wittert. Wie der längst an seiner Kunst Verzweifelte zu neuen Hoffnungen sich aufstacheln läßt, das gab Schildkraut mit ergreifender Kunst. Als Analeffekt aber ist die andere Szene gedacht, da der Schauspieler mit immer unheimlicher werdender Echtheit den Schrecken darstellt, da er das Drama seines eigenen Lebens darin erlebt, bis er in wirklichem Wahnsinn Spiel und Stück untergehen läßt.

„Der Vierwaldstätter See und der St. Gotthard“ lautet der neueste Vortrag, der von zahlreichen Lichtbildern und Wandelpanoramen unterstützt in der Urania in der Landenstraße gehalten wird. Der Vortrag gibt eine Schilderung aus den Urantonen der Schweiz und kann dessen Anhörung nur bestens empfohlen werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern morgen um 7 1/2 Uhr. Der 10jährige Kaufmann Paul Bauer wollte auf dem Anhängewagen der Linie 60 in der Prenzlauer Allee, welcher sich in voller Fahrt befand, hinauffspringen. Er stürzte ab und kam unter dem Anhängewagen zu liegen, welcher über das rechte Bein fuhr. Bauer wurde nach der Unfallstation in der Reibelstraße gebracht, wo selbst festgestellt wurde, daß das Bein mehrfach gebrochen war und außerdem die Wadenmuskeln herausgerissen sind.

Ein großer Brand beständig in der Nacht zum Sonntag die Weiden von Vorkhan-Nummelsburg und Stralau sechs Stunden lang in der Hauptstraße 78 in Nummelsburg. Dort stand um

Mitternacht die Schneidemühle von Schmidt u. Co. total in Flammen. Diese hatten an den Holzborräten, besonders an Brettern, reiche Rohrung gefunden. Mehrere Schuppen und Bretterkabel sowie das Maschinenhaus sind niedergebrannt. Mit acht Schlauchleitungen mußte stundenlang Wasser gegeben werden, bevor es gelang, die Nacht des Feuers zu brechen. Erst gegen 6 Uhr früh konnten die Feuerwehren wieder abrücken. Die Entstehung des Brandes konnte noch nicht aufgeklärt werden. Der Schaden ist ganz bedeutend, soll aber durch Versicherung gedeckt sein. Der Feuerschein, der weithin die Nacht erlebte, hatte eine große Menschenmenge herbeigerufen, die zum Teil sich auch an der Lösung beteiligte.

Eine Palliativ für Radiumbehandlung ist in der Neuen Winterfeldtstraße 20 eröffnet worden. Die Klinik ist geöffnet täglich von 8—9 Uhr abends. Radiumbehandlung wird in neuerer Zeit bei Behandlung von mit Gicht und Rheumatismus behafteten Personen angewendet.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Kunststr. 25/27, ist im Monat September von 7783 Personen besucht worden. In der Lesehalle wurden außer Zeitungen und Zeitschriften 607 Bücher gelesen, nach Hause entliehen 3259 Bände, zusammen 3866, von denen 1120 wissenschaftlichen oder belehrenden Inhalts waren. Die Lesehalle ist werktäglich geöffnet von 12—3 Uhr mittags, 8—10 Uhr abends, Sonntags von 10—1 und 5—10 Uhr.

Radrennen in Treptow. Die Rennen am Sonntag, den 2. Oktober, erfreuten sich dank des außerordentlich milden Wetters eines guten Besuches, verliefen aber ziemlich interesselos. Ein 50 Kilometer-Rennen in zwei Läufen über 20 und 30 Kilometer sah den Schweizer J. Müller jedesmal als sicheren Sieger das Ziel passieren. Von seinen Gegnern hielt sich Erzleben am besten und hätte ohne seinen Rad- und Motorradwagen wohl eine bessere Rolle gespielt, während er so im zweiten Lauf durch das Verlegen seiner Führungsmaschine ganz zurückfiel und auf dem letzten Platz endete. Die beiden anderen Teilnehmer Tzbus und Müngner endeten jedesmal mit weitem Abstand und ließen sich willenlos überwinden. — Die Hitzgerrennen brachten wie üblich ein Wassenaufgebot von Fahrern an den Start. Alle Rennen konnten ohne Unfall beendet werden.

50 Kilometerrennen. 1. Lauf (20 Kilometer): 1. J. Müller, 17 Min. 50 1/2 Sek.; 2. Erzleben, 1970 Meter; 3. Tzbus, 2040 Meter; 4. Müngner, 2600 Meter. — 2. Lauf (30 Kilometer): 1. J. Müller, 26 Min. 09 Sek.; 2. Müngner, 3470 Meter; 3. Tzbus, 3590 Meter; 4. Erzleben, 3200 Meter.

Ralfahren. 900 Meter. 20, 15, 10 und 5 M. 1. W. Tzbus, 2. P. Müller, 3. Schmittchen, 4. Wehrle. — 2. Lauf (30 Kilometer). 20, 10 und 5 M. von der Prämienfahnen. 6000 Meter. 20, 10 und 5 M. von der 5. Runde des Ersten 3 M. 1. Schmittchen, 2. Abraham, 3. P. Müller.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zwei Stadtverordneten-Ergänzwahlen in der dritten Wählerklasse sind am 3. November vorzunehmen: im 5. Bezirk für unseren nach Rixdorf verzogenen Genossen Wartsch, und im 1. Bezirk für den unter Hinterlassung einer beträchtlichen Schuldenlast ins Ausland verdrifteten früheren Stadtverordneten Vogel, der der liberalen Fraktion als Mitglied angehört. Vogel war im Jahre 1907 in der Stichwahl gewählt worden. Nach der Neueinteilung der Wahlbezirke im Jahre 1909 ist der erste Bezirk von der Sozialdemokratie erobirt worden. Der fünfte Bezirk ist seit langen Jahren sozialdemokratisch vertreten. Es ist also Ehrentpflicht der Charlottenburger Arbeiter, alles aufzubieten, um das eine Mandat zu behaupten und das andere neu zu erobern. Die Liberalen machen die größten Anstrengungen, den Sieg zu erringen, sie arbeiten mit Hilfe ihrer Bezirksvereine, der Grundbesitzervereine und des Mittels der persönlichen Agitation; aber all das wird ihnen nichts nützen, falls die Sozialdemokratie auf dem Posten ist. Schon jetzt verfügen die Liberalen über eine Zweidrittelmehrheit im Stadtparlament, ihr Streben ist darauf gerichtet, allmählich die Alleinherrschaft zu erobern und das Klagenwesen, das schon jetzt wahre Drogen feiert, zur vollen Wille zu bringen. Richt nach ihren Fähigkeiten werden die Kandidaten ausgewählt, sondern nach der Stellung, die sie in ihren Bezirksvereinen einnehmen. Die politische Ueberzeugung spielt dabei keine Rolle, und so kommt es denn, daß in der liberalen Fraktion, die früher, als sie noch klein an Zahl war, sich mit Stolz zu einer bestimmten politischen Richtung bekannte, heute ausgesprochene Hausagrarier neben sogenannten Wohnungsreformern, waschechte Rationaliberale mit konsequenstem Einschlag neben Anhängern der Fortschrittlichen Volkspartei, unentwegte Anhänger des plutokratischen Gemeindevorstands und Befürworter des Hausbesitzerprivilegs neben vereinzelt Anhängern eines freien Gemeindevorstands zählt, die einzig und allein durch das Bewußtsein zusammengehalten werden, daß sie einer Handvoll Führern als Stimmziele dienen und nach deren Pfeife tanzen müssen, wenn anders sie nicht nach Ablauf ihrer Wahlzeit abgesetzt werden wollen. Daß von einer so bunten zusammengewürfelten Pflanzheit ein zielbewusstes Vorgehen namentlich auf dem Gebiete kommunaler Sozialpolitik nicht zu erwarten ist, ist einleuchtend, und so nimmt es denn durchaus nicht Wunder, daß — um nur ein Beispiel zu erwähnen — unmittelbar nachdem die städtischen Körperschaften die Errichtung eines Wohnungsamtes beschlossen haben, „liberale“ Stadtwähler in Hausbesitzervereinen gegen diese Einrichtung Sturm laufen. Das wird dieselben Herren natürlich nicht hindern, im Wahlkampf das übrige zuerst von sozialdemokratischer Seite angeregte Wohnungsamt als „liberale“ Schöpfung zu preisen. Gewiß ist Charlottenburg in mancher Beziehung anderen Gemeinden voraus, aber das liegt einmal daran, daß die Stadt über reiche Mittel verfügt, und zweitens an dem unablässigen und unermüdblichen Drängen der kleinen sozialdemokratischen Fraktion. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu stärken und so ein Gegengewicht gegen die pflanzenweiden Liberalen zu bilden, muß jedem am Herzen liegen, dem das Wohl der Gesamtheit über alles geht. So dürfen wir denn hoffen, daß dem in Charlottenburg besonders froh wirkenden Dreiklassenwahlsystem zum Trost und obwohl der Vertreter des 5. Bezirks ein Hausbesitzer sein muß, in beiden Bezirken die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt werden.

Schöneberg.

Umfangreichen Diebstahlsfällen ist die hiesige Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Seit Jahresfrist wurden bei dem Schlächter-

meister R. in der Ufflandstraße fortgesetzt größere Quantitäten Wurst- und Fleischwaren gestohlen. Obwohl längere Zeit hindurch Beobachtungen angestellt wurden, wollte es anfangs nicht gelingen, den Tätern das Handwerk zu legen. Jetzt endlich hat die Polizei zwei ehemalige Gefellen des Schlächtermeisters als Täter ermittelt. Die beiden haben im Laufe der Zeit für mehrere tausend Mark Fleisch gestohlen und an verschiedene Hefler „verschärft“. Die ganze Diebstahlsaktion wurde verhaftet.

Rixdorf.

Von Straßbirnen überfallen und beraubt wurde in der vergangenen Nacht in Rixdorf der Arbeiter Franz Freig aus der Voerchstraße. Als er um 3 Uhr früh die Straße am Wasser-turm entlang ging, sprachen ihn in der Nähe des Mühlenweges drei Birnen an. Raum hatte er die angebotene Begleitung abgelehnt, als die Weiber mit vereinten Kräften über ihn herfielen, ihn zu Boden warfen und mißhandelten, dann raubten sie ihm sein Geld und die Arawatennadel. Eine der Birnen konnte später verhaftet werden.

Mariendorf.

Bei der am Montag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl für den Ortsteil Mariendorf wurden Stimmen abgegeben für den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Hermann 560, für den „Demokraten“ Graf vier und für den früheren bürgerlichen Vertreter des Bezirks, Herzberg, eine Stimme. Heute Dienstag findet die Fortsetzung der Wahl für den Ortsteil S. b. e. n. d. e. statt. An der Wahl unseres Genossen Hermann dürfte jedoch nicht mehr zu zweifeln sein.

Röpenitz.

Bei einer Spiritusexplosion schwer verbrannt wurde der sechsjährige Schüler Hermann Weber, Amisfeld 2. Der Kleine hatte während der Abwesenheit der Eltern an einem Spirituslocher Kaffee wärmen wollen. Dabei beging der jüngere Bruder die Unvorsichtigkeit, frischen Spiritus auf die Flamme nachzugießen. Im nächsten Augenblick erfolgte eine Explosion und die Stuchlamme traf den Älteren W. Der Kleine brannte bald Lichterlos. Durch herbeigeeilte Nachbarkräfte wurden die Flammen erloscht, doch hatte der Knabe bereits so schwere Brandwunden am Körper und im Gesicht erlitten, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Spandau.

Die Arbeiter-Samariterkolonne hält am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Böhl, Habelstraße 20, einen Uebungsa-bend ab, zu dem ein Arzt seine Mitwirkung zugesagt hat. An-meldungen werden noch entgegengenommen, auch ist das Erscheinen von Gästen erwünscht.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtrat Kampffmeyer hat aus Gesundheitsrücksichten am 1. Oktober seinen Posten niedergelegt. — Ein langes Debattieren brachte ein Magistratsantrag, den Schulvertrag mit Cecilienhöhe bis zum 1. April 1911 zu verlängern. Dieser Vertrag hat bereits im März dieses Jahres eine Verlängerung erfahren. Es will den Stadtvätern gar nicht gefallen, daß man abermals mit einem solchen Verlängerung an sie herantritt, zumal die Gründe für die Verlängerung dieselben geblieben sind, nämlich die in Aussicht genommene Eingemeindung. Nachdem man diverse Reden gehalten hatte, wurde der Magistratsantrag unter der Bedingung angenommen, daß eine neun-köpfige Kommission eingeleitet werde, die zu prüfen hat, ob die Eingemeindung von Cecilienhöhe wirklich für Potsdam so wichtig ist, wie sie vom Magistrat behauptet wird. Die Summe von 687 000 Mark soll bei der städtischen Sparkasse geborgt werden, um damit die Schulden aus den Anläufen des Luisen-hofes und des Regersden Grundstückes in der Luisen-strasse zu decken. Am 19. Juli fand eine Königin-Luisenfeier statt. Die Mittel im Betrage von 174,50 M. wurden anstandslos nachbewilligt. — Ebenfalls nachbewilligt wurden 150 M. für die Veteranen, die sich am Sedantage mit einem Geldbetrag von 10 M. beschicken ließen. Die damals ausgeworfenen Mittel reichten nicht aus und ein Teil der Veteranen mußte umkehren. — Ein Antrag des Stadts. Decca verlangt, daß den städtischen Beamten die eventuellen Ristrenten auf ihr Gehalt mit angerechnet werden sollen, er ist der Ansicht, diese Beamten seien durch die Renten in finanzieller Beziehung ihren Kollegen gegenüber bevorzugt. Die Antwort des Magistrats war eine abschlägige, der sich auch die Stadtverordneten anschließen. — Die Wäzerei des Grundstücks Luisenhof soll auf sechs Jahre verpachtet werden. Die jährliche Pacht beträgt 3000 M. Die Stadt kann den Vertrag auf drei Jahre vorher kündigen, muß dann jedoch bis 1916 pro Jahr 1000 M. Entschädigung zahlen.

Witterungsüberblick vom 3. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Station	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temperat. in °C	Station	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temperat. in °C
Stommende	761 S	4 halb bb.	12	Wolkenlos	12	Daparanda	769 S	1 mollig			-2
Danzburg	762 S	3 Dunst	15	Wolkenlos	15	Vetersburg	770 S	1 bedeckt			8
Berlin	764 S	2 bedeckt	13	Schwül	13	Schwül	767 S	5 mollig			12
Frankf. a. M.	766 S	3 Dunst	15	Wolkenlos	15	Werdum	762 S	3 mollig			11
München	768 S	4 halb bb.	14	Wolkenlos	14	Werdum	769 S	3 mollig			11
Wien	769 S	Wolkenlos	12								

Wetterprognose für Dienstag, den 4. Oktober 1910.

Etwas kühler, veränderlich, vorherrschend wolfig mit häufigen Regenfällen und ziemlich lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	2. 10.	1. 10.		2. 10.	1. 10.
Remel, Elbe	112	-1	Saale, Großh.	100	-6
Wagel, Rixdorf	—	—	Saale, Spandau	75	-5
Beisel, Elbe	89	+10	Matthote	97	+1
Oder, Rathow	201	-5	Spree, Spremberg	104	0
Strofen	294	+5	Beesfau	158	0
Frankfurt	273	+6	Weser, Minden	-66	+6
Wärthe, Schrimm	3	0	Weser, Minden	8	-2
Landenberg	3	-5	Rhein, Reginilankau	436	-8
Reye, Soranna	-10	+2	Rhein, Rabin	241	-9
Elbe, Leimert	84	-11	Rhein, Rabin	247	-9
Tresden	-30	-16	Redas, Quilbrom	60	-10
Harbs	203	-26	Rhein, Berthelm	141	0
Magdeburg	224	-20	Rhein, Arier	50	-1

+) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterdenel.

Turmstr. 76

Warenhaus

Lachmann & Scholz

doppelte Rabattmarken

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

